

[89-L] Kersting, Wolfgang:

Facetten der Gerechtigkeit, in: *Leviathan* : Berliner Zeitschrift für Sozialwissenschaft, Jg. 35/2007, H. 2, S. 193-211 (Standort: USB Köln(38)-XG01679; Kopie über den Literaturdienst erhältlich; www.vsjournals.de/index.php;do=show_article/sid=4e4a4fb8ca14127e6c0e4210f4863d16/site=lev/area=soz/id=2293)

INHALT: Der Beitrag ist in sechs Kapitel gegliedert. Das erste Kapitel behandelt das Verhältnis von Menschenrechten und Gerechtigkeit und entwickelt ein Konzept rechtsstaatlicher Gerechtigkeit. Das zweite Kapitel beschäftigt sich mit der Kritik der Multikulturalisten am Grundprinzip rechtsstaatlicher Gerechtigkeit, dem Prinzip der Gleichbehandlung Aller und ihrer Behandlung als Gleiche, und entwirft eine Metakritik. Die folgenden zwei Kapitel thematisieren das Rätsel wohlfahrtsstaatlicher Gerechtigkeit und verteidigen eine schwache Chancengleichheit. Das fünfte Kapitel wendet sich dem negativen Einfluss fortgesetzter Arbeitslosigkeit auf politische Programme zur Steigerung der Chancengleichheit zu. Das abschließende Kapitel analysiert das wohlfahrtsstaatliche Element eines allgemeinen Grundeinkommens und diskutiert die politische und moralische Bedeutung dieses Konzepts für eine Gesellschaft mit schrumpfendem Arbeitsmarkt. (ICEÜbers)

[90-L] Kleszczewski, Diethelm; Müller, Steffi; Neuhaus, Frank (Hrsg.):

Die Idee des Sozialstaates: conditio sine qua non der Freiheit des Weltbürgers?, (fundamenta juris, 4), Paderborn: mentis Verl. 2006, 88 S., ISBN: 978-3-89785-483-3

INHALT: Wenn in den hier versammelten rechtsphilosophischen Beiträge eine mögliche Sozialstaatsbegründung nach Kant diskutiert wird, so ist dies keineswegs nur eine philosophiehistorische Frage, denn sowohl in der neueren angelsächsischen politischen Philosophie (Rawls) als auch in der deutschen Debatte (Kersting) übernehmen Reminiszenzen an den Königsberger Philosophen eine - oft entgegengesetzte - analytische und politische Funktion. Instruktiv ist Köhlers Rekonstruktion der Teilhabegerechtigkeit, wobei er darauf insistiert, dass mit Kant keine feste Güterordnung begründet werden kann, sondern im Gegenteil die freie Bildung menschlicher Fähigkeiten unabhängig von ökonomischen Imperativen zu fordern sei. Die anderen Aufsätze berühren diesen Themenkreis nur mittelbar, denn während Heinig den Klassiker der Sozialstaatsdebatte Lorenz von Stein und den Gegenwartsphilosophen Nozick nach ihrem Beitrag zu einer möglichen aktuellen politischen Theorie befragt und hier eher zu einem ernüchternden Ergebnis kommt, dehnt Kotzur die Fragestellung bis in den Bereich des Völkerrechts aus und diskutiert hier Rawls letzte Schriften zum Weltbürgerrecht. Eingeleitet wird der Band von Englers Plädoyer für ein bedingungsloses Grundeinkommen. (ZPol, NOMOS). Inhaltsverzeichnis: Wolfgang Engler: Kritik der Arbeitsreligion - Umriss eines neuen Sozialmodells (9-18); Michael Köhler: Immanuel Kants Begriff des ursprünglichen Erwerbs in seiner Bedeutung für eine Theorie des gesellschaftlichen Vermögenserwerbs (19-37); Diskussionsbericht (38-44); Hans Michael Heinig: Antagonisten im Kontext der politischen Philosophie des Sozialstaates: Lorenz von Stein und Robert Nozick (45-58); Diskussionsbericht (59-62); Markus Kotzur: Soziale Gerechtigkeit im Weltmaßstab - Fragen und Herausforderungen an das Völkerrecht (63-82). Diskussionsbericht (83-87).

[91-L] Koller, Peter:

Arbeitslosigkeit und Gerechtigkeit: Beschäftigungssicherung und Mindesteinkommen, in: Manfred Prisching (Hrsg.): *Ethik im Sozialstaat*, Wien: Passagen-Verl., 2000, S. 305-328, ISBN: 3-85165-376-9

INHALT: Der Autor wendet sich gegen die verbreitete Einstellung vieler Menschen, dass die Arbeitslosigkeit dem freien Willen, dem persönlichen Verschulden oder einem schicksalhaften Unglück zuzuschreiben ist, und somit die Gesellschaft von moralischer Verantwortung entlastet wird. Demgegenüber vertritt der Autor die Meinung, dass die Verteilung beruflicher Arbeit in erster Linie eine Frage der sozialen Gerechtigkeit darstellt und dass eine gerechte Gesellschaft nicht nur soziale Sicherheit garantieren, sondern auch die Beschäftigung sichern muss. Im ersten Teil erläutert er die moralischen Grundlagen für seine Überzeugung, er skizziert die moderne Vorstellung der sozialen Verteilungsgerechtigkeit und formuliert einige grundsätzliche Erfordernisse einer gerechten Arbeitsteilung. Im zweiten Teil seines Aufsatzes nimmt er eine Bewertung von verschiedenen Typen wirtschaftlicher

Ordnungen vor, indem er z.B. die sozialistische Planwirtschaft und die kapitalistische Marktwirtschaft im Hinblick auf die Erfordernisse gerechter Arbeitsteilung vergleicht. Dabei wird die These vertreten, dass eine marktwirtschaftliche Ordnung nur dann vorzuziehen ist, wenn sie die Arbeitslosigkeit im Rahmen einer aktiven Beschäftigungspolitik in engen Grenzen hält und den Betroffenen durch ein allgemeines Grundeinkommen ein ausreichendes Maß an sozialer Sicherheit bietet. (IC12)

[92-L] Lamla, Jörn:

Authentizitätsmythos und Verbraucherautonomie: über soziale Wertschätzung im kulturellen Kapitalismus und verbleibende Pfade in die "Nachknappheitsgesellschaft", in: Manuel Franzmann (Hrsg.): *Bedingungsloses Grundeinkommen als Antwort auf die Krise der Arbeitsgesellschaft*, Weilerswist: Velbrück Wissenschaft, 2010, S. 392-419

INHALT: Das Bürgerrecht auf ein bedingungsloses Grundeinkommen ist kein Mechanismus oder Garant für kulturelle Transformationsprozesse. Als sozialrechtliche Institution ist es genauso der Aneignung durch unterschiedliche bürgerkulturelle Habitusformationen und Deutungsmuster ausgesetzt wie jedes andere Recht auch. Genauso wenig, wie es aus außen-geleiteten Individuen, die ihre Selbstwertschätzung von sozial vorgeprägten Bewährungsproben abhängig machen, sei es der Erfolg im Beruf, die gefühlte Nähe zu einem Popstar oder Serienheld oder die Fähigkeit, gut Kochen oder Skilaufen zu können, zu größerer individueller Unabhängigkeit führt, genauso wenig verwandelt es innen-geleitete Charaktere, die ihre Authentizität in einem individuellen Bildungsprozess verankert wissen, von heute auf morgen in selbstvergessene Hedonisten. Das Grundeinkommen kann kulturelle Prozesse des Wertschätzungslernens innerhalb einer Bürgergemeinschaft begünstigen, nicht aber schon herbeiführen. Es genügt sich in dieser Hinsicht nicht selbst und verweist folglich auf einen Bedarf an komplementären sozial- und demokratiepolitischen Gestaltungsmaßnahmen. Festzuhalten ist aber, dass sowohl die Behauptung kultureller Transformationswirkungen in Richtung Autonomiesteigerung als auch die gegensätzliche Annahme eines Kultur- und Leistungsverfalls kritisch hinterfragt werden muss. Jene, die das Schreckenszenario einer von Wohltaten des Sozialstaates abhängigen Bevölkerung an die Wand malen, deren Fähigkeit zu ökonomischer Initiative, bürgerschaftlichem Engagement und biographischer Innovation in der Grundeinkommensgesellschaft vollends absterbe, müssen sich die Gegenfrage gefallen lassen, woher die kulturellen Dispositionen denn kommen, die für eine solch degenerative Aneignung sozialer Bürgerrechte sprechen sollen. (ICF2)

[93-L] Liebermann, Sascha:

Autonomie, Gemeinschaft, Initiative: zur Bedingtheit eines bedingungslosen Grundeinkommens ; eine soziologische Rekonstruktion, (Impulse für eine unternehmerische Gesellschaft, Bd. 4), Karlsruhe: KIT Scientific Publ. 2010, 41 S., ISBN: 978-3-86644-471-3

INHALT: Seit einigen Jahren wird in Deutschland intensiv über die Idee einer Einkommensgarantie - auch bedingungsloses, unbedingtes, garantiertes und allgemeines Grundeinkommen oder Bürgergeld genannt - öffentlich diskutiert. Häufig anzutreffen ist in der Diskussion ein sozialtechnologischer oder funktionalistischer Zugang zum Grundeinkommen. Auch wird das Grundeinkommen nicht selten danach beurteilt, wie es sich in einer finanzwissenschaftlich-mathematischen Simulation auf der Basis bestimmter Annahmen darstellt, ohne dass der Grundansatz selbst reflektiert wird. Dies versucht die vorliegende Studie indem sie sich mit dem Einwand auseinandersetzt, wer bei einem garantierten Grundeinkommen dann noch arbeiten würde. Getragen wird dieser Einwände von einem starken habituellen Misstrauen, "wie es sich vornehmlich darin äußert, sich alles, dem Gegenüber aber wenig bis nichts zuzutrauen oder zuzugestehen". Der Autor klärt hier folgendes Missverständnis: Bürgerrechte werden verliehen, ohne Gegenleistungsverpflichtungen zu definieren oder ein Nicht-Handeln zu sanktionieren. Die öffentliche Diskussion um ein bedingungsloses Grundeinkommen setzt hieran an und sieht sich auch deswegen solch vehementen Einwänden konfrontiert. (ICA2)

[94-L] Liebermann, Sascha:

Die Vielfalt der Möglichkeiten ist bestechend - Chancen durch ein bedingungsloses

Grundeinkommen, in: Hartmut Neuendorff (Hrsg.) ; Gerd Peter (Hrsg.) ; Frieder O. Wolf (Hrsg.):

Arbeit und Freiheit im Widerspruch : bedingungsloses Grundeinkommen - ein Modell im Meinungsstreit, Hamburg: VSA-Verl., 2008, S. 146-161

INHALT: Der entscheidende Haken an der Idee des bedingungslosen Grundeinkommens (BGE) war und ist die Maxime, auf der es ruht: dem Bürger zu vertrauen. Wer dieses Vertrauen wie selbstverständlich hatte und deswegen die Chancen des BGEs ausmalte, der sah sich mit allen möglichen Einwänden konfrontiert: Idealist, Ideologe, Demagoge, er wurde als Neoliberaler und als Kommunist bezeichnet oder auch als Prediger einer Heilslehre. Genau hieran, am Vertrauen in den Einzelnen und in seine Gemeinwohlbindung, setzt der Vorschlag eines BGE an. Es ist im wahrsten Sinne des Wortes ein Bürgereinkommen, denn die einzige Bezugsbedingung ist ein Status, nicht aber eine zu erbringende Leistung. Dieser Status ist der einzige, in dem die Stellung der Bürger zum Gemeinwesen zum Ausdruck kommt, er ist deswegen zugleich der einzige, an den ein BGE gebunden werden soll. Damit macht es mit den Grundlagen des Gemeinwesens ernst. Wie weitreichend die Auswirkungen eines bedingungslosen Grundeinkommens sein könnten, ist in der öffentlichen Diskussion kaum sichtbar. Allenfalls dort scheinen die Chancen auf, wo Kritiker Befürwortern vorhalten, es als Wunderwaffe oder Allheilmittel zu feiern. Beides ist das BGE nicht. Wie entsteht aber der Eindruck, es könnte so verstanden werden? Eine Antwort hierauf ist einfach, denn das BGE hebt den Zweck auf, der gegenwärtig politischen Entscheidungen den Weg weist, der das gesamte Sozialsystem bestimmt und das Bildungswesen prägt: die Ausrichtung an Erwerbsarbeit, ganz gleich wer sie wie definiert. Es ist nicht überraschend, dass dann, wenn diese Verknüpfung aufgehoben wird, sich vieles in einem anderen Licht zeigt und wo zuvor Probleme gesehen wurden, keine mehr bestehen. Das BGE ist kein arbeitsmarkt- und sozialpolitisches Instrument, sondern eines zur Stärkung der Freiheit. (ICF2)

[95-L] Liebermann, Sascha:

Politische Freiheit statt Vollbeschäftigung: ein bedingungsloses Grundeinkommen für alle Bürger

als Reformalternative, in: Alexander Prenninger (Hrsg.) ; Brigitte Pellar (Mitarb.) ; Winfried R. Garscha (Mitarb.) ; Eva Himmelstoss (Mitarb.): "Mercy or right" : development of social security systems, Leipzig: Akad. Verl.-Anst., 2005, S. 315-330, ISBN: 3-931982-45-9 (Standort: B d. Ruhrgebiets Bochum-SZD6688:39)

INHALT: Das Problem der Arbeitslosigkeit ist allen europäischen Nationalstaaten gemeinsam. Gemeinsam ist ihnen auch, dass alle Lösungsversuche stets in der einen oder anderen Form auf die Herstellung der Vollbeschäftigung orientiert sind. Dabei ist im Zuge der technologischen Entwicklung ständig weniger menschliche Arbeitskraft zur Erzeugung derselben Werte erforderlich. In Deutschland wird das Problem noch dadurch verschärft, dass die Sozialsysteme beitragsfinanziert und vom Erwerbseinkommen abhängig sind. Die Lösung der skizzierten Problematik könnte ein bedingungsloses Grundeinkommen für alle Bürger sein, das jedem "von der Wiege bis zur Bahre" ohne Bedürftigkeitsprüfung gewährt wird. Ein bedingungsloses Grundeinkommen würde die Familie stärken, Neugierde zur Grundlage der Bildung machen, den Geist der Neuerung stärken, bürgerschaftliches Engagement und Automatisierungsspielräume fördern, die Subventionierung unproduktiver Branchen beenden und einen umfassenden Bürokratieabbau ermöglichen. Es wäre Ausdruck des Vertrauens in die Zukunft. (ICE)

[96-L] Midtgaard, Sören Flinch:

Ambition-sensitivity and an unconditional basic income, in: Analyse und Kritik : Zeitschrift für Sozialtheorie, Jg. 22/2000, H. 2, S. 223-236 (www.analyse-und-kritik.net/download.php?id=111)

INHALT: Der Autor diskutiert die Forderung von Philippe Van Parijs nach einem bedingungslosen Grundeinkommen für alle Menschen, welches ein Ausdruck von Gerechtigkeit sei. Er wendet sich vor allem gegen die Auffassung Van Parijs', dass ein Grundeinkommen auf ressourcenegalitaristischer Basis begründet werden kann, denn es besteht ein Spannungsverhältnis zwischen dem Prinzip der Absichtssensitivität nach Dworkin und der Grundeinkommensforderung. Das Dworkinsche Modell

besitzt seiner Meinung nach mehr Plausibilität, da es sich auf ein konsistenteres System folgender Verpflichtungen bezieht: gleiche Angelegenheit und Respekt, Stiftungs-Unempfindlichkeit, Absichtssensitivität und Neutralität. Anhand dieser konstitutiven Merkmale versucht der Autor, mögliche Einwände gegen das Dworkinische Modell zu entkräften. (ICI)

[97-L] Neuendorff, Hartmut:

Befreiung der Arbeit durch ein bedingungsloses Grundeinkommen, in: Hartmut Neuendorff (Hrsg.) ; Gerd Peter (Hrsg.) ; Frieder O. Wolf (Hrsg.): Arbeit und Freiheit im Widerspruch : bedingungsloses Grundeinkommen - ein Modell im Meinungsstreit, Hamburg: VSA-Verl., 2008, S. 56-67

INHALT: Der Verfasser argumentiert aus einem marxistischen Verständnis der Arbeit als Lohnarbeit heraus, dass die möglichen positiven Wirkungen eines bedingungslose Grundeinkommen (BGE) bis zu der "Befreiung" von Arbeit reichen könnten, da das BGE den Verkaufszwang von Arbeit verringert. Um Befreiung von Arbeit muss es immer da gehen, wo menschenunwürdige Handlungen von Ausführenden erwartet und/oder den Betroffenen zugemutet werden, obgleich diese Arbeitszusammenhänge entweder durch Technisierung oder Veränderung von Regeln in Organisationen abgeschafft werden könnten, weil sie nicht funktionsnotwendig sind für die Erfüllung der erstrebten Zwecke oder die bestehenden Zwecksetzungen obsolet sind. Dies wird umso wichtiger, als mit dem Ende des Fordismus auch die Krise sozialstaatlicher Absicherung gegeben ist. Die - wenn auch bescheidene, aber garantierte - Existenzsicherung durch ein BGE dürfte bei den Arbeitnehmerinnen zu einem "Habitus des aufrechten Gangs" führen und bei innerbetrieblichen Gelegenheiten den Rücken stärken, wie auch die Bereitschaft für kollektive Aktionen erhöhen. Ein BGE schafft somit die Voraussetzungen für eine Humanisierung des Arbeitslebens "von unten". Ebenso würde die Kontrollbürokratie in der Arbeitsverwaltung abgebaut. Das System der Erwerbsarbeit sollte zukünftig nicht alle anderen Tätigkeiten dominieren, die zum Umbau der Gesellschaft dringend gebraucht werden. (ICF2)

[98-L] Neumann, Frieder:

Gerechtigkeit und Grundeinkommen: eine gerechtigkeitstheoretische Analyse ausgewählter Grundeinkommensmodelle, (Politikwissenschaft, Bd. 163), Berlin: Lit Verl. 2009, XXXII, 137 S., ISBN: 978-3-643-10040-5

INHALT: "Welches Gerechtigkeitsprofil weisen ausgewählte Grundeinkommensmodelle auf? Wo liegen ihre Stärken und Schwächen in Bezug auf Gerechtigkeit? Mit Hilfe eines mehrdimensionalen Konzepts von Gerechtigkeit als Analysemaßstab, das Chancen-, Verteilungs-, Leistungs-, Bedarfs- und Generationengerechtigkeit umfasst, wird diesen Fragen nachgegangen. Im Ergebnis offenbaren sich deutliche Unterschiede zwischen den einzelnen Grundeinkommensmodellen, die sich in drei verschiedene Lager einteilen lassen: ein libertäres, ein liberal-egalitaristisches und ein bedarfsegalitäres." (Autorenreferat)

[99-L] Opielka, Michael; Müller, Matthias; Bendixen, Tim; Kreft, Jesco:

Grundeinkommen und Werteorientierungen: eine empirische Analyse, (Perspektiven der Sozialpolitik), Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss. 2010, 164 S., ISBN: 978-3-531-17341-2

INHALT: "Die Idee des Grundeinkommens als von der Arbeitsleistung unabhängiger Einkommensanspruch an die Gesellschaft findet in allen politischen Lagern Zustimmung. Sie ist aber auch Gegenstand intensiver Debatten. Umso wichtiger erscheint eine Klärung der dieser Idee zugrundeliegenden Werteorientierungen. Werte übernehmen eine generative Funktion für die Herausbildung von Interessen und neuen Institutionen. Gegen die Dominanz der Leistungs- und Arbeitsethik im modernen Sozialstaat argumentieren die Befürworter des Grundeinkommens für einen umfassenden Arbeitsbegriff und für eine Integration von Freiheit und Solidarität in den Werten von Anerkennung und Teilhabe. Diese empirische Studie basiert auf der Deutungsmusteranalyse qualitativer Interviews mit mittleren und höheren Verantwortungsträgern aus Politik, Sozialer Arbeit und Wirtschaft. Sie zeigt deren ambivalente Werteorientierungen zur Idee des Grundeinkommens, aber auch Wege, diese Am-

bivalenzen auszuhalten und einer Synthese zuzuführen. Der Aufbau der Studie folgt dem Arbeitsprogramm. In Kapitel 2 werden zunächst theoretische Fragen zum Verhältnis von Werteorientierung und Grundeinkommen erörtert. Einem Aufriss der soziologischen Wertforschung folgt eine Untersuchung der Gerechtigkeitskonzepte. Kapitel 3 erläutert die methodologischen Voraussetzungen und methodischen Umsetzungen des Konzepts der Deutungsmusteranalyse in der vorliegenden Studie. Kapitel 4 präsentiert die Ergebnisse der Experteninterviews, Kapitel 5 und 6 die Ergebnisse der Fokusgruppenanalyse. Kapitel 7 entwickelt eine Matrix der in der Studie diskutierten Werteorientierungen und Kapitel 8 resümiert die Ergebnisse der Studie und erörtert ihre Relevanz für die gesellschaftliche Diskussion." (Autorenreferat)

[100-L] Pelton, Leroy H.:

Nichtdiskriminierung in der Besteuerung und Verteilung des "gemeinsamen Reichtums" in einer Nation, in: Widersprüche : Zeitschrift für sozialistische Politik im Bildungs-, Gesundheits- und Sozialbereich, Jg. 26/2006, Nr. 4 = H. 102, S. 35-55 (Standort: USB Köln(38)-M XG 05865; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: "Leroy H. Pelton fragt danach, wie in einer gerechten Gesellschaft Ressourcen in Form von Geld- und Sachleistungen so verteilt werden können, 'dass Diskriminierung und Ausschluss bekämpft werden'. Die Frage diskutiert er auf Basis eines US-amerikanischen Liberalismus, nach dem jedem Individuum die gleiche Unterstützung zusteht. Das Prinzip der Nicht-Diskriminierung einzelner BürgerInnen oder Gruppen ist der rote Faden, der sich durch seine Diskussion der Frage, was ein gerechtes Steuersystem sei, nach welchen Prinzipien eine universelle Sozialdividende gestaltet sein müsste und wie öffentliche Leistungen und Programme z.B. im Bereich der Bildung oder Gesundheit gestaltet sein sollen. Nicht-Diskriminierung beinhaltet für Pelton im Prinzip die Ablehnung von Eignungs- und Bedürftigkeitskriterien für den Erhalt der Sozialdividende oder den Zugang zu den öffentlichen Leistungen. In seiner Argumentation für eine universelle Sozialdividende in Kombination mit einer einheitlichen Besteuerung aller Einkommen knüpft er an in den USA vorhandene Mindeststandards sichernde Sozialleistungen für alte Menschen an und behält das liberale Konzept eines damit verbundenen 'Anreiz zur Arbeit' bei, ohne politisch eine Pflicht zur Arbeit zu formulieren." (Autorenreferat)

[101-L] Reitter, Karl:

Soziale Identität, soziale Integration und das garantierte Grundeinkommen, in: Zeitschrift für Gemeinwirtschaft : Strukturen im Wandel, Jg. 38/2000, H. 3/4, S. 60-71 (Standort: USB Köln(38)-M 23 A 7284; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: Der Autor wirft in seinem Beitrag die Frage auf, inwiefern Identitätsbildung und Integration der modernen Gesellschaft noch unter der alten Prämisse einer Aneinanderkoppelung von Einkommen und Arbeit gewährleistet werden können. Er stellt aus sozialphilosophischer Perspektive die Enttraditionalisierungstendenzen des klassischen Aufklärungsprojekts einer parallel laufenden Ökonomisierung integrativer und identitätsstiftender Gesellschaftsbereiche gegenüber. Erst ein garantiertes Grundeinkommen, das Arbeit und Einkommen entkoppelt und auf einem gemeinschaftlichen Konzept von Gesellschaft beruht, wäre seiner Meinung nach in der Lage, die im Zuge der Produktionsrationalisierung verlorenen, aber grundsätzlich nicht restlos durch ökonomische Mechanismen ersetzbaren Aspekte der Gemeinschaft auch für die moderne Gesellschaft zu sichern. (ICI2)

[102-L] Schandl, Franz:

Vom Einkommen zum Auskommen: zu Plausibilität und Kritik des garantierten Grundeinkommens, in: Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik, Jg. 25/2005, H. 49, S. 133-140 (Standort: FES Bonn(Bo133)-X3504)

INHALT: Jedes Grundeinkommen teilt die Bevölkerung in zwei Gruppen: in Geber und Empfänger von Geld, in Financiers und Rentiers. Das birgt viel Sprengstoff in sich. In einer Gesellschaft, in der Arbeit, Wert und Geld als das Wichtigste gelten, werden Empfänger arbeitslosen Einkommens immer

Menschen zweiter Klasse sein. Daran wird kein Grundeinkommen etwas ändern. Der vorliegende Beitrag zeigt vor diesem Hintergrund, dass mit der Forderung nach einem Grundeinkommen auch ein Programm weiterer Kommodifizierung vertreten wird, das davon ausgeht, dass die informelle Seite des Kapitalismus auch via monetärer Anerkennung formalisiert werden soll (als Beispiel wird die Debatte über die Entlohnung für Hausarbeit genannt). Eingeklagt wird also, dass bestimmte Tätigkeiten deswegen nichts wert sind, weil sie nicht als Arbeit gelten. Zu betonen ist jedenfalls, dass zahlreiche und vor allem sinnvolle und unumgängliche Tätigkeiten nicht via Markt geregelt sind: Erziehung, Betreuung, Nachbarschaftshilfe, Bildung, Alltagskommunikation, Nachdenken, Üben, Lernen, Vereinstätigkeiten, der ganze emotionale Bereich der Liebe, Freundschaft, Bekanntschaft. Problematisch ist zweifelsfrei ihre Geringschätzung, nicht aber, dass sie nicht als Arbeit anerkannt werden. Der heutige Arbeitsbegriff der Arbeitsgesellschaft kommt von der Lohnarbeit her und von ihr auch nicht los. Dass das Leben über Geld geregelt werden soll, ist den Grundeinkommensbefürwortern keinen kritischen Einwand wert. Ware und Wert sind nicht Gegenstand der Reflexion und wenn, "dann nur in der kruden Absicht, dass man sie haben will: Positives Denken registriert: Geld ist nur schlecht, wenn man es nicht hat". (ICA2)

[103-L] Schmidt, Volker H.:

Freiheit und Gleichheit in der Sozialpolitik, in: Sozialer Fortschritt : unabhängige Zeitschrift für Sozialpolitik, Jg. 51/2002, H. 9, S. 229-232 (Standort: USB Köln(38)-Haa1098; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: Ausgehend von den Konzeptionen John Rawls und Amartya Sen wird die Bedeutung von Freiheit und Gleichheit in der Sozialpolitik diskutiert. Vor allem zwei sozialpolitische Vorschläge setzen den Akzent auf die Freiheit und nehmen dafür teilweise beträchtliche materielle Ungleichheiten in Kauf: zum einen der Vorschlag einer aktivierenden Sozialpolitik, die den Schwerpunkt auf den Abbau beschäftigungshemmender Regelungen bei gleichzeitiger Förderung der Eigeninitiative und Verbesserung der Voraussetzungen individueller Marktgängigkeit legt, zum anderen der Vorschlag der Grundeinkommensbefürworter für die Gewährung eines bedingungslosen Grund- oder Staatsbürger-einkommens, das gesellschaftliche Teilhabechancen von der (Bereitschaft zur) Erwerbsarbeit abkoppelt. Beide Vorschläge zielen auf eine Erhöhung der Freiheit der Individuen, obwohl sie darunter Unterschiedliches verstehen. Insgesamt wären die Parameter der beiden Vorschläge geeignet, ein Grundgerüst einer zeitgemäßen, dem Entwicklungsstand der globalisierten "aktiven" Gesellschaft gerecht werdenden Sozialpolitik zu bilden. (ICI2)

[104-L] Vobruba, Georg:

Zielgenauigkeit versus Akzeptanz: das Realisationsdilemma der Grundeinkommensidee, in: Manuel Franzmann (Hrsg.): Bedingungsloses Grundeinkommen als Antwort auf die Krise der Arbeitsgesellschaft, Weilerswist: Velbrück Wissenschaft, 2010, S. 317-328

INHALT: Der Realisierbarkeit der Idee eines garantierten Grundeinkommens sind Argumente förderlich, die einerseits zielgenau auf ein Grundeinkommen weisen, andererseits aber die Moralausstattung der Leute nicht überfordern. Was aber sieht man, wenn man die jeweiligen Besonderheiten der unterschiedlichen Argumente für ein Grundeinkommen und die Informationen über Moralausstattungen zusammenführt? Es wird gezeigt, dass die Befürworter eines Grundeinkommens vor einem schwer zu bewältigenden Dilemma stehen: Die Argumente, die sich moralisch leicht absichern lassen, sprechen nicht eindeutig für ein Grundeinkommen. Die Argumente dagegen, die zielgenau auf ein Grundeinkommen hinaus laufen, überfordern die Moralausstattung in der Gesellschaft. Wenn schon Sozialtransfers an Arbeitsfähige, die unter restriktiven Bedingungen vergeben werden, weniger Akzeptanz finden, so ist dies um so mehr für die unbedingte Vergabe von Transfers zu erwarten. Jedoch ergibt sich gerade aus den freiheitsstiftenden Effekten der bedingungslosen Vergabe das zielgenaueste Argument für ein Grundeinkommen. Das ist das Realisationsdilemma der Grundeinkommensidee. Der Befund, dass die Grundeinkommensidee vor einem Realisationsdilemma steht, ist kein Nachweis der Nichtrealisierbarkeit der Grundeinkommensidee. Eine Differenz zwischen dem Realisationsdilemma und einer strikten Nichtrealisierbarkeit kann sich durch erfolgreiche politische Praxis ergeben. (ICF2)

[105-L] Vobruba, Georg:

Exklusivität und Moralanforderungen: das Realisationsdilemma der Grundeinkommensidee, in: Widersprüche : Zeitschrift für sozialistische Politik im Bildungs-, Gesundheits- und Sozialbereich, Jg. 26/2006, Nr. 4 = H. 102, S. 25-33 (Standort: USB Köln(38)-M XG 05865; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: "In der neuen Grundeinkommensdiskussion, die in den letzten Jahren intensiv und breit geführt wird, sind viele der Argumente, die schon in den 80er Jahren für ein Grundeinkommen vorgebracht worden waren, wieder aufgegriffen, modifiziert und weiter entwickelt worden. Im Unterschied zu der älteren Diskussion weist die gegenwärtige aber eindeutige Schwerpunkte der Argumentation auf: Die Hauptargumente laufen darauf hinaus, dass die traditionelle Vollbeschäftigung ein für alle Mal vorbei sei und dass man den damit verbundenen Verarmungs- und Exklusionsgefahren einzig mit einem Grundeinkommen begegnen könne. Im Folgenden greift der Verfasser diese Diskurskonstellation auf. Er ruft die wichtigsten der Argumente der Diskussion, der älteren und aktuellen, kurz in Erinnerung und sortiert sie nach dem folgenden Kriterium: Ist für das Ziel, das jeweils argumentativ anvisiert wird, exklusiv nur mit dem Grundeinkommen realisierbar, oder wäre es auch mit alternativen Instrumenten zu erreichen? Zugleich fragt der Verfasser danach, welche Anforderungen an die Moralausstattung in der Gesellschaft die unterschiedlichen Argumentationen voraussetzen müssen, um die Realisation der Grundeinkommensidee plausibel erscheinen zu lassen. Der Verfasser beginnt mit Argumenten, die zwar im Zusammenhang der Grundeinkommensdiskussion vorgetragen werden, aber keineswegs eindeutig für ein Grundeinkommen sprechen und geht dann zu Argumenten über, die immer exklusiver für ein Grundeinkommen sprechen." (Autorenreferat)

[106-L] Wispeleare, Jurgen de:

Sharing job resources: ethical reflections on the justification of basic income, in: Analyse und Kritik : Zeitschrift für Sozialtheorie, Jg. 22/2000, H. 2, S. 237-256 (www.analyse-und-kritik.net/download.php?id=112)

INHALT: Der Aufsatz setzt sich mit der ethischen Begründung eines Grundeinkommens und einer Teilung der Arbeitsressourcen bei Van Parijs kritisch auseinander. Diese Auffassung beruht vor allem auf zwei Forderungen: 1. Alle Individuen in der Gesellschaft besitzen einen ex ante-Anspruch auf ein Recht auf Arbeit; 2. Arbeitsressourcen sind handelbar. Der Autor diskutiert zunächst das reale-liberale Argument Van Parijs' zur Teilung der Arbeitsressourcen. Er beschreibt anschliessend die drei wesentlichen Haupteinwände gegen diese Position: den Verbindlichkeits-Einwand, den Kooperations-Einwand und den Parasitismus-Einwand. Der letztere Einwand stellt seiner Meinung nach eine ernstzunehmende Herausforderung für das Grundeinkommen dar und kann die Schwachstellen in der Van Parijsschen Theorie offenlegen. Als Alternative schlägt er eine institutionalistische Annäherung an die normative Begründung der Ressourcengleichheit vor. (ICI)

5 Feminismus / Nachhaltigkeit

[107-L] Bentrup, Stefanie:

Feministisches Queer-Lesen der Debatte um ein bedingungsloses Grundeinkommen, in: Melanie Groß (Hrsg.) ; Gabriele Winker (Hrsg.): Queer-, Feministische Kritiken neoliberaler Verhältnisse, Münster: Unrast-Verl., 2007, S. 129-148, ISBN: 978-389771-302-4 (Standort: UB Bielefeld(361)-AR 700 Q3 F3K)

INHALT: Die Autorin kommentiert die Debatte zum bedingungslosen, existenzsichernden Grundeinkommen, wie sie gegenwärtig in der Bundesrepublik von meist linkspolitischen Gruppierungen geführt wird. Das bedingungslose Grundeinkommen kann ihrer Meinung nach ein Werkzeug gegen die kapitalistische Verwertungslogik darstellen, jedoch enthält die Debatte eine Reihe von blinden Flecken, wie z.B. das Fehlen queer-feministischer Positionen. Diese beziehen sich unter anderem auf die Frage, was unter dem Begriff "bedingungslos" aus geschlechtertheoretischer Perspektive verstanden wird und welche Personen mit dem Grundeinkommen adressiert werden sollen. Die Autorin diskutiert die Bedeutung der Reproduktionsarbeit von Frauen und zeigt, dass diese in der Debatte zum Grundeinkommen nicht genügend berücksichtigt wird, da die Kategorie Geschlecht nur innerhalb einer heteronormativen Logik verhandelt wird und Sexualität dabei in den Hintergrund tritt. Diese Leerstelle kann das Konzept der "sexuellen Arbeit" füllen, wie die Autorin in ihrem Plädoyer für queer-feministische Interventionen näher zeigt. (ICI)

[108-L] Braun, Anneliese:

Soziale Grundsicherung - Entkopplung von Arbeit oder Arbeitspflicht?, in: Brigitte Bleibaum ; Anneliese Braun ; Petra Drauschke ; Carola Möller ; Gisela Notz ; Michaela Richter ; Lilo Steitz ; Danga Vileisis: Die Arbeit als Menschenrecht im 21. Jahrhundert : Beiträge zur Debatte über einen alternativen Arbeitsbegriff, Berlin: Trafo Verl. Weist, 2000, S. 77-107, ISBN: 3-89626-264-5 (Standort: BSB München(12)-2000.51412)

INHALT: Die Autorin diskutiert die Frage, inwieweit frauenpolitische Forderungen in der Lage sind, traditionelle Herangehensweisen an eine Grundsicherung aufzubrechen und bedarfsgerechte, soziale Lösungen zu entwickeln. Zur Einführung in die Thematik beschreibt sie zunächst die Gemeinsamkeiten und Unterschiede der gegenwärtigen Grundsicherungsmodelle, z.B. der neoliberalen, sozialstaatlichen und erweiterten sozialstaatlichen Modelle. Anschließend stellt sie die frauenpolitischen Forderungen nach einer sozialen Grundsicherung dar, die insbesondere folgende drei Problembereiche umfassen: Eine Grundsicherung müsste erstens die unbezahlte Reproduktionsarbeit anerkennen, welche immer noch vorwiegend von Frauen geleistet wird. Zweitens sollte es eine soziale Grundsicherung auch ermöglichen, dass Frauen eigenständig ihre Existenz sichern. Drittens müsste eine soziale Grundsicherung den momentanen Auflösungserscheinungen eines (männlichen) Normalarbeitsverhältnisses Rechnung tragen. Daraus folgt, dass eine soziale Grundsicherung nur dann auf Dauer ihre Funktion erfüllen kann, wenn es gelingt, die Arbeit umzubewerten und die Tätigkeiten jenseits der "Erwerbsarbeit" neu zu verteilen und zu strukturieren. Damit verbunden ist weiterhin die Frage, ob diejenigen Grundeinkommensmodelle emanzipatorische Perspektiven eröffnen können, die ein garantiertes, existenzsicherndes Grundeinkommen für alle fordern. Frauenpolitische Forderungen würden die bisherigen Vorstellungen von Grundsicherung grundlegend verändern und einen neuen "sozialstaatlichen Gesellschaftsvertrag" notwendig machen. Ob dies gelingt, hängt vor allem davon ab, wie Gleichheit in der notwendigen Reproduktion des Lebens und damit Freiheit von patriarchaler Vermarktung hervorgebracht werden. (ICI2)

[109-L] Fischer, Ute Luise:

Entkopplung von Arbeit und Einkommen: emanzipierende Konsequenzen eines bedingungslosen Grundeinkommens, in: Beiträge zur feministischen Theorie und Praxis, Jg. 29/2006, H. 68, S. 71-81 (Standort: UB Bonn(5)-Z85/72; USB Köln(38)-XG5490; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: "Im Spannungsfeld zwischen Ökonomie, Politik und Kultur regt dieser Band der 'beiträge zur feministischen theorie und praxis' zu einer neuerlichen Debatte darüber an, welche Wirkungen gegenwärtige Entwicklungen hierzulande auf die Gleichheit der Geschlechter hinsichtlich ihrer Chancen auf eine selbstbestimmte Lebensführung haben. Ökonomische Fragen, so Frasers Plädoyer, dem diese Ausgabe ihren Titel verdankt, seien dabei von besonderer Bedeutung (Fraser 2005). In der Tat, ohne hinreichende Einkommenssicherung ist es mit der Freiheit von Entscheidungen und der Autonomie des Subjekts nicht weit her. Auf welche Weise Einkommen verteilt werden können, die für Männer wie Frauen ein Leben in Würde ermöglichen, ist aber nicht in erster Linie eine ökonomische Fragestellung, sondern basiert auf kulturellen Überzeugungen eines anerkannten Lebens und auf Gerechtigkeitsvorstellungen, aus denen sich politische Entscheidungen ableiten. Die Selbstverständlichkeit, mit der die Erwerbsarbeit als alternativlose Quelle des Einkommens verhandelt wird, hat hier ihre Wurzeln. Dass dieser Zusammenhang in der öffentlichen Diskussion meist nicht gesehen wird, sondern die gegenwärtige Krise des Landes auf eine ökonomische verkürzt wird, ist als Symptom der Krise von Politik und Kultur zu bewerten. Hier provoziert auch Frasers Aufruf ein Missverständnis: Meint sie doch weniger die Ökonomie als eine Politik der Umverteilung von Einkommen. Ausgehend von Überlegungen zum Verhältnis von Ökonomie, Politik und Kultur und einer Bestandsaufnahme des aktuellen politischen Diskurses, der die Erwerbszentrierung auf die Spitze treibt, will dieser Beitrag eine grundlegende Alternative der sozialen Sicherung thematisieren: Die Entkopplung von Arbeit und Einkommen durch ein bedingungsloses Grundeinkommen stellt im Hinblick auf die Gleichstellungspotenziale einen aufschlussreichen Vorschlag dar." (Textauszug)

[110-L] Gottschlich, Daniela:

Care economy: nachhaltiges Wirtschaften aus feministischer Perspektive, in: Daniela Gottschlich (Hrsg.) ; Uwe Rolf (Hrsg.) ; Rainer Werning (Hrsg.) ; Elisabeth Wollek (Hrsg.): Reale Utopien : Perspektiven für eine friedliche und gerechte Welt, Köln: PapyRossa Verl.-Ges., 2008, S. 123-134

INHALT: Nur wenn es gelingt, ökonomisches Denken und Handeln danach auszurichten, die produktiven Kräfte der menschlichen Arbeit einschließlich der sorgenden Tätigkeiten und der ökologischen Natur zu erhalten, werden wir den Krisenerscheinungen in den Bereichen bezahlter und unbezahlter Arbeit, die das Resultat eines politischen Projekts sind, etwas entgegen zu setzen haben. Notwendig für eine solche Art zu wirtschaften und zu arbeiten können als erste Schritte sehr verschiedene Elemente sein, die uns gut bekannt sind: Umverteilung aller gesellschaftlich notwendigen Arbeiten auf mehr Menschen und zwischen den Geschlechtern, Arbeitszeitverkürzung für Erwerbsarbeit, gesetzlich festgelegter Mindestlohn, bessere Rahmenbedingungen für die Gestaltung der Übergänge der verschiedenen Arbeitsprozesse/ -formen. In einem solchen Gesamtpaket könnte auch ein bedingungsloses Grundeinkommen ein wichtiger Baustein für eine nachhaltige Ökonomie sein. Notwendig dafür sind andere als die bisherigen - unsere kapitalistische Marktökonomie bestimmenden - Handlungsprinzipien. Diese Handlungsprinzipien sind weder "naiv", noch haben sie etwas mit "Wunschdenken" zu tun; sie beruhen auf Erfahrungen: Allerdings richten sie sich an Menschen, die nicht ausschließlich eigene Interessen verfolgen, sondern die fähig und willens sind zur Weitsicht, zur freiwilligen Kooperation und zur Empathie. Genau wie die Solidarische Ökonomie lassen Care Economy-Konzepte sowohl das Menschenbild des isolierten und an Konkurrenz orientierten "homo oeconomicus" herrschender Ökonomiekonzepte hinter sich als auch die vom Markt vorgegebenen Handlungslogiken. (ICF2)

[111-L] Hein, Wolfgang:

Eine Welt, Weltgesellschaft und die Kämpfe um globale Ordnung, in: Peripherie : Zeitschrift für Politik und Ökonomie in der Dritten Welt, Jg. 25/2005, Nr. 100, S. 458-464 (Standort: USB Köln(38)-XG7608; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: Der Beitrag skizziert unter Berücksichtigung der 'klassischen' ökonomischen Annahmen (Mobilität der Produktionsfaktoren, Tendenzen zum Ausgleich der Remuneration der Produktionsfaktoren usw.) die anzustrebenden Grundzüge der Weltwirtschaft im Zuge eines voranschreitenden Globalisierungsprozesses. Dabei werden so maßgebliche Aspekte wie die weltweite Mobilität von Arbeitskräften, die Steuerungsfähigkeit des Nationalstaats, die Gestaltung der Lohnkosten und die Global Social Governance erläutert. Grundsätzlich, so der Autor, impliziert eine sozial integrative Intervention in globaler Perspektive (globale Gerechtigkeit) eine Angleichung der Lebensbedingungen in unterschiedlichen Teilen der Welt nach oben statt eines 'race to the bottom'. Dabei sind eine Reihe von Faktoren zu beachten: (1) Das Niveau globaler Produktivität als Basis sozialer Ausgleichsprozesse ist nur langsam zu steigern. (2) Problematisch sind die eher zunehmenden Divergenzen zwischen Niveau der Wettbewerbsfähigkeit bei fehlendem globalen Ausgleich. (3) Es ist notwendig, ein Gleichgewicht zwischen lokaler Wettbewerbsorientierung und Akzeptanz globaler Gerechtigkeit zu etablieren. (4) Durchaus im Sinne der 'Globalisierungsgegner' müssen lokale und regionale Eigenarten gegen globale 'Gleichmacherei' erhalten bleiben. Der Idee eines universellen Grundeinkommens kommt in diesem Zusammenhang eine große Bedeutung zu. (ICG2)

[112-L] Heitzmann, Karin; Schmidt, Angelika (Hrsg.):

Frauenarmut: Hintergründe, Facetten, Perspektiven, (Frauen, Forschung und Wirtschaft, Bd. 11), Frankfurt am Main: P. Lang 2001, 198 S., ISBN: 3-631-37201-9

INHALT: "Ursachen und Ausprägungen von Frauenarmut sind vielfältig. Die materielle Schlechterstellung von Frauen ist zum einen historisch gewachsen. Zum anderen liegen jedoch viele Gründe für Frauenarmut in der Gegenwart. Den Hintergründen, Facetten und Perspektiven der und zur Frauenarmut widmet der vorliegende Sammelband seine Aufmerksamkeit und die Herausgeberinnen hoffen, dass dieser Band die LeserInnen zu weiteren intensiven Diskussionen zur Problematik 'Frauenarmut' ermuntert." (Autorenreferat). Inhaltsverzeichnis: Karin Heitzmann, Angelika Schmidt: Einleitung (9-12); Hintergründe und Facetten von Frauenarmut: Michaela Moser: Frauen sind reich. Feministisch-ethische Anfragen zur Rede von Frauen, Armut und Reichtum (15-34); Katharina Novy: 'Mädchen laßt euch nichts erzählen'. Weibliche Sozialisation als Grundstein für ökonomische Abhängigkeit und Frauenarmut (35-62); Maria Kargl: Von Menschen und Frauen. Einige Anmerkungen zu Sprache, Geschlecht und Armut (63-80); Ursula Marianne Ernst: Arme Frauen - reiche Kirchen (81-118); Ökonomische und sozialpolitische Perspektiven von Frauenarmut: Karin Heitzmann: Armut ist weiblich! - Ist Armut weiblich? Gedanken zur sozio-ökonomischen Armutforschung aus feministischer Sicht (121-136); Ingrid Mairhuber: Frauenarmut - Ein sozialpolitisches Problem?! (137-162); Luise Gubitzer: Existenzsicherndes Grundeinkommen. Frauenrecht oder Frauenfälle am Beispiel von Arbeit (163-194).

[113-L] Hohenleitner, Ingrid; Opielka, Michael; Schramm, Michael; Straubhaar, Thomas:

Bedingungsloses Grundeinkommen und Solidarisches Bürgergeld - mehr als sozialpolitische Konzepte, Hamburg 2007, 149 S. (Graue Literatur; www.hwwi.org/fileadmin/hwwi/Leistungen/Gutachten/Grundeinkommen-Studie.pdf)

INHALT: Das Gutachten des HWWI (Hamburgisches WeltWirtschaftsInstitut) geht davon aus, dass der deutsche Sozialstaat vor einer historischen Entscheidung steht. Zur Begründung wird ausgeführt, dass die Fundamente des Sozialstaates in den fünfziger Jahren des 20. Jahrhunderts gelegt wurden, die eine Zeit der Vollbeschäftigung und des Wachstums von Wirtschaft und Bevölkerung waren. Heute leben wir in Zeiten hoher Arbeitslosigkeit, gebrochener Lebensläufe, schwachen Wirtschaftswachstums und schrumpfender und alternder Bevölkerung. Das Gutachten zieht den Schluss, dass mit den grundlegenden wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und demographischen Veränderungen die alten Fundamente ihre Tragkraft verlieren und der Sozialstaat in Schieflage gerät. Es plädiert für ein neues System der Sozialstaatlichkeit mit einem bedingungslosen Grundeinkommen. Dieses bietet einen Neuanfang, dessen langfristige Effekte kommenden Generationen größere Handlungsfreiräume und bessere Optionen für eine eigenständige Gestaltung ihrer Lebensumstände eröffnen als jede Alternative. Die Publikation vereint drei Einzelbeiträge, die das Konzept des Grundeinkommens erläutern, eine konkrete Anwendungsmöglichkeit in Form eines solidarischen Bürgergeldes aufzeigen und

eine sozioethische Analyse vornehmen. (IAB) Inhaltsverzeichnis: Ingrid Hohenleitner, Thomas Straubhaar: Bedingungsloses Grundeinkommen und Solidarisches Bürgergeld: mehr als sozialutopische Konzepte (4-90); Michael Opielka: Grundeinkommen als umfassende Sozialreform. Zur Systematik und Finanzierbarkeit am Beispiel des Vorschlags 'Solidarisches Bürgergeld' (91-120); Michael Schramm: Subsidiäre Befähigungsgerechtigkeit durch das 'Solidarische Bürgergeld' (121-149).

[114-L] Klautke, Roland; Oehrlein, Brigitte (Hrsg.):

Globale soziale Rechte: zur emanzipatorischen Aneignung universaler Menschenrechte ; Beiträge des "Kritischen Bewegungsdiskurses", Hamburg: VSA-Verl. 2008, 218 S., ISBN: 978-3-89965-286-4

INHALT: "Kapitalismuskritik bedeutet für viele Linke oft nicht mehr als den Ruf nach Reregulierung des Marktes, um schlimmste Auswüchse des Neoliberalismus zu zügeln. Diese Kritik stellt keine Fragen nach grundsätzlichen alternativen Perspektiven, etwa einer radikalen und globalen Demokratisierung aller Arbeits- und Lebensbereiche. Nachdem der erste Band des 'Bewegungsdiskurses' (2007) sich der Analyse gegenwärtiger Verhältnisse widmete, beschäftigt sich der vorliegende zweite Band mit der Perspektivenentwicklung. Wo Menschen Widerstand leisten, sich aktiv einsetzen, politische und gesellschaftliche Verhältnisse zu verändern, rekurrieren sie immer wieder auf grundsätzliche Rechte, die ihnen und anderen vorenthalten werden." (Autorenreferat). Inhaltsverzeichnis: Brigitte Oehrlein: Politische Bedeutung des Konzepts Globale Soziale Rechte (10-29); Martin Dieckmann: Vom individuellen Abwehrrecht zum Entfaltungsrecht? (30-37); Thomas Seibert: Die Bürgerrechte der Menge. Über einige Konvergenzen der sozialen Kämpfe und der Philosophie (38-55); Ronald Blaschke: Globale Soziale Rechte als Globale Politische Rechte der Weltbürgerinnen und das Bedingungslose Grundeinkommen (56-74); Rolf Künnemann: Grundeinkommen global - ein soziales Menschenrecht (75-93); Wolf-Dieter Narr: Auf der Suche nach maßstäblicher Orientierung - Menschenrechtliche Ambivalenzen (94-109); Alex Demirovic: Globale Soziale Rechte und Menschenrechte - wohin führen sie? (110-121); Werner Rätz: Globale Soziale Rechte und Aneignungspraxen (122-141); Thomas Gebauer: Nichtregierungsorganisationen als Akteure für Globale Soziale Rechte (142-159); Sandro Mezzadra: Globale Soziale Rechte als Antwort auf Kapitalismus und Migrationen? Anmerkungen zur Theorie der Autonomie der Migration (160-174); Mario Candeias: Prekarisierung als Kampf um Globale Soziale Rechte und Perspektiven feministisch-sozialistischer Transformation (175-205); Iris Nowak: Wer wird sich um den Alltag sorgen? (206-216).

[115-L] Köhler, Thomas; Lenk, Wolfgang:

Arbeitspflicht und Recht auf Faulheit: Anerkennungskämpfe um 'autonome' Lebensstile jenseits der Erwerbsarbeit, in: Jutta Allmendinger (Hrsg.): Entstaatlichung und soziale Sicherheit : Verhandlungen des 31. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in Leipzig ; Teil 1, Opladen: Leske u. Budrich, 2003, ISBN: 3-8100-4038-X

INHALT: "Die Hypothese einer Krise, vulgo: des Zerfalls der Erwerbsarbeitsethik kann in einfacher Form nicht mehr aufrecht erhalten werden. Denn die Erwerbsarbeit scheint, entgegen vieler Prognosen aus den 80er Jahren, weiterhin und sogar in wieder zunehmenden Maße 'eine zentrale Rolle als persönlichkeitsintegrierende Bezugsnorm der Lebensführung' zu spielen. Die 'Erwerbsneigung' von Frauen steigt relativ kontinuierlich, gleichzeitig wird die von Männern institutionell (durch restriktivere Verordnungen), vor allem aber durch eine bestimmte Anerkennungskultur forciert; insgesamt gewinnt der 'Distinktionswert' eines Arbeitsplatzes und die Selbstverpflichtung, entlohnte Leistung zu bringen, unzweideutig an Bedeutung (vgl. Kurz-Scherf 1998: 49). Die Stigmatisierung nicht allein der Arbeitslosigkeit - sie wird noch toleriert, soweit sie mit Arbeitswillen verbunden ist -, sondern der Arbeitsunwilligkeit, der Faulheit, des selbstgefälligen Parasiten- und Schmarotzertums kann als eines der wichtigsten identitätsbildenden Merkmale von Arbeitsgesellschaften angesehen werden. Sie wird zum Zwecke der Legitimationsbeschaffung von politischen Parteien und Unternehmerverbänden öffentlich inszeniert, nicht zuletzt, um von Misserfolgen bei der aktiven Arbeitsmarktpolitik abzulenken und das Scheitern einer Politik zu kaschieren, deren letzte Weisheit in der Formel zu bestehen scheint: Je mehr Wachstum, desto mehr Arbeitsplätze. Obgleich diese Mechanik seit Jahrzehnten fragwürdig geworden ist, wanderten die 'Antithesen zur Arbeitsgesellschaft' (Beck 1999: 16) aus der gesellschaftlichen Urteilskraft wieder aus. Diesem Stand der Dinge entspricht, dass die Perspektive

der Arbeitslosenforschung auf Arbeitslose traurig geblieben ist: Behandelt wird eine Problemgruppe, die es zu re-integrieren gilt; selbst einer der wenigen kritisch-optimistischen Ansätze, der in Arbeitslosigkeit eine 'Lernprovokation' sieht (vgl. Wacker 1976), verfolgt dann lediglich und dem noch heute gültigen Mainstream entsprechend bloß mehr oder minder erfolgreiche Strategien der Deprivationsbekämpfung durch Wiedereingliederung in die Arbeitsgesellschaft. Die Arbeitslosen waren und sind noch heute ein Problem für die Gesellschaft, sie sollen verschwinden; für manche sind sie, ganz konsequent, 'die Überflüssigen' (Bude 1998). Diese zweifellos berechnete, weil dem faktischen Elend der Welt und der 'Zerstörung innerer Natur' (Krovoza 1997) zugewandte Perspektive bewegt sich jedoch in einem 'traditionellen Defizitdiskurs' (Huf 1998) und führt zu Einseitigkeiten und Verzerrungen im Hinblick auf eine möglichst zum Verschwinden zu bringende Gruppe. Arbeitslose, die nicht unglücklich, krank, eben depriviert sind, bleiben für sie uninteressant. Unser Beitrag wird nun auch keine schlicht glücklichen Arbeitslosen zu Wort kommen lassen können. Doch sollen erste Befunde aus Interviews mit Akteuren vorgestellt werden, die sich als Arbeitslose in einem institutionellen Rahmen bewegen, der ihren Ansprüchen nicht gerecht wird, die aber nicht ihre Wiedereingliederung in das Erwerbssystem fordern, sondern ein bedingungsloses Grundeinkommen und das Recht auf Nichtarbeit bzw. Faulheit. Während ihre Alltagsarrangements steuerpolitisch oft nur als illegal angesehen werden, empfiehlt bspw. Vobruba eine genaue Erkundung der Kreativität dieser Akteure, neue 'Income Mixes' zu schaffen, und die anschließende Einbeziehung dieser Praktiken in die staatliche Sozialpolitik. Uns interessieren indessen weniger die Income als die Recognition Mixes: Wie werden die Anerkennungsausfälle, die mit dem dauerhaften Fehlen eines Erwerbsarbeitsplatzes entstehen, kompensiert? Tendieren Männer eher als Frauen dazu, diesem Ausfall mit einem ostentativ nach Anerkennung heischenden Lob der Faulheit zu begegnen? Vom empirischen Material aus soll auch ein Blick auf die philosophische Debatte um das Ende der Arbeit, näherhin auf die Gerechtigkeitstheoretische Debatte um das Grundeinkommen geworfen werden." (Autorenreferat)

[116-L] Krebs, Angelika:

Why mothers should be fed: eine Kritik an Van Parijs, in: Analyse und Kritik : Zeitschrift für Sozialtheorie, Jg. 22/2000, H. 2, S. 155-178 (www.analyse-und-kritik.net/download.php?id=108)

INHALT: Die Autorin nimmt zunächst eine Rekonstruktion des Gerechtigkeitsarguments Van Parijs' für ein substantielles Grundeinkommen vor, um anschließend ihre Kritik an Van Parijs auf drei Ebenen zu entwickeln. Ihre Gegenargumente beziehen sich auf ein überzogenes Gleichheitsprinzip, den Ausverkauf des Rechts auf Arbeit sowie auf eine mangelnde Sensibilität Van Parijs' gegenüber der Verletzung des Rechts auf gesellschaftliche Anerkennung von Arbeit, insbesondere von Familienarbeit. Als Alternative zu der egalitaristischen Begründung des Grundeinkommens bei Van Parijs skizziert die Autorin abschließend eine humanistische Begründung des Rechtes auf ein Grundeinkommen in der modernen Arbeitsgesellschaft. (ICI)

[117-L] Land, Rainer:

Grundeinkommen und Vollbeschäftigung!, in: Berliner Debatte Initial : Sozial- und geisteswissenschaftliches Journal, Jg. 18/2007, H. 2, S. 73-84 (Standort: UB Bonn(5)-Z90/76; USB Köln(38)-M XA01655; Kopie über den Literaturdienst erhältlich; www.berlinerdebatte.de/index.php?option=com_content&task=view&id=60)

INHALT: "In diesem Beitrag versucht der Verfasser, die Idee eines Grundeinkommens - trotz aller Schwächen der bisher präsentierten Konzepte - konstruktiv aufzugreifen. Er knüpft dessen Bezug allerdings an bestimmte Bedingungen und eine zeitliche Befristung. Hauptziel sei die Überwindung der gegenwärtig zu verzeichnenden Segregation und gesellschaftlichen Exklusion. Der Autor plädiert dafür, die objektiv abnehmende Erwerbsarbeit und die anwachsende freie Zeit auf alle Gesellschaftsmitglieder gerecht zu verteilen. Seine Forderung nach einem fairen Anteil an der Erwerbsarbeit und an der disponiblen Zeit für alle unterscheidet diesen Ansatz von Vorstellungen, welche für eine Befreiung in und von der Arbeit eintreten. In Zentrum rückt vielmehr die Frage, wie sich eine moderne Gesellschaft unter den Bedingungen hoher Produktivität und abnehmender Erwerbsarbeit ökonomisch reproduzieren kann und wie die gesellschaftliche Regulation der Erwerbsarbeit mit Hilfe eines Grundeinkommens in Zukunft gestaltet werden könnte." (Textauszug)

[118-L] Notz, Gisela:

Grundeinkommen gegen Ungleichheit und Armut?: Anmerkungen aus feministischer Sicht, in: Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik, Jg. 25/2005, H. 49, S. 115-125 (Standort: FES Bonn(Bo133)-X3504)

INHALT: Die Autorin stellt einige "Visionen" einer zukünftigen Arbeitsgesellschaft vor, in der der Gesamtzusammenhang von Arbeit und Leben, Existenzsicherung und Eigentätigkeit von Individuen und Gesellschaft und das Geschlechterverhältnis neu gestaltet werden. Ein Erfordernis ist, die begrenzt vorhandene sinnvolle existenzsichernd bezahlte Arbeit und die im Überschuss vorhandene unbezahlte Arbeit auf mehr Menschen und auf Menschen beiderlei Geschlechts zu verteilen. Anzustreben ist eine sinnvolle, versicherungspflichtige, die eigene Existenz sichernde Arbeit für alle Menschen, die das wollen, verbunden mit der Möglichkeit, die erwerbsarbeitsfreie Zeit für Haus- und Sorgearbeiten, kulturelle, politische und gemeinwesenorientierte Arbeiten zu nutzen. Zudem sind eine Arbeitszeitverkürzung (6- oder gar 4-Stunden-Tag) im Bereich der Vollerwerbstätigkeit und ein Abbau der Überstunden erforderlich. Anzustreben ist weiterhin eine Mindestrente für alle aus dem Erwerbsleben Ausgeschiedenen, die unabhängig von den einbezahlten Versicherungsbeiträgen gezahlt wird, wie sie in anderen Ländern längst üblich ist. Erst wenn es für alle Männer und für alle Frauen selbstverständlich wird, dass sie ein Recht auf eigenständige Existenzsicherung und auf eigenständige Rente haben, werden freie Zusammenschlüsse unter freien Menschen wirklich werden können, ohne staatliche Bevorzugung einer bestimmten Lebensform. (ICA2)

[119-L] Peter, Gerd; Wolf, Frieder Otto:

Welt ist Arbeit: im Kampf um die neue Ordnung, Münster: Verl. Westfäl. Dampfboot 2008, 370 S., ISBN: 978-3-89691-661-7

INHALT: Ausgehend von der Denkfigur eines 'Epochenbruchs' (7) in Wirtschaft und Gesellschaft, den die Autoren in seiner Bedeutung mit der Epoche der Aufklärung vergleichen, ist es ihr Ziel, 'das Ganze der Arbeit' (9) - Produktion und Reproduktion in all ihren Facetten - darzustellen und nach Möglichkeiten von Befreiung und Emanzipation der Arbeit zu fragen. Somit stellt das Buch gewissermaßen auch eine Reaktion auf die in den letzten Jahren wieder verstärkt aufflammenden Appelle für eine Entkopplung von Arbeit und Einkommen dar: Während letztere den Begriff der Arbeit auf Erwerbsarbeit verengt und Freiheit gleichsam jenseits dieser Sphäre ansiedelt (Freiheit von Arbeit), meint die Emanzipation und Befreiung der Arbeit im Sinne der Autoren, das schöpferische Potenzial jeglicher Form von Arbeit wieder neu zu fördern. Der Band soll somit dazu beitragen, Produktion und Reproduktion wieder als Ganzes denken zu können und Möglichkeitsräume für eine neue Kreativität zu erforschen, an die eine Politik von unten anknüpfen kann. Hierzu werden im ersten Teil des Buchs klassische Arbeitsphilosophien diskutiert, die von Simone de Beauvoir über die Vertreter der Frankfurter Schule, Althusser, Lukacs bis hin zu aktuellerem Denken bei Hardt und Negri reichen. Im zweiten Teil setzen sich die Autoren mit gegenwärtigen Umbrüchen in der kapitalistischen Produktions- und Reproduktionsweise auseinander, bevor im dritten Teil Anknüpfungspunkte für eine neue Arbeitspolitik diskutiert werden. In einem abschließend abgedruckten Gespräch zwischen den Autoren werden die wichtigsten Punkte dieses 'Werkstattbuches' (356) noch einmal aufgegriffen und es wird nach potenziellen nächsten Schritten gefragt. Insgesamt handelt es sich um einen hochinteressanten Band, der gerade mit Blick auf Hartz IV, die Grundeinkommens- und - allgemeiner - die Globalisierungsdebatte neue (alte) Blickrichtungen eröffnet, diese mit aktuellen Analysen verbindet und somit neue Denkanstöße vermittelt. (ZPol, NOMOS)

[120-L] Spangenberg, Joachim H. (Hrsg.):

Vision 2020: Arbeit, Umwelt, Gerechtigkeit: Strategien für ein zukunftsfähiges Deutschland, München: Oekom Verl. 2003, 265 S., ISBN: 3-936581-07-X (Standort: UuStB Köln(38)-28A2999)

INHALT: "Deutschland braucht neue Konzepte und Reformen für eine ökologisch und sozial nachhaltige Gesellschaft. Doch wie sollen sie aussehen? Irgendwo zwischen der Vision vom "guten Leben" und den ökonomischen Zwängen der Realität liegt der Weg in eine nachhaltige Zukunft. Dieses Buch zeigt, dass solche Wege möglich sind: Eine Richtungsangabe, ein Konzept von Nachhaltigkeit - das

die ökologische, soziale, ökonomische und institutionelle Dimension miteinander verbindet - bildet als "Nachhaltigkeitskompass" den ersten Teil. Er geht teilweise auf einen Konsultationsprozess mit Vertreterinnen von Umweltverbänden, Gewerkschaften, Kirchen, Parteien und Frauenorganisationen zurück. Diese halfen Ziele wie Schutz der Umwelt, soziale Sicherung, Zukunft der Arbeit und Geschlechtergerechtigkeit zu konkretisieren. Dabei bestand - zur Überraschung aller Beteiligten - über die einzuschlagende Richtung weitgehende Einigkeit, trotz unterschiedlicher Vorstellungen über den besten Weg zum Ziel. Der zweite Teil ist die zugehörige "Nachhaltigkeits-Karte": Er illustriert anhand von Szenarien und Modellrechnungen einen möglichen Weg zum beschriebenen Ziel. Konkrete Strategien und Politikmaßnahmen, die Umweltentlastung, Gerechtigkeit und wirtschaftlichen Wohlstand sichern, ergeben eine ambitionierte, aber machbare Reformstrategie für ein zukunftsfähiges Deutschland, das sozialen, ökologischen und ökonomischen Kriterien gerecht wird. Teil drei des Buches umfasst eine Reihe von "Nachhaltigkeits-Wegemarken", vertiefende Einzelstudien über ein steuerfinanziertes Grundeinkommen, eine Materialeinsatzsteuer, die Zukunft von Arbeit und Konsum, sowie die Rolle von Kreislaufwirtschaft und Strukturwandel. Das Buch bietet fundierte Informationen und ambitionierte Perspektiven. Es soll zu Diskussionen anregen und zur politischen Einmischung. Besonders aber soll es helfen, in Zukunft klarer zwischen politischer Nachhaltigkeitsrhetorik und substantiellen - Nachhaltigkeitsstrategien zu unterscheiden." (Autorenreferat). Inhaltsverzeichnis: Joachim H. Spangenberg: Vision 2020: Arbeit, Umwelt, Gerechtigkeit - Strategien für ein zukunftsfähiges Deutschland (19-144); Sandra Striewski: Optimierung des "Hin-Wegs" - Etablieren des "Rück-Wegs" (145-164); Torsten Brandt, Joachim H. Spangenberg: Zur Arbeit in einem zukunftsfähigen Deutschland (165-186); Rafael Ziegler: Die negative Einkommensteuer: Beispiel einer sozialen Grundsicherung (187-202); Ines Omann, Joachim Schwerd: Die Materialinputsteuer, ein neues Instrument nachhaltiger Entwicklung, Konzeption, Realisierung, Wirkung (203-221); Sylvia Lorek: Haushaltskonsum als Beitrag zur ökologischen Nachhaltigkeit (223-237); Simon Schmitz, Stephan Moll, Friedrich Hinterberger: Sektorale Analyse der Strukturwandelprozesse auf dem Weg zu einer dematerialisierten Wirtschaft (239-249).

[121-L] Volkmann, Endres C.:

Beschäftigung und Nachhaltigkeit: Weichenstellungen für eine moderne Tätigkeitsgesellschaft,

Berlin: dissertation.de 2004, XVII, 246 S., ISBN: 3-89825-832-7 (Standort: UuStB Köln(38)-31A5567)

INHALT: In der vorliegenden Arbeit wird erstmals ein erweiterter Arbeitsbegriff mit den Erfordernissen ökologischer Wirtschaftsweisen und zukunftsfähiger Lebensstile verknüpft. Diese Verknüpfung geschieht über das Prinzip der Gerechtigkeit, in dem Verantwortung, Selbstachtung und Achtung des Anderen und der Natur die Grundlagen bilden. Es wird zunächst die gegenwärtige Arbeits- und Beschäftigungssituation in Bezug auf Verteilung und Arten der Arbeit dargestellt und der Begriff der Nachhaltigkeit erläutert. Ferner werden einige moralphilosophische Theorien zum Bereich der Gerechtigkeit, Verantwortung und Ganzheitlichkeit diskutiert und Schlussfolgerungen zur Frage der nachhaltigen Beschäftigung gezogen. Vor diesem Hintergrund werden Kriterien entwickelt, wie Beschäftigung nachhaltig gestaltet werden kann und wie ein nachhaltiges Beschäftigungssystem aussehen sollte, um ökologischen, ökonomischen und sozialen Aspekten gerecht zu werden. Als Grundlage dient ein garantiertes Grundeinkommen, um einen Zustand ähnlicher Ausgangsbedingungen zu gewährleisten. Drei Konzepte, das Eigenarbeitskonzept, das Bürgerarbeitsmodell und das New-Work-Modell, werden ausführlich dargestellt. Über einen erweiterten Arbeitsbegriff hin zu einer gerechteren Verteilung von Tätigkeiten aller Art werden auch Aspekte wie nachhaltiger Konsum und nachhaltige Lebensstile betrachtet, wobei die Kreislaufwirtschaft als wichtiger Aspekt nachhaltiger Produktion herausgestellt wird. (ICI2)

[122-L] Worschech, Susan:

Soziale Sicherheit neu denken: bedingungsloses Grundeinkommen und bedarfsorientierte Grundsicherung aus feministischer Sicht, (Schriften des Gunda-Werner-Instituts, Bd. 4), Berlin 2008, 51 S., ISBN: 978-3-927760-89-9 (Graue Literatur;
www.boell.de/downloads/demokratie/GWI-Soziale_Sicherheit-Endf.pdf)

INHALT: "Eine wesentliche Voraussetzung für ein selbstbestimmtes und eigenverantwortliches Leben ist eine eigenständige Existenzsicherung. Sie ist vor allem für Frauen wichtig. Denn in vielen Ländern - so auch in Deutschland - begünstigt der Sozialstaat durch eine Vielzahl rechtlicher, sozialer- und familienpolitischer Steuerungsinstrumente immer noch das patriarchale Modell des männlichen Familiernährers und Haushaltsvorstands. Hartz IV hat sogar neue Abhängigkeitsverhältnisse geschaffen und trifft Frauen besonders hart: Sie stellen in einem Übermaß die neuen 'working poor' dar, sind bis zu einem Viertel schlechter als Männer bezahlt, arbeiten in Minijobs und in prekären Arbeitsverhältnissen. Deshalb sind Frauen mehr als Männer auf zusätzliche soziale Unterstützung angewiesen, um ihren Lebensunterhalt bestreiten zu können. Wie müsste ein soziales Sicherungssystem ausgestaltet sein, das Frauen und Männern eine eigenständige Existenzsicherung ermöglichte? Was gehört zu einem Sozialsystem, das Emanzipation und Geschlechtergerechtigkeit fördert? Diesen Fragen ist das Gunda-Werner-Institut für Feminismus und Geschlechterdemokratie in der Heinrich-Böll-Stiftung nachgegangen. Das vorliegende Papier hat aktuelle Grundeinkommens- und Sicherungsmodelle verglichen und auf ihre Geschlechtersensibilität geprüft. Und es bietet Argumentationshilfen für die anstehenden sozialpolitischen Debatten." (Autorenreferat)

6 Internationale Aspekte / Vergleiche

[123-L] Clarke, Simon:

Ein Grundeinkommen für Russland?, in: Manfred Füllsack (Hrsg.): Globale soziale Sicherheit : Grundeinkommen - weltweit?, Rodenbach: Avinus, 2006, S. 103-113, ISBN: 3-930064-61-8 (Standort: UB Dortmund(290)-F78482)

INHALT: Der Verfasser stellt eine Simulation vor, die Kosten und Auswirkungen einer Reihe von sozialen Beihilfen in der Russischen Föderation anschaulich macht. Während diese Beihilfen an sich zwar noch kein Grundeinkommen darstellen, könnte ihr kumulativer Effekt einem Grundeinkommensschema doch recht nahe kommen. Zusammen genommen stellen diese Beihilfen ein Äquivalent zu einem Grundeinkommen dar und würden die Armut in Russland vollständig eliminieren. Sie umfassen Mindestlohn, Mindestrente, Sozialhilfe für nicht Erwerbstätige, Kinderbeihilfe und Beihilfe zur Sicherung des Mindesteinkommens. Der Verfasser beurteilt die Einführung eines Grundeinkommens in Russland in diesem Sinne als "absolut realistisch". (ICE2)

[124-L] Füllsack, Manfred (Hrsg.):

Globale soziale Sicherheit: Grundeinkommen - weltweit?, Rodenbach: Avinus 2006, 303 S., ISBN: 3-930064-61-8 (Standort: UB Dortmund(290)-F78482)

INHALT: "Angesichts der Ohnmacht von Nationalstaaten, die in ihnen verfügbaren Arbeitsplätze im Lande zu halten, die eigenen Arbeitskräfte vor ausländischer Konkurrenz zu bewahren und die bestehenden Sozialstandards und ihre Finanzierung gegenüber dem Rest der Welt zu behaupten, wird zur Zeit eine Forderung immer lauter: Existenzmöglichkeiten, und das heißt heute in der Regel Einkommen, sollen unabhängig von Arbeit zur Verfügung gestellt werden. Der vorliegende Band versucht diese Forderung nach einem Garantierten Grundeinkommen sowie die dazu vorgebrachten Argumente, die bereits gesetzten politischen Schritte und die Probleme, die der Umsetzung dieser Idee noch im Wege stehen, aus unterschiedlichen globalen Perspektiven zu beleuchten." (Autorenreferat). Inhaltsverzeichnis: Manfred Füllsack: Einleutung: Ein Garantiertes Grundeinkommen - was ist das? (9-44); Philippe Van Parijs: Grundeinkommen als weltweites Projekt? (45-58); Myron J. Frankman: Ein weltweites Grundeinkommen - eine Parteinahme (59-70); Gianluca Busilacchi: Zwei Probleme, eine Lösung: ein globales Grundeinkommen (71-80); Michael W. Howard: Lässt sich ein Grundeinkommen mit offenen Grenzen vereinbaren? (81-92); Eduardo Matarazzo Suplicy: Grundeinkommen als Mittel gegen Hunger und Armut. Die Geschichte des Grundeinkommensentwurfs in Brasilien (93-102); Simon Clarke: Ein Grundeinkommen für Russland? (103-114); John Tomlinson, Simon Schooneveldt, Penny Harrington: Ein Grundeinkommen für Australien? (115-128); Dirk Jacobi: Rot-Grüne Grundsicherungspolitik und die Herausforderungen des Grundeinkommens für den deutschen Sozialstaat (129-150); Nicoli Natrass: AIDS, Behindertenpolitik und die Grundeinkommensdebatte in Südafrika (151-158); Toru Yamamori und Soichiro Tanaka: Soziale Anerkennung und Grundeinkommen in Japan (159-168); Manfred Füllsack: Arbeit und die Unwahrscheinlichkeit ihrer Nachfrage Grundeinkommen als "historische Notwendigkeit"? (169-180).

[125-L] Kaltenborn, Bruno:

Mindestsicherungssysteme in der Europäischen Union, in: Zeitschrift für Gemeinwirtschaft : Strukturen im Wandel, Jg. 38/2000, H. 3/4, S. 88-100 (Standort: USB Köln(38)-M 23 A 7284; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: Der Autor gibt einen detaillierten, durch tabellarische und graphische Darstellungen unterstützten Überblick über die verschiedenen nationalen Mindestsicherungssysteme in der Europäischen Union und arbeitet ihre Unterschiede, Besonderheiten und Defizite heraus. Ein Handlungsbedarf besteht seiner Meinung nach insofern, als noch nicht für alle Bürger der Europäischen Union eine Mindestsicherung auch dauerhaft sichergestellt ist. Dies betrifft vor allem Griechenland und die spanischen Balearen, die bislang über keine allgemeine Mindestsicherung verfügen. Dies gilt aber auch für Frankreich, wo die Leistungen auf ein Jahr befristet sind. Problematisch ist dort, wie auch in Spa-

nien und Luxemburg, dass für kinderlose junge Erwachsene keine Leistungen erbracht werden. Schließlich erscheint auch die Absenkung des Leistungsniveaus für junge Erwachsene in Dänemark, dem Vereinigten Königreich und in den Niederlanden problematisch. Angesichts der insgesamt geringen Leistungsniveaus in Südeuropa wäre hier eine Niveauerhöhung wünschenswert. (ICI2)

[126-L] Krebs, Hans-Peter; Rein, Harald (Hrsg.):

Existenzgeld: Kontroversen und Positionen, Münster: Verl. Westfäl. Dampfboot 2000, 255 S., ISBN: 3-89691-475-8 (Standort: StuLB Dortmund(60)-2000-93380)

INHALT: "Die Diskussion um die Zukunft der sozialen Sicherung wird seit einigen Jahren durch die Forderung nach Einführung eines 'Existenzgeldes' ergänzt. Vor allem Erwerbslosen- und Sozialhilfeinitiativen sehen darin eine mögliche Alternative zur bestehenden kapitalistischen Gesellschaft. Der Sammelband dokumentiert die verschiedenen Positionen von Anhängern und Kritikern, wie sie während einer Arbeitskonferenz im Frühjahr 1999 in Berlin vorgetragen wurden, sowie Entwicklung und Stand der allgemeinen Diskussion. Darüber hinaus gibt er einen Einblick in die Debatte in Frankreich und Italien." (Autorenreferat). Inhaltsverzeichnis: Harald Rein: Existenzgeld! Zur Geschichte einer Forderung (12-32); FelS Sozial-AG: Konferenz: Für Existenzgeld und eine radikale Arbeitszeitverkürzung. Zur Kritik der Lohnarbeitsgesellschaft (34-42); Raul Zelik: Freizeitdress. Die Entkoppelung von Arbeitszeit und Einkommen (43-50); Christian Brütt: Unendliche Weiten - Koordinaten der Existenzgeldforderung (51-68); Hans-Peter Krebs: Metamorphosen des Erwerbsarbeitsystems. Von der Befreiung durch zur Befreiung der Arbeit (69-81); Frieder Dittmar: Politik ohne festen Boden unter den Füßen. Möglichkeiten und Grenzen der Existenzgeldforderung (82-86); Thomas Atzert/ Thomas Seilbert: Produktivität und Existenz (87-94); Martin Rheinlaender: Wir brauchen keine Zauberformeln. Die Existenzgelddebatte drückt sich um eine Kritik der Arbeit (95-100); Frauengruppe Glanz der Metropole: Strategie der Arbeitsverweigerung. Existenzgeldforderung klammert Rolle der Hausarbeit aus (101-105); Wildcat: Die Perspektiven des Klassenkampfes liegen jenseits einer Reform des Sozialstaats (106-114); Reiner Hartel: Exit to Paradise? (115-120); BAG-Erwerbslose: Wir fordern ein Existenzgeld für alle Menschen (122-136); BAG-SHI: Thesen zum Existenzgeld (137-138); BAG-SHI: Existenzgeld für alle (139-152); Joachim Hirsch: Zukunft der Arbeitsgesellschaft (154-169); Andre Gorz: Auswege aus der Misere (170-186); Gespräch mit Michael Opielka. Arbeitet man wirklich für sich selbst? (187-205); Commission Revenue d'AC!: Auf zu einem europäischen Netzwerk für das Einkommen (208-213); Interview mit Laurent Guilloteau von AC!: Über die Bewegung der Erwerbslosen des Winters 1997-98 (in Frankreich) (214-223); Associations et collectifs des chomeurs et des precaires. Manifest für ein garantiertes Einkommen für alle (224-226); Commission revenu d'AC!: Ein garantiertes Einkommen für alle, Beschäftigte und Unbeschäftigte (227-233); Gründungskomitee 3RME: Es wie in Frankreich machen! Für ein europäisches Mindesteinkommen, für einen Zusammenschluss 3RME! (234-240); Andrea Fumagalli: Die Grundversicherungsebatte in Italien (241-245); Jose Iglesias Fernandez: Arbeitsmarkt, Armut und das Bürgerrecht auf ein Grundeinkommen (246-254).

[127-L] Leisering, Lutz; Buhr, Petra; Traiser-Diop, Ute:

Bibliography on basic income schemes in developing, transitional and developed countries, (SocialWorld - Working Paper, No. 11), Bielefeld 2006, 22 S. (Graue Literatur; www.uni-bielefeld.de/soz/Forschung/Projekte/socialworld/pdf/working%20paper%2011.pdf)

INHALT: Die vorliegende Bibliographie listet Forschungsarbeiten zum Grundeinkommen für folgende Bereiche auf: (1) Entwickelte Länder und allgemeine Sozialpolitik; (2) Entwicklungs- und Übergangsländer und globale Sozialpolitik. (ICI)

[128-L] Parak, Christoph:

Europäische Sozialpolitik: zwischen Ankündigung und (un-)verbindlichen Rahmenbedingungen, in: Zeitschrift für Gemeinwirtschaft : Strukturen im Wandel, Jg. 38/2000, H. 3/4, S. 101-125 (Standort: USB Köln(38)-M 23 A 7284; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: Der Autor skizziert die Entwicklung der europäischen Sozialpolitik in den letzten zehn bis fünfzehn Jahren. Er wertet hierzu vor allem Dokumente der verschiedenen Organe der Gemeinschaft aus, unter besonderer Berücksichtigung der Strategieentwicklung bei den Ansätzen zur Mindestsicherung und des Zieles der Bekämpfung der sozialen Ausgrenzung. Seine Analyse macht deutlich, dass ein bedingungsloses Grundeinkommen offenbar keine Alternative zu vorhandenen Mindest- oder Grundsicherungssystemen in den Mitgliedstaaten darstellt. Im Gegenteil: Erwerbsarbeit wird weiterhin als der wichtigste Weg zur gesellschaftlichen Integration angesehen, Arbeitswilligkeit für die Inanspruchnahme von staatlichen Transferleistungen vorausgesetzt. Die Schaffung von verpflichtend einzuhaltenden arbeits- und sozialrechtlichen Mindeststandards scheint indessen ein tragfähiger Kompromiss für alle zu sein. Zur Verwirklichung einer europäischen Sozialunion werden der EU aber voraussichtlich auch weiterhin außer der Vergabe von Mitteln aus den Europäischen Strukturfonds und dem Europäischen Sozialfonds weder Kompetenzen noch Instrumente zur sozialpolitischen Umverteilung zur Verfügung stehen. Statt dessen dürfte sich ein Wettbewerb der Systeme sozialer Sicherheit etablieren. (ICI2)

[129-L] Petersen, Jorn Henrik:

The 'Benefit Formula' in Danish old age pensions, in: Jorn Henrik Petersen (Hrsg.) ; Klaus Petersen (Hrsg.): *The politics of age : basic pension systems in a comparative and historical perspective*, Frankfurt am Main: P. Lang, 2009, S. 81-97

INHALT: In seinem Beitrag wirft der Autor einen kritischen Blick auf die dänische Volksrente als ein Unterstützungsprogramm für ein Grundeinkommen mit einem einheitlichen Satz für alle (Rentenformel). Der Fokus ist auf die Einführung der Volksrente gerichtet. Indem der Autor die Entwicklung der Einkommen und Renten von der ersten Rentenreform 1891 bis in die jüngste Zeit hinein verfolgt, zeigt er auf, dass das Konzept der Rentenformel beschädigt ist. Nach Maßgabe des Verfassers kann die Entwicklung als ein fortlaufendes Muster beschrieben werden kann, in dem Belieblichkeit und Zielgerichtetheit als dominierende Elemente dänischer Rentenpolitik Hand in Hand gehen. (ICC)

[130-L] Roesler, Jörg:

Der "historische Lohn": Kubas Erfahrungen mit einem (fast) bedingungslosen Grundeinkommen, in: *Utopie kreativ : Diskussion sozialistischer Alternativen*, 2008, H. 207, S. 28-36 (www.rosalux.de/cms/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Utopie_kreativ/207/207Roesler.pdf)

INHALT: In Anbetracht der intensiven Debatte in "Utopie kreativ" über ein bedingungsloses Grundeinkommen in den letzten beiden Jahren will der Verfasser diese Frage auf empirischer Grundlage diskutieren. Es geht hier um die praktischen Erfahrungen, die Kuba zwischen 1964 und 1973 mit dem "historischen Lohn" gemacht hat. Fidel Castro und Ernesto Che Guevara waren damals enthusiastische Befürworter einer Arbeit ohne Sanktionen und Kontrollen. Das Projekt wurde allerdings wieder eingestellt, da viele seiner Widersprüche unter den herrschenden wirtschaftlichen und sozialen Bedingungen nicht gelöst werden konnten. (ICE2)

[131-L] Silva, Josué Pereira da:

Basic income and citizenship theory: comments on a recent Brazilian law, in: Sérgio Costa (Hrsg.) ; José Mauricio Domingues (Hrsg.) ; Wolfgang Knöbl (Hrsg.) ; Josué Pereira da Silva (Hrsg.): *The plurality of modernity: decentring sociology*, München: Hampp, 2006, S. 149-160, ISBN: 3-86618-088-8

INHALT: Der Autor thematisiert die Bedeutung des brasilianischen föderalen Gesetzes über das Bürgereinkommen vor dem Hintergrund der öffentlichen Debatte über das Bürgereinkommen im Lande. Das Problem des Bürgereinkommens wird im Kontext der Bürgerschaftstheorie erörtert. Grundeinkommen und Bürgerschaft werden im Zusammenhang mit dem Problem der Kommodifizierung analysiert. Abschließend stellt der Verfasser unterschiedliche Aspekte der modernen Bürgerschaftskonzeption und ihrer Anwendung in Brasilien zur Diskussion. (ICG)

[132-L] Zilian, Hans Georg; Flecker, Jörg (Hrsg.):

Soziale Sicherheit und Strukturwandel der Arbeitslosigkeit, (Internationale Konferenz "Soziale Sicherheit und Strukturwandel der Arbeitslosigkeit", 1999), München: Hampp 2000, 258 S., ISBN: 3-87988-533-8

INHALT: "Strukturierung und Erfahrung der Arbeitslosigkeit sind heute einem dramatischen Wandel unterworfen, der von der Flexibilisierung und Prekarisierung der Arbeitsverhältnisse in den entwickelten Wirtschaftssystemen bestimmt ist. In diesem Zusammenhang treten sowohl empirische als auch normative Fragen auf, die sich auf die Implikationen dieser Veränderungen für die Situation von Arbeitslosen und für die Gestaltung der sozialen Sicherungssysteme beziehen; so kann hier etwa sowohl nach der Funktionalität als auch nach der moralphilosophisch fundierten Rechtfertigung des voraussetzungslosen Grundeinkommens gefragt werden. Im vorliegenden Band finden sich daher philosophische Beiträge Seite an Seite mit sozialwissenschaftlichen Arbeiten aus mehreren Disziplinen. Es ist dies ein differenzierter und vielschichtiger Zugang zu einem der zentralen politischen Probleme unserer Tage, der allerdings sehr selten an die Fragestellung herangebracht wird. Renommierete Fachleute betrachten an Beispielen, die aus der internationalen Praxis und Diskussion gegriffen werden, das komplexe Ineinanderspiel gesetzlicher Regulierungen und wirtschaftlicher Entwicklungstendenzen, von normativen und von empirischen Erwägungen." (Autorenreferat). Inhaltsverzeichnis: H. G. Zilian: Einleitung: Ein straffes Wirtschaften - Formen des Umgangs mit der Arbeitslosigkeit (9-31); Markus Marterbauer: Europäische Beschäftigungspolitik - erfolglose Symptomkur oder auf dem richtigen Weg zur Erreichung des Vollbeschäftigungsziels? (32-47); Bill Jordan und Jorn Loftager: Arbeitsmarktaktivierung in Großbritannien und Dänemark (48-68); Luc Sels und Geert Van Hoote-gem: Kommt es auf die temporäre Arbeitslosigkeit an? Ein Vergleich der Flexibilisierung der Arbeitswelt in Belgien und Holland (69-102); Thomas Kieselbach: Arbeitslosigkeit und Gesundheit: Perspektiven eines zukünftigen Umgangs mit beruflichen Transitionen (103-136); Margareta Kreimer: Flexibilisierung und Sozialstaat: Neue Sicherungsstrategien und deren Konsequenzen für Frauen (137-164); Jörg Flecker, Manuela Blum, Christoph Hermann: Beschäftigung als Thema von Verhandlungen in Unternehmen: Zeichen beschäftigungspolitischer Verantwortung oder Mittel zum Abbau sozialer Besitzstände? (165-185); Richard Sturn: Soziale Sicherheit und ihre Reform: Treffsicherheit und Grundeinkommen (186-205); Peter Koller: Beschäftigung und soziale Sicherheit im Lichte sozialer Gerechtigkeit (206-222); John J. McCall: Personalabbau und Arbeitgeberverantwortlichkeit (223-239); David Fryer: Unsicherheit, Strukturwandel der Arbeitslosigkeit und psychische Gesundheit (240-256)

7 Politische Aspekte / Sichten

[133-L] Bauman, Zygmunt:

Die Krise der Politik: Fluch und Chance einer neuen Öffentlichkeit, Hamburg: Hamburger Ed. 2000, 295 S., ISBN: 3-930908-60-3

INHALT: Das Werk ist die deutsche Ausgabe des bereits 1999 in England unter dem Titel 'In search of politics' publizierten Buches. Bauman zeichnet darin in essayistisch assoziativem Stil das Bild einer düsteren Gesellschaft, in der die Ideale des Gemeinwohls und der sozialen Gerechtigkeit einem entfesselten Spätkapitalismus geopfert wurden. In den drei Kapiteln des Buches behandelt Bauman die sich wandelnde Bedeutung der Politik, die Probleme der gegenwärtig existierenden Instanzen politischen Handelns und die Gründe für das Schwinden ihrer Wirksamkeit - schließlich entwickelt er eine Vision dringend notwendiger Reformen. Ausgangspunkt der gesellschaftlichen Misere ist für Bauman die in der modernen Gesellschaft fehlende Fähigkeit, das Private in das Öffentliche zu transformieren. Der zwischen der Privatsphäre und der Öffentlichkeit vermittelnde Raum scheint für ihn im Zuge einer dynamischen Globalisierung weggebrochen zu sein. So sieht er die heutige Politik nicht in der Lage, die privaten Ängste und Sorgen der Bürger aufzunehmen und in langfristige, für das Gemeinwohl förderliche politische Perspektiven umzusetzen. Diese Gesellschaft, in der das Elend und Leid der Menschen kein Gehör in den Ohren der Politiker findet, ist geprägt durch Frustration, Unsicherheit, Isolation und Politikverdrossenheit. Freundschaft und Solidarität haben sich in diesem unheilvollen Szenario aufgelöst; der einzelne Bürger ist den kalten Gesetzen der globalisierten Märkte ausgesetzt. 'Die heutige Welt ist wie ein Container - bis zum Rand gefüllt mit freischwebender Angst und Frustration (...). Das Leben des Individuums ist übersättigt mit düsteren Befürchtungen und unheilvollen Ahnungen' (84 f.). Gedanken- und perspektivenreich beschreibt Bauman eine Gesellschaft, in der die politischen Institutionen entmachteter sind und das Schicksal des Einzelnen globalen (hier meist im Sinne von wirtschaftlichen) Prozessen hilflos ausgeliefert ist. Baumans Gedankengänge wirken oft sprunghaft und assoziativ, was mit dazu führt, dass seine Lösungsvorschläge unbestimmt bleiben müssen. 'Um aus der agora einen geeigneten Ort für autonome Individuen und eine autonome Gesellschaft zu machen, muß man gleichzeitig ihrer Privatisierung und ihrer Entpolitisierung Einhalt gebieten. Man muß die Übersetzung des Privaten in das Öffentliche wiederherstellen. Man muß den unterbrochenen Diskurs über das Gemeinwohl (...) wieder in Gang setzen' (157). Um dem Zerfall der Öffentlichkeit Einhalt zu bieten, nennt Bauman drei Lösungsvorschläge: das republikanische Modell aktiver Staatsbürgerschaft, die Bereitstellung eines beschäftigungsunabhängigen Grundeinkommens sowie die Stärkung autonomer Institutionen, die die Durchsetzung universalistischer Normen auf internationaler Ebene befördern. Leider bleibt an dieser Stelle jedoch völlig unklar, wie sich diese Vision in einer von Bauman selbst so pessimistisch beschriebenen Gesellschaft umsetzen lässt. Baumans Zeitdiagnose wirkt hier widersprüchlich, die im Untertitel beschworene Chance einer neuen Öffentlichkeit bleibt konturenlos. (ZPol, NOMOS)

[134-L] Beck, Ulrich:

Schöne neue Arbeitswelt, (Suhrkamp-Taschenbuch, Bd. 3871), Frankfurt am Main: Suhrkamp 2007, 237 S., ISBN: 978-3-518-45871-6

INHALT: Der Autor entwirft ein Zukunftsszenario, das von einer 'Brasilianisierung' des Westens ausgeht, das heißt von einem Trend hin zu prekären, diskontinuierlichen Arbeitsverhältnissen. Damit sind die Grundlagen des Sozialstaates und der Demokratie in Gefahr. Zur Überwindung der in die Krise geratenen Arbeitsgesellschaft und als Alternative zur Leitidee der Vollbeschäftigung stellt er ein visionäres Leitbild eines Europas der Bürgerarbeit und einer postnationalen Bürgergesellschaft vor: "Die Antithese zur Arbeitsgesellschaft ist die Stärkung der politischen Gesellschaft der Individuen, der aktiven Bürgergesellschaft vor Ort. Die Vision ist eine zugleich lokale und transnationale Bürgerdemokratie in Europa. Mit der Bürgerarbeit, die diesem Zweck dient, entsteht neben der Erwerbsarbeit eine alternative Aktivitäts- und Identitätsquelle, die den Menschen nicht nur Befriedigung schafft, sondern auch Zusammenhalt in der individualisierten Gesellschaft durch die Verlebendigung der alltäglichen Demokratie stiftet." Als Grundlage hierfür werden Arbeitszeitverkürzung, Teilzeitarbeit und ein bedingungsloses Grundeinkommen betrachtet. (IAB2)

[135-L] Behrend, Olaf; Ludwig-Mayerhofer, Wolfgang; Sondermann, Adriane:

Kritik der reinen Aktivierung: Analysen zu Praxis und Deutungsmustern professioneller Arbeitsvermittler und Arbeitsloser mitsamt Überlegungen zu sozialpolitischen Folgen eines bedingungslosen Grundeinkommens, in: Manuel Franzmann (Hrsg.): *Bedingungsloses Grundeinkommen als Antwort auf die Krise der Arbeitsgesellschaft*, Weilerswist: Velbrück Wissenschaft, 2010, S. 197-247

INHALT: Die Verfasser gehen zwei Zielen nach: Sie zeigen, dass - und wie - die Verschärfung der Verknüpfung von "Arbeiten und Essen" oder aktuell zutreffender: von (demonstrierter) Arbeitswilligkeit und Essen sich in der gegenwärtigen Praxis der Arbeitsverwaltung niederschlägt. Diese Ausführungen (Abschnitt 1) vermitteln Eindrücke davon, dass und wie diese Praxis tatsächlich den Arbeitslosen nicht selten ein beträchtliches Ausmaß an Umgestaltung ihres Lebens ansinnt und so erheblich in deren Autonomie eingreift. Ohne Zweifel wäre solchen Einschränkungen individueller Autonomie mit einem bedingungslosen Grundeinkommen ein Riegel vorgeschoben. Der Abschnitt 2 hat die Darstellung und Analyse von Biographien und Lebensbedingungen Arbeitsloser zum Gegenstand. Damit wird das Erkenntnisziel verfolgt, anhand kontrastiver empirischer Fälle eine Beurteilungsgrundlage zu erarbeiten, von der ausgehend Aussagen über Folgen eines "bedingungslosen Grundeinkommens für alle Bürger" für jetzige Empfänger sozial staatlicher Fürsorgeleistungen getroffen werden können. Dem Abschnitt über die Arbeitslosen folgt eine Diskussion (Abschnitt 3) der Befunde im Lichte der Konstitution des Sozialstaats. Im letzten Abschnitt versammelt ein Fazit auch in politischer Hinsicht Thesen, welche Folgen ein bedingungsloses Grundeinkommen für die betrachteten Fälle und den Sozialstaat wohl hätte - und welche nicht. (ICF2)

[136-L] Bischoff, Joachim:

Von der verlorenen Utopie: Vollbeschäftigung oder Grundeinkommen, in: *Berliner Debatte Initial : Sozial- und geisteswissenschaftliches Journal*, Jg. 18/2007, H. 2, S. 17-27 (Standort: UB Bonn(5)-Z90/76; USB Köln(38)-M XA01655; Kopie über den Literaturdienst erhältlich; www.berlinerdebatte.de/index.php?option=com_content&task=view&id=60)

INHALT: "Der Verfasser skizziert den gesellschaftstheoretischen Hintergrund der Forderung nach einem universellen Grundeinkommen und beleuchtet davon ausgehend dann dessen utopischen Gehalt. Er kritisiert dabei vor allem, dass die Verfechter eines Grundeinkommens die gegenwärtigen Machtverhältnisse völlig ausblenden und keine Vorschläge zur Veränderung des gesellschaftlichen Kräfteverhältnisses unterbreiten." (Textauszug)

[137-L] Blaschke, Ronald:

Bedingungsloses Grundeinkommen: Ausbruchsversuch aus der Marktlogik, in: *Berliner Debatte Initial : Sozial- und geisteswissenschaftliches Journal*, Jg. 18/2007, H. 2, S. 53-61 (Standort: UB Bonn(5)-Z90/76; USB Köln(38)-M XA01655; Kopie über den Literaturdienst erhältlich; www.berlinerdebatte.de/index.php?option=com_content&task=view&id=60)

INHALT: "Der Aufsatz der Verfassers ist der linken Utopie eines sich an der individuellen Freiheit des tätigen Subjekts orientierenden bedingungslosen Grundeinkommens verpflichtet. Der Autor lehnt in seiner Radikalität nicht nur jede Form der Erwerbsarbeit ab, sondern richtet sich auch gegen die Marktlogik überhaupt und gegen jegliches liberale wie keynesianische Denken in Wirtschaft und Gesellschaft." (Textauszug)

[138-L] Brangsch, Lutz:

Grundsicherung: ein vergessenes PDS-Konzept, in: *Utopie kreativ : Diskussion sozialistischer Alternativen*, 2006, H. 187, S. 417-426 (www.rosalux.de/cms/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Utopie_kreativ/187/187.pdf)

INHALT: In den vergangenen Monaten hat "UTOPIE kreativ" die Idee einer Grundsicherung unterstützt. Der Verfasser charakterisiert den von der Regierung initiierten "Agenda 2010"-Prozess als völligen

Umbau der gesamten sozialen Beziehungen. Er stellt sodann das Konzept der PDS für ein Grundeinkommen vor, das die Partei dem Deutschen Bundestag bereits 1993 vorgelegt hat. (ICEÜbers)

[139-L] Bröckl, Lena (Redakteur):

Perspektiven!: soziale Bewegungen und Gewerkschaften, Hamburg: VSA-Verl. 2004, 214 S., ISBN: 3-89965-090-5

INHALT: Der Band enthält eine Auswahl von Vorträgen, Diskussionsbeiträgen und Workshop-Berichten, die beim Perspektivenkongress im Mai 2004 in Berlin vorgetragen bzw. danach erstellt wurden. Gebündelt werden die zukünftigen Handlungsfelder und es werden Möglichkeiten gemeinsamen Engagements aufgezeigt. Inhaltsverzeichnis: Frank Bsirske: Aktion und Diskussion: beides ist notwendig. Gemeinsame Punkte für soziale Bewegung und Gewerkschaft; Friedhelm Hengsbach: Die Solidarität schmilzt nicht von selbst; Luciana Castellina: Besser als 68: Soziale Bewegung gegen neoliberale Deutungsmuster und Herrschaftsmodelle; Bodo Zeuner: Privatisierung der Politik - Erosion von Demokratie; Frieder Otto Wolf, Werner Thole: Politische Forderungen angesichts des Zerfalls des sozialen Zusammenhalts; Ariel Salleh: Grußwort aus dem globalen Süden; Klaus Wiesehügel: Niedriglöhne und verschärfte Zumutbarkeit; Claus Schäfer: Konzepte zur Bekämpfung von Niedriglöhnen; Frank Schmidt-Hullmann: Bolkestein toppt Maggie Thatcher: Die geplante EU-Dienstleistungsrichtlinie und ihre wahrscheinlichen Folgen; Steffen Lehndorf: Reformblockade per Arbeitsplatzverlängerung; Klaus Pickhaus: 'Gute Arbeit' - ein 'gegendentenzielles Projekt'; Kristina Bayer: Existenzsicherung jenseits der Lohnarbeit; Robert Ulmer: Das Recht auf Faulheit und die autoritäre Arbeitsgesellschaft; Anne Alex: Nach den Sternen greifen: Bedingungsloses Grundeinkommen für alle! Workshop-Bericht. Privatisierung und Demokratie: Alexis J. Passadakis: Stoppt die Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen! Claudine Nierth, Frank Rehmet: Privatisierung und direkte Demokratie: Volksbegehren und Volksentscheide als Aktionsform für soziale Bewegung; Dietmar Hezel: Wie viel Markt verträgt die Demokratie? Klaus-Rainer Rupp: Beteiligungshaushalt - Workshop-Bericht; Nele Hirsch: Wir haben Alternativen! Bildung ist keine Ware; Eva-Maria Stange: Bildung ist Spitze!? Verschenkte Potenziale und wie man wieder mobilisieren kann; Margit Hähner: 'Zukunft der Kultur': acht Thesen zur Enquete-Kommission; Annette Mühlberg: Wissensallmende statt Copyright! Wachstum, Ökologie, Innovation: Heinz Putzhammer: Soziale und ökologische Gerechtigkeit: Einklang oder Widerspruch?; Ines Omann, Friedrich Hintergerber, Harald Hutterer: Beschäftigung und Umwelt - Längere Arbeitszeiten und Sozialabbau sind der falsche Weg; Adelheid Biesecker: Ökologische und feministische Innovationsforderungen und -impulse; Fabian Scheidler: Gibt es ein Leben nach dem Wachstum?; Soziale Gerechtigkeit, Steuern, Finanzmärkte : Martina Wasserloos-Strunk: Sozialstaat ist finanzierbar; Marianne Saarholz: Sozialstaat und Verteidigungsgerechtigkeit; Hans-Ulrich Deppe: Perspektive Solidarität: Zur Zukunft des Gesundheitswesens; Christoph Butterwege: Sozialstaat in Finanznöten; Ursula Engelen-Käfer: Konkrete Umsetzung einer solidarischen Bürgerversicherung: Eine Zwischenbilanz; Sven Giegold, Michael Schlecht: Gemeinsame Konzepte von ver.di und Attac; Peter Wahl: (Re-)Regulierungen der internationalen Finanzmärkte; Daniela Setton, Philipp Hersel: International Clearing Union (ICU): Alternativen zum neoliberalen internationalen Finanzsystem - Workshop-Bericht. Globale soziale Rechte, Antidiskriminierung: medico international: Weltbürgerliche Solidarität: Thesen zu einem globalen Projekt sozialer Gerechtigkeit jenseits des nationalen Sozialstaats; Gesellschaft für Legalisierung: Wir sind unter euch: Recht auf Legalisierung; Hartwig Mallmann: Es geht auch anders: Gesellschaft ohne Diskriminierung; Bernd Mansel: Kein Mensch ist illegal - Leben und arbeiten in der Illegalität; Roland Roth: Alternativen, für die sich zu streiten lohnt; Ewald Nowotny: Für eine andere europäische Wirtschaftspolitik; Jürgen Peters: Inhalte eines Politikwechsels!; Richard Detje, Horst Schmitthener: Perspektiven: Wir haben Alternativen für einen Politikwechsel; Detlef Hensche: Das politische Mandat zurückerobern!; und 2 weitere Aufsätze.

[140-L] Busch, Ulrich:

Integration durch Arbeit oder sozialstaatlich alimentierte Exklusion, in: Berliner Debatte Initial : Sozial- und geisteswissenschaftliches Journal, Jg. 18/2007, H. 2, S. 4-16 (Standort: UB Bonn(5)-Z90/76; USB Köln(38)-M XA01655; Kopie über den Literaturdienst erhältlich; www.berlinerdebatte.de/index.php?option=com_content&task=view&id=60)

INHALT: "In diesem Beitrag stellt der Verfasser 'linke' und 'rechte' Grundeinkommenskonzepte gegenüber und zeigt, worin diese sich substantiell unterscheiden. Aber auch, worin sie sich ähneln, nämlich in ihrer Distanz gegenüber der Erwerbsarbeit. Da Erwerbsarbeit aber bis auf weiteres die Hauptform gesellschaftlicher Integration ist, erweist sich das Grundeinkommen nicht als Integrations-, sondern als Exklusionskonzept. Zudem ist es in den bisherigen Modellen nicht finanzierbar und in seinen ökonomischen Wirkungen äußerst problematisch." (Textauszug)

[141-L] Busch, Ulrich:

Schlaraffenland - eine linke Utopie?: Kritik des Konzepts eines bedingungslosen Grundeinkommens, in: Utopie kreativ : Diskussion sozialistischer Alternativen, 2005, H. 181, S. 978-991 (www.rosalux.de/cms/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Utopie_kreativ/181/181Busch.pdf)

INHALT: Es scheint, als ob der einzige Weg aus der Krise darin besteht, dass die gesamte Vollerwerbsgesellschaft eine radikale Revision ihres eigenen Konzeptes durchführt. Unter den unterschiedlichen vorgetragenen Vorschlägen hat der des garantierten Grundeinkommens eine besondere Attraktivität. Aber er konstituiert eine radikale soziale Utopie, die nicht nur im Widerspruch zum Kapitalismus steht sondern auch zum traditionellen Sozialismus, zur christlichen Ethik und auch zur kommunistischen Idee einer freien Arbeitsgesellschaft. Das poetische Vorbild für diesen Vorschlag ist 'das Land wo Milch und Honig fließen'. Der Autor sieht diesen Vorschlag als romantische soziale Utopie, die zu teuer ist und deshalb als politisch unrealistisch und illusionär anzusehen ist. (ICFÜbers)

[142-L] Gorz, André:

Arbeit zwischen Misere und Utopie, (Edition Zweite Moderne), Frankfurt am Main: Suhrkamp 2000, 207 S., ISBN: 3-518-41017-2

INHALT: Der Verfasser setzt sich mit dem Problem der internationalen Finanzmärkte und Devisengeschäfte auseinander. Er skizziert Strukturen und Potenziale einer postfordistischen Wirtschaft mit ihrem Paradigmenwechsel von der zentralen, hierarchischen Organisation zum azentrischen, selbstorganisierenden Netzwerk. Parallel zu diesem Prozess vollzieht sich nach Ansicht des Verfassers ein gesamtgesellschaftlicher Wandel, der auf den Untergang der Arbeitsgesellschaft und damit auch auf ein Aufbrechen der Verknüpfung von Anrechten und Lohnarbeit hinausläuft. Hinter diesem kulturellen Wertwandel ist der Bereich des Politischen bislang zurückgeblieben. Es gilt, Perspektiven jenseits der Lohngesellschaft zu entwickeln: Multiaktivität als gesellschaftliche Alternative, ein bedingungsloses soziales Grundeinkommen, Aufbau von Kooperationsringen, eine neue Zeit- und Stadtpolitik. (ICE)

[143-L] Hürtgen, Stefanie:

Prekarität als Normalität: von der Festanstellung zur permanenten Erwerbsunsicherheit, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Jg. 53/2008, H. 4, S. 113-119 (Standort: UB Bonn(5)-Z59/69; USB Köln(38)-FHM XE00157; Kopie über den Literaturdienst erhältlich; www.blaetter.de/archiv/jahrgaenge/2008/april/prekaritaet-als-normalitaet)

INHALT: Die jüngsten Massenentlassungen in Großkonzernen, wie zum Beispiel bei BMW, Siemens oder Nokia, markieren eine Wende in der deutschen Beschäftigungspolitik, nämlich die zunehmende Unsicherheit auch der "Kernbelegschaften". Damit stellt sich nach Meinung der Autorin die Frage, ob die herkömmliche Unterscheidung zwischen "prekärer" und "normaler" Beschäftigung heute überhaupt noch sinnvoll oder bereits überholt ist. Sie thematisiert das Ende des Normalarbeitsverhältnisses und bezieht sich exemplarisch auf Pierre Bourdieus Vortrag "Prekarität ist überall" aus

dem Jahr 1997 sowie auf Robert Castells Arbeiten über die "Zonen sozialer Kohäsion". Im Unterschied zu dieser französischen Diskussion zeigt sie ferner die Positionen des deutschen Sozialforschers Klaus Dörre auf. Die Gegenüberstellung von "prekär" und "normal" Beschäftigten verweist ihrer Meinung nach auf eine politische Dimension und eine sozial höchst unsicher werdende Gesellschaft, die von gegenseitigen Projektionen und Stigmatisierungen gekennzeichnet ist. Die Gewerkschaften sollten daher diese Unsicherheit von Lohnabhängigkeit in das Zentrum ihrer Politik stellen und eine soziale Sicherheit erstreiten, die unabhängig vom jeweiligen Erwerbsstatus gelten sollte. Hierbei könnte auf verschiedene, derzeit diskutierte Forderungen zurückgegriffen werden, z.B. das Existenzgeld bzw. Grundeinkommen oder die kostenlose Bereitstellung öffentlicher Güter, wie Bildung, Transport und Erholung. (ICI2)

[144-L] Jacobi, Dirk:

Rot-Grüne Grundsicherungspolitik und die Herausforderungen des Grundeinkommens für den deutschen Sozialstaat, in: Manfred Füllsack (Hrsg.): Globale soziale Sicherheit : Grundeinkommen - weltweit?, Rodenbach: Avinus, 2006, S. 129-150, ISBN: 3-930064-61-8 (Standort: UB Dortmund(290)-F78482)

INHALT: Der Beitrag setzt sich mit der Frage auseinander, ob das in Deutschland unter der rot-grünen Koalition neu implementierte Grundsicherungssystem einen Schritt in Richtung auf ein Grundeinkommen darstellt. Der Vorschlag eines Grundeinkommens stellt für die Konstruktionsprinzipien des deutschen Sozialstaats eine besondere Herausforderung dar, und zwar in dreifacher Hinsicht durch seine Elemente der Universalität, der Bedingungslosigkeit und der Individualisierung der Anrechte. Der Verfasser zeichnet die Ausgangsposition der rot-grünen Koalition nach und zeigt, wie es zu den beiden durchgeführten Reformen (Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung, Hartz IV) gekommen ist und welche Ziele mit diesen Reformen verfolgt wurden. Beide Reformen, so ergibt eine Prüfung anhand der genannten Elemente des Grundeinkommens, stellen keine eindeutigen Schritte in Richtung auf die Realisierung eines Grundeinkommens dar. (ICE2)

[145-L] Jahn, Jens-Eberhard:

Lebenslang lernen: Schicksal und Chance eines bildungspolitischen Programms, in: Die Deutsche Schule : Zeitschrift für Erziehungswissenschaft, Bildungspolitik und pädagogische Praxis, Jg. 96/2004, Nr. 4, S. 495-499 (Standort: USB Köln(38)-BP8050; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: Ausgehend von den Thesen des EU-Memorandums für lebenslanges Lernen 2000 wird gefolgert, dass lebenslanges Lernen heute für alle Lebensbereiche und -phasen von Bedeutung ist. Die derzeit in diesen Bereich tätigen Institutionen konzentrieren sich zu stark auf die Vermittlung von Kenntnissen und Fähigkeiten, sehen jedoch keinen Wert in einem selbstbestimmten, emanzipatorischen Lernen. Als anti-emanzipatorisch wird die Tatsache eingestuft, dass Lernphasen im Gegensatz zu Erwerbsphasen als unproduktiv angesehen werden und in der Einstellung vieler lediglich eine Überbrückungsfunktion darstellen. Diese Einstellung würde sich durch eine allgemein größere Akzeptanz von erwerbsarbeitsfreien Lebensphasen, die soziale Absicherung durch ein bedingungsloses Grundeinkommen oder eine Grundsicherung verändern. Ansätze sollten mit offenen, selbstgestalteten Lernbörsen versucht werden, die lernmotivierend wirken und die gesellschaftliche Inklusion sowie die Emanzipation fördern. (IAB)

[146-L] Kier, Volker:

Grundsicherung als Rechtsanspruch: die Lösungsansätze des Liberalen Forums, in: Zeitschrift für Gemeinwirtschaft : Strukturen im Wandel, Jg. 38/2000, H. 3/4, S. 130-140 (Standort: USB Köln(38)-M 23 A 7284; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: Der Autor übt aus der Sicht des österreichischen "Liberalen Forums" zunächst Kritik an der im "Transfer-Wirrwarr" erstickenden wohlfahrtsstaatlichen Sozialbürokratie, die ihre sozialen Leistungen zunehmend auf dem Rücken kommender Generationen finanziert. Er stellt grundsätzliche Überlegungen zur Absicherung des Grundrechts der "Erwerbsfreiheit" an, nach denen das Recht auf Ar-

beit, sofern es nicht mehr für alle gewährleistet werden kann, durch ein einklagbares Recht auf existentielle Absicherung in Form einer allgemeinen Grundsicherung abgegolten werden müsste. Diese Grundsicherung, deren zeitlicher Realisierungsrahmen vom Autor mit dreißig Jahren angegeben wird, würde im Endeffekt die Form eines garantierten Grundeinkommens annehmen. (ICI2)

[147-L] Kilian, Thomas:

Die Zukunftswerkstatt als Modell politischer Debatte: zum Verhältnis von Analyse, Kritik, Utopie und Strategie für die Diskussion der Linken, in: Utopie kreativ : Diskussion sozialistischer Alternativen, 2008, H. 218, S. 1112-1120

(www.rosalux.de/cms/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Utopie_kreativ/218/218.pdf)

INHALT: In vielen Debatten mischen sich Analyse, Kritik, Utopie und Strategie. Der Artikel plädiert für eine Trennung dieser Ebenen nach dem Vorbild von Robert Jungks Zukunftswerkstatt. Am Beispiel aktueller Theorien und Debatten werden die einzelnen Ebenen untersucht. Für die Analyse gibt es viele Beiträge aus der Wissenschaft, für Kritik bleibt Marx der Maßstab. Für die Utopie sticht Rawls hervor, der eine neue Antwort auf die Frage der Verteilung gegeben hat. Auf der Ebene der Strategie wird das bedingungslose Grundeinkommen diskutiert. (ICEÜbers)

[148-L] Kipping, Katja:

Und weil der Mensch ein Mensch ist: garantiertes Grundeinkommen, in: Utopie kreativ : Diskussion sozialistischer Alternativen, 2005, H. 176, S. 520-524 (www.rosalux.de/cms/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Utopie_kreativ/176/176Kipping.pdf)

INHALT: Die Verfasserin diskutiert die Forderung nach einem garantierten Grundeinkommen für jedermann und schlägt vor, diese Forderung zu einem der ausgewählten, öffentlichkeitswirksamen Essentials der PDS-Politik zu machen. Sie zeigt die Vorteile eines garantierten Grundeinkommens nicht nur für die Empfänger, sondern auch für die Gesellschaft insgesamt auf. Sie verbindet diese Forderung mit den tiefgreifenden Veränderungen im Beschäftigungsbereich und weist häufig geäußerte Einwände zurück. (ICEÜbers)

[149-L] Klute, Jürgen; Kotlenga, Sandra (Hrsg.):

Sozial- und Arbeitsmarktpolitik nach Hartz: fünf Jahre Hartzreformen ; Bestandsaufnahme - Analysen - Perspektiven, Göttingen: Univ.-Verl. Göttingen 2008, 258 S., ISBN: 978-3-940344-33-5

INHALT: "Im August 2002 stellte Peter Hartz die Ergebnisse der nach ihm benannten Kommission der Öffentlichkeit vor. Zielsetzung des Sammelbandes ist es, nach einem halben Jahrzehnt der Planung und Umsetzung der Hartz-Reformen sowohl Bilanz zu ziehen als auch alternative Perspektiven in die Diskussion zu bringen. Die in diesem Band versammelten Beiträge beleuchten zum einen die politisch-normativen Grundlagen und Implikationen der Hartz-Reformen, zum anderen die konkreten Folgen des damit verbundenen Abbaus sozialer Rechte. Der Fokus dieser Bilanz reicht dabei über die materiellen und arbeitsmarktpolitischen Implikationen hinaus und umfasst Bereiche gesellschaftlichen Lebens, die unter der Zielperspektive der 'Aktivierung' eine immer stärkere Indienstnahme seitens der Arbeitsmarktpolitik erfahren. In einem zweiten Teil des Sammelbands werden alternative sozialstaatliche, wirtschaftliche und arbeitsmarktpolitische Konzepte sowie konkrete Ansätze ihrer Umsetzung vorgestellt." (Textauszug). Inhaltsverzeichnis: I. Bestandsaufnahme und Analysen - Gerhard Bäcker: SGB II: Grundlagen und Bestandsaufnahme (20-42); Andrej Holm: Wohnungspolitische Auswirkungen der Hartz-IV-Gesetzgebung (43-60); Karsten Schuldt: Aktive Arbeitsmarktpolitik nach den Hartz-Gesetzen (61-73); Brigitte Sellach: Monitoring zu den Wirkungen von SGB II auf Frauenhausbewohnerinnen und Frauenhäuser (74-99); Sandra Kotlenga: Auswirkungen der Hartz-Reformen auf den Dritten Sektor (100-121); Christoph Butterwegge: Peter Hartz und historische Parallelen zu seiner Reformpolitik - ein Rückblick auf die Weimarer Republik (122-142); Sabine Bergahn: Die 'Bedarfsgemeinschaft' gemäß SGB II: Überwindung oder Verfestigung des männlichen Ernährermodells? (143-168); Jürgen Klute: Die Zukunft der Arbeit und ihre Destruktion durch die Hartz-Reformen (169-177). II. Perspektiven - Katja Kipping: Und weil der Mensch ein Mensch ist...

- zur Debatte um das bedingungslose Grundeinkommen (179-186); Gisela Notz: Ist Grundeinkommen eine Alternative zur aktuellen Sozial- und Arbeitsmarktpolitik? (187-199); Daniel Kreutz: 'Bedingungsloses Grundeinkommen' - Kritik eines Mythos und Alternativen (200-207); Matthias Möhring-Hesse: Die Zukunft der Sozialpolitik - Demokratischer Sozialstaat (208-217); Elisabeth Voß: Wirtschaftliche Selbsthilfe gegen Armut und Ausgrenzung? (218-242); Niklas Forreiter: Modernisierung und Autonomie - Potentiale sozialer Sicherung jenseits der neuen Sozialpolitik (243-254).

[150-L] Krätke, Michael R.:

Steuern und Grundrechte: das Recht auf ein Existenzminimum, in: Utopie kreativ : Diskussion sozialistischer Alternativen, 2007, H. 196, S. 109-125 (www.rosalux.de/cms/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Utopie_kreativ/196/196.pdf)

INHALT: Dieser Beitrag führt die im Sommer 2005 begonnene Diskussion zum bedingungslosen Grundeinkommen fort. Wer von einem solchen Grundeinkommen spricht, spricht nach Ansicht des Verfassers über eine Ausweitung der Menschenrechte. Ein bedingungsloses Grundeinkommen ist der Ausgangspunkt für eine radikale Reform des Sozialstaats und der Besteuerung im Allgemeinen. Jeder Versuch, die sozialen und wirtschaftlichen Bürgerrechte den politischen Bürgerrechten gleich zu stellen, stellt die Grundlagen der bürgerlichen Gesellschaft in Frage und thematisiert den Widerspruch zwischen wirtschaftlicher und sozialer Ungleichheit einerseits und formaler politischer Gleichheit andererseits. (ICEÜbers)

[151-L] Kreutz, Daniel:

Wider den Götzen "bedingungsloses Grundeinkommen": ein Beitrag zur Ideologiekritik, in: Berliner Debatte Initial : Sozial- und geisteswissenschaftliches Journal, Jg. 18/2007, H. 2, S. 62-72 (Standort: UB Bonn(5)-Z90/76; USB Köln(38)-M XA01655; Kopie über den Literaturdienst erhältlich; www.berlinerdebatte.de/index.php?option=com_content&task=view&id=60)

INHALT: "Der Verfasser sieht im Grundeinkommen einen 'Götzen', der alles verspricht, aber nichts halten kann. Für ihn ist das Grundeinkommen in seinem Kern ein neoliberales Konstrukt, eine gefährliche Ideologie, die an den Realitäten und Erfordernissen der politischen Praxis vorbeigeht und 'die Linke' zu spalten droht. Er kritisiert die ökonomischen und sozialpolitischen Schwächen dieses Konzepts mit den Mitteln einer aufklärerisch verstandenen Ideologiekritik. Statt einer 'Entsorgung der Überflüssigen' fordert er existenzsichernde Arbeit für alle, radikale Arbeitszeitverkürzungen und Mindestlöhne." (Textauszug)

[152-L] Liebermann, Sascha:

Politische Vergemeinschaftung, Autonomie der Bürger und soziale Sicherung: zum strukturellen Passungsverhältnis von demokratischem Nationalstaat und bedingungslosem Grundeinkommen, in: Stefan Kutzner (Hrsg.) ; Michael Nollert (Hrsg.) ; Jean-Michel Bonvin (Hrsg.): Armut trotz Arbeit : die neue Arbeitswelt als Herausforderung für die Sozialpolitik, Zürich: Seismo Verl., 2009, S. 162-194

INHALT: Sowohl diejenigen, die an den Prinzipien des "alten" Sozialstaats festhalten, als auch diejenigen, die ihn vehement kritisieren, setzen die Erwerbsverpflichtung als normatives Fundament voraus. Dies erklärt sich dem Autor zufolge aus einer spezifischen Deutung von Autonomie und leitet sich aber nicht aus den konstitutiven Momenten politischer Vergemeinschaftung notwendig her. Es ist also eher ein kulturelles Phänomen, dass die Erwerbsverpflichtung sich zu einer Selbstverständlichkeit gewandelt hat, als dass sie notwendig aus einer politischen Ordnung hervorgeht. Der Autor diskutiert vor diesem Hintergrund folgende Fragen: Weshalb wird die Erwerbsverpflichtung vorausgesetzt? Welche Begründungen sind dafür in Gestalt von Deutungsmustern aufzufinden? Wie verhält sich die Erwerbsverpflichtung zur Konstitution des demokratischen Nationalstaats und entspricht sie seinen eigenen Bestandsvoraussetzungen? Was kann aus ihnen über das Selbstverständnis eines Gemeinwesens erfahren werden? Der Autor nimmt ferner eine ausführliche kritische Auseinandersetzung mit dem Vorschlag eines bedingungslosen Grundeinkommens vor. (ICI2)

[153-L] Liebermann, Sascha:

Freiheit statt Vollbeschäftigung: Grundeinkommen als Ausweg aus der Krise, in: Utopie kreativ : Diskussion sozialistischer Alternativen, 2005, H. 176, S. 525-533
(www.rosalux.de/cms/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Utopie_kreativ/176/176Liebermann.pdf)

INHALT: Der Verfasser sieht ein Grundeinkommen für alle nicht nur als Mittel zur Bewältigung der Herausforderungen des Alltags in Zeiten hoher struktureller Arbeitslosigkeit, sondern auch als Mittel zur Sicherung der politischen Freiheit insgesamt. Die gegenwärtig durchgeführten Reformen tragen nichts zur Stärkung der individuellen Autonomie bei, sie schaffen vielmehr ein Klima der Repression, das in scharfem Kontrast zu den Forderungen nach verstärktem sozialen Engagement und der Übernahme von Verantwortung durch die Bevölkerung steht. (ICEÜbers)

[154-L] Loer, Thomas:

Staatsbürgerschaft und bedingungsloses Grundeinkommen - die Anerkennung der politischen Gemeinschaft, in: Hartmut Neuendorff (Hrsg.) ; Gerd Peter (Hrsg.) ; Frieder O. Wolf (Hrsg.): Arbeit und Freiheit im Widerspruch : bedingungsloses Grundeinkommen - ein Modell im Meinungsstreit, Hamburg: VSA-Verl., 2008, S. 84-99

INHALT: Der Verfasser versteht seinen Beitrag als eine praktische Stellungnahme, die von einem normativen Standpunkt aus Argumente mobilisiert, die einer Idee Anerkennung und Wirksamkeit verschaffen sollen, für die der Autor und die von ihm mitbegründete Initiative "Freiheit statt Vollbeschäftigung" eintreten: der Idee des bedingungslosen Grundeinkommens. Das bedingungslose Grundeinkommen bedeutet die Anerkennung der Bürger als Bürger und die Rückgewinnung der Souveränität der staatlich verfassten politischen Gemeinschaft. Durch das bedingungslose Grundeinkommen wird nicht nur grundsätzlich jedem Bürger die Anerkennung als Bürger - unabhängig von allen besonderen Eigenschaften, Merkmalen, Fähigkeiten, Fertigkeiten usw. - ausgesprochen; vielmehr ist damit durchaus auch der Schutz vor Not im Sinne einer existenzsichernden Daseinsvorsorge grundsätzlich gegeben. Insofern ist es die konsequenteste Umsetzung des Sozialstaatsgebots des Grundgesetzes, da die selbstverständliche, an keinerlei stigmatisierende Kontrollmaßnahme gebundene Existenzsicherung der Freiheit des Bürgers dient, statt sie zu unterhöhlen. Eine wesentliche Funktion des alten Sozialstaats ist damit erfüllt" - und darüber hinaus durch die bedingungslose Gewährung der "sozialen Rechte" dem universalisierten Staatsbürgerstatus seine materiale Basis gegeben. (ICF2)

[155-L] Mohr, Katrin:

Für ein bedingungsloses Grundeinkommen: die Krise der Arbeitsgesellschaft erfordert eine neue Politik der Inklusion, in: Vorgänge : Zeitschrift für Bürgerrechte und Gesellschaftspolitik, Jg. 45/2006, H. 4 = H. 176, S. 60-68 (Standort: USB Köln(38)-XG2258; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: Arbeitslosigkeit und Prekarisierung führen zu Verunsicherungen bis weit in die Mitte der Gesellschaft hinein, die für die Betroffenen häufig Armut und Ausgrenzung von gesellschaftlicher Teilhabe und Anerkennung bedeuten. Die Politik der letzten Jahre hat auf diese Krise vor allem mit Leistungskürzungen, der Deregulierung des Arbeitsmarktes und den Hartz IV-Gesetzen zur Aktivierung Erwerbsloser reagiert. Diese Maßnahmen haben jedoch nach Meinung der Autorin mehr Druck auf Arbeitslose ausgeübt, sozialstaatliche und arbeitsrechtliche Standards unterhöhlt und die soziale Verunsicherung verstärkt, so dass die Krise der deutschen Arbeitsgesellschaft letztlich nicht gelöst wurde. Als Ausweg aus dieser Krise wird seit einiger Zeit die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens diskutiert, das geeignet scheint, die zentralen Ausgrenzungsfaktoren - materielle Armut, Ausschluss von gesellschaftlicher Teilhabe und sozialstaatliche Ausgrenzung und Stigmatisierung - zu überwinden. Ist es auch dazu geschaffen, Arbeitslosigkeit als eine zentrale Ursache sozialer Ausgrenzung zu bekämpfen, oder dient es nur - wie manche Gegner befürchten - der "Entsorgung der Überflüssigen"? Die Autorin diskutiert diese und weitere Fragen und gibt einen Überblick über die verschiedenen Modelle des Grundeinkommens. (ICI2)

[156-L] Öllinger, Karl:

Grundsicherung und Grundeinkommen: keine einfache Lösung, in: Zeitschrift für
Gemeinwirtschaft : Strukturen im Wandel, Jg. 38/2000, H. 3/4, S. 126-129 (Standort: USB Köln(38)-M
23 A 7284; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: Der Autor kommentiert thesenartig den liberalen Grundeinkommensvorschlag aus der Sicht der österreichischen Partei der Grünen. Er betont, dass deren Vorschläge, anders als jene der Liberalen, nicht davon ausgehen, dass ein "Ende der Arbeitsgesellschaft" so rasch absehbar sei. Eine Grundsicherung aus der Perspektive der Grünen ist daher darauf ausgerichtet, Eigenständigkeit zu fördern, und zwar nicht einfach für alle gleichermaßen, sondern lebensphasen- und bedarfsbezogen. Ein "garantiertes Grundeinkommen" im engeren Sinne würde dieser Position nicht entsprechen. Über Teilhaberechte wollen die österreichischen Grünen sicherstellen, dass die sozialen Segmentierungen zumindest verringert werden und individuelle Lebensgestaltungsentwürfe möglich werden. (ICI2)

[157-L] Opielka, Michael:

Gerechtigkeit und Garantismus: Grundlagen grüner Sozialpolitik, in: Peter Siller (Hrsg.) ; Gerhard Pitz (Hrsg.): Politik der Gerechtigkeit : zur praktischen Orientierungskraft eines umkämpften Ideals, Baden-Baden: Nomos Verl.-Ges., 2009, S. 101-120

INHALT: Gerechtigkeit ist für den Autor ein multidimensionaler Begriff. So kann Soziale Gerechtigkeit auf den ersten Blick vor allem als Programm gegen Ungleichheit verstanden werden. Doch damit ist nicht viel an Klarheit gewonnen. Denn auch Ungleichheit hat verschiedene Dimensionen, wie Einkommen, Vermögen, Talente, Geschlecht oder Bildung. Hinzu kommt die stets strittige Frage, was Sozialpolitik, ja Politik überhaupt verändern kann und wem gegenüber. Der vorliegende Beitrag versucht daher den Zusammenhang von Gerechtigkeit und Sozialpolitik grundsätzlicher zu betrachten. Diese Betrachtung zeigt: Sozialpolitik kann in der Tat sehr wesentlich zur Gerechtigkeit beitragen. Die Überlegungen des Beitrags gehen aber noch einen Schritt weiter. Sie verorten die Gerechtigkeitskonzeptionen in der Sozialpolitik entsprechend den politischen Grundorientierungen liberal-sozialdemokratisch-konservativ und skizzieren einen vierten Politiktypus. Der Autor bezeichnet ihn als "garantistisch" und stellt die These auf, dass dieser vierte Politiktypus im Kern einem grünen gesellschaftspolitischen Programm, einer grünen Gerechtigkeitskonzeption entspricht. Sie konzentriert sich in der Sozialpolitik auf elementare, menschenrechtliche fundierte Garantien. Das hervorragende praktische Instrument des Garantismus ist das Konzept des "Grundeinkommens". (ICA2)

[158-L] Opielka, Michael:

Ist ein Bürgergeld konservativ?: zur Idee eines allgemeinen Grundeinkommens, in: Die Politische Meinung : Monatsschrift zu Fragen der Zeit, Jg. 51/2006, H. 10 = Nr. 443, S. 25-28 (Standort: USB Köln(38)-EP15460; Kopie über den Literaturdienst erhältlich;
www.kas.de/db_files/dokumente/die_politische_meinung/7_dokument_dok_pdf_9169_1.pdf)

INHALT: Der Thüringer Ministerpräsident Dieter Althaus schlug als erster CDU-Politiker im Sommer 2006 mit dem Modell des "Solidarischen Bürgergeldes" ein Grundeinkommen für alle Bürger in Deutschland vor. Die Tatsache, dass er dieses Konzept im Rahmen der Grundsatzdiskussion der CDU empfehlen möchte, wirft dem Autor zufolge die Frage auf, ob ein bedingungsloses Grundeinkommen in die politische Programmatik einer konservativen Partei passt. Er diskutiert in seinem Beitrag die Möglichkeiten und Grenzen eines allgemeinen Grundeinkommens und zeigt, dass Finanzierungsfragen stets auch Wertfragen sind, wie z.B.: Was ist gerecht? Wer bekommt was und warum? Soll der Sozialstaat nach wie vor erwerbsarbeitszentriert sein oder sollen der Bürgerstatus und soziale Grundrechte seine Struktur bestimmen? Kann sich ein Bürgergeld gegen die Spaltung der Gesellschaft, gegen die Exklusion der scheinbar Überflüssigen stellen? Wird bei der Rede von den "Leistungsträgern" der Leistungsbegriff nicht zu eng gefasst? Der Autor berichtet in diesem Kontext auch über ein von der Konrad-Adenauer-Stiftung in Auftrag gegebenes Gutachten, in welchem festgestellt wird, dass der Vorschlag des "Solidarischen Bürgergeldes" finanzierbar ist, wenn einige Modifikationen vorgenommen werden. (ICI2)

[159-L] Opielka, Michael:

Grundeinkommen statt Hartz IV: zur politischen Soziologie der Sozialreformen, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Jg. 49/2004, H. 9, S. 1081-1090 (Standort: UB Bonn(5)-Z59/69; USB Köln(38)-FHM XE00157; Kopie über den Literaturdienst erhältlich; www.blaetter.de/archiv/jahrgaenge/2004/september/grundeinkommen-statt-hartz-iv)

INHALT: Am 9. Juli 2004 verabschiedete der Bundesrat mit dem Kommunalen Optionsgesetz den Kern der Arbeitsmarktreform Hartz IV. Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe wurden zum neuen Arbeitslosengeld II zusammengelegt, das nun Langzeitarbeitslose teils deutlich schlechter stellt. Auf dem Hintergrund massiver Proteste werden im Beitrag Hartz IV und die ihm zugrundeliegende Politik der Aktivierung kritisch analysiert. Im einem zweiten Schritt wird die Idee des Grundeinkommens entlang ihrer wichtigsten Varianten vorgestellt. Schließlich wird überlegt, ob und inwieweit Hartz IV trotz aller Kritik dennoch ein Schritt in Richtung Grundeinkommen sein könnte. Dabei wird betont, dass es sich tatsächlich bei Hartz IV um ein lohnarbeitszentriertes Grundeinkommen handelt mit dem erklärten Ziel, die Annahme auch von gering bezahlter Erwerbsarbeit attraktiver zu machen. Allerdings steht die diskriminierende Intention von Hartz IV konträr zur Idee des Grundeinkommens. Sozialpolitisch spricht deshalb alles für ein Grundeinkommen, das auf jede Form des staatlichen Arbeitszwanges verzichtet und vollständig auf Anreize setzt: Ermunterung statt Exklusion. (ICH)

[160-L] Opielka, Michael:

Grundeinkommenspolitik: pragmatische Schritte einer evolutionären Reform, in: Zeitschrift für Gemeinwirtschaft : Strukturen im Wandel, Jg. 38/2000, H. 3/4, S. 43-59 (Standort: USB Köln(38)-M 23 A 7284; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: Der Beitrag enthält einige pragmatische Überlegungen zur gegenwärtigen Diskussion eines Grundeinkommens, die sich um die Frage drehen, ob es sowohl funktionale als auch normative Trends gibt, die für ein Grundeinkommen als sozialpolitische Reform sprechen. Es scheint nach Ansicht des Autors nur folgerichtig, wenn sozialreformerisch orientierte Wissenschaftler und Politiker in den letzten Jahren erneut nach einer Mischung der verschiedenen sozialen Ordnungsprinzipien suchen, d.h. nach einem "Wohlfahrtsmix" oder einem "dritten Weg" zwischen Sozialismus und Antisozialismus. Der Autor schlägt eine "4-Wege-Strategie" aus negativer Einkommenssteuer, Kombilohn (Kombination von Lohn und staatlicher Transferzahlung), Grundeinkommensformen für erwerbsäquivalente Tätigkeiten und sozialstaatlichen Infrastrukturinvestitionen vor. Dadurch könne die "De-kommodifizierung", d.h. die sukzessive Ablösung des gegenwärtig vorherrschenden Sozialintegrationsfaktors "Lohnarbeit" initiiert und der politische Stellenwert der Erwerbsarbeit an die aktuelle gesellschaftliche Realität angepasst werden. (ICI2)

[161-L] Rößler, Sebastian:

Das garantierte Grundeinkommen als Radikalreform für den deutschen Sozialstaat: Konzepte und Positionen der Bundestagsparteien, Saarbrücken: VDM Verl. Dr. Müller 2008, 138 S., ISBN: 978-3-8364-5759-0

INHALT: "Die Idee eines garantierten Grundeinkommens ist zwar nicht neu, aber wurde erst in den letzten Jahren richtig populär. Dies ist einerseits der Beharrlichkeit ihrer bekanntesten Protagonisten Götz Werner, Dieter Althaus und Katja Kipping zu verdanken, andererseits führen strukturelle Krisenphänomene des deutschen Sozialstaats wie hohe Langzeitarbeitslosigkeit, unsichere Rentenerwartungen und Altersarmut zu einer lautstarken Diskussion über dessen Zukunft. Das bedingungslose Grundeinkommen und das Bürgergeld sind radikale Vorschläge für den Umbau des Sozialstaates, die zweifelsohne nicht nur Befürworter haben. Mittlerweile hat der Diskurs auch alle Bundestagsparteien erreicht, die sich auf sehr unterschiedliche Art und Weise damit auseinandersetzen. Neben einem Einstieg in die Thematik des Grundeinkommens bietet dieses Buch einen Einblick in den Stand der Diskussionen innerhalb und zwischen den Parteien, wobei ihre eiligen sozialpolitischen Entwicklungsprozesse berücksichtigt werden. Bevor die parteiinternen Diskurse über Bürgergeld und Grundeinkommen vorgestellt werden, sind zunächst die Hintergründe zum Komplex Parteien in der Diskussion um das Grundeinkommen als Reform des Sozialstaates zu klären: Hierzu zählt im Kapitel 2

eine Begriffsklärung, der einige Kernelemente des Konzeptes vorangestellt werden. Ein ideengeschichtlicher Überblick und ein Blick auf die internationale Dimension der Grundeinkommensdiskussion werden zeigen, dass die Idee nicht neu ist und auch nicht nur in Deutschland kontrovers diskutiert wird. Im Kapitel 3 rückt dann der Sozialstaat in den Mittelpunkt des Interesses. Nach einer kurzen Einführung in das Wesen und in die Charakteristik des bundesdeutschen Sozialstaates (bismarckscher Prägung) werden die wichtigsten Problemsymptome beschrieben, und einige wissenschaftlich und gesellschaftlich diskutierte Modelle als Lösungsvorschläge für eben diese Probleme vorgestellt. Im Kapitel 4 stehen die Parteien als sozialstaatliche Akteure im Zentrum. Hierbei geht es nicht so sehr um sozialpolitische Errungenschaften einzelner Parteien oder Parteiakteure, sondern vielmehr um den Wandel und die Kontinuität innerhalb ihrer sozialpolitischen Vorstellungen. Kapitel 5 zeigt mit einer Zusammenstellung der parteiinternen Ideen und Diskussionsprozesse die politischen Entwicklungen zu diesem Thema. Abschließend sollen im Kapitel 6 einige Schlussfolgerungen für die Zukunft der Grundeinkommensidee im politischen Raum gezogen werden, die aus den Untersuchungen dieser Arbeit resultieren." (Textauszug)

[162-L]

Schwarzbuch Hartz IV: sozialer Angriff und Widerstand ; eine Zwischenbilanz, Berlin: Assoziation A 2006, 188 S., ISBN: 3-935936-51-6

INHALT: Die Beiträge des Sammelbandes formulieren eine fundamentale Kritik an Hartz IV aus der Perspektive linksalternativer Aktivistinnen und Aktivisten, die das Ziel verfolgen, den 'Widerstand gegen das beschleunigte Verarmungs- und Verunsicherungsprogramm' zu unterstützen. Die politische Analyse widmet sich unter anderem dem Profiling und Ein-Euro-Jobs, und konzentriert sich darauf, deren 'disziplinierenden und entrechtenden Charakter' herauszustellen. Außerdem werden 'eine Reihe konkreter Tipps und Tricks für Arbeitslose' zusammengestellt, die Handlungsmöglichkeiten zum individuellen Widerstand aufzeigen, unter anderem bei 'Zwangsdiensten' sowie 'bei verschärfter Verfolgungsbetreuung durch den sozialschnüffelnden Prüfdienst'. Daneben enthält das Buch die Auswertung einer bis Ende 2005 durchgeführten bundesweiten Befragung von Arbeitslosen zu ihrer Situation und ihren Erfahrungen. 'Eine besondere Bedeutung misst das Buch den Prozessen der Selbstorganisation innerhalb der Sozialproteste zu, die sich unabhängig von gewerkschaftlichen Positionen entwickeln, ohne dabei basisdemokratische Initiativen aus den Augen zu verlieren.' (IAB2). Inhaltsverzeichnis: Lutz Wehring: Unsere Agenda heißt Widerstand - eine Chronik (12-12); Harald Thome, Ulrike Gieselmann: Haiti-Praxis - viele Fragen zu den alltäglichen Auseinandersetzungen um Einkommen und Rechte (12-30); Dorothee Fetzter: Verfolgungsbetreuung, Schikanen und Verletzungen der Privat- und Intimsphäre (31-45); Anne Alex, Anne Eberle: Praxis des Profiling - Geschichte, Theorie, Anspruch, Wirklichkeit, Widerständigkeit (46-72); Mag Wompe, Ralf Pandorf: Anonyme Umfrage zum Arbeitsamt und zu Ein-Euro-Jobs (73-83); Mag Wompe: Schwarze Schafe der Erwerbslosenindustrie - Ein-Euro-Jobs bundesweit (84-88); Hagen Kopp: Ausbeutung ohne Grenzen : Hartz IV, Migrationsmanagement und die Kämpfe dagegen (89-97); Anne Bernheim: 'Wir werden hier kontrolliert arbeitslos gehalten...' - Ein-Euro-Jobs: mehr als Disziplinierung? (98-108); Harald Rein: Zwangsdienste in Deutschland (109-121); Frank Jäger: Wenn wir uns nicht selbst helfen, wird uns niemand helfen! Die alltäglichen Kämpfe um Einkommen und Existenzsicherung brauchen Selbstorganisation (122-134); Mag Wompe: Gewerkschaftsbewegung im Hartz-Dilemma (135-139); Martin Strotmann: Kapitalistische Deregulierung und Widerstand in Westeuropa - das Beispiel Britannien und Frankreich (140-156); Detlef Hartmann, Oskar Schlaak: Abrichtung und Revolte: Widerstand in der Epoche der Unterwerfung zu Humankapital (157-172); Tom Binger: Jenseits von Markt und Staat - neue Formen und Visionen des Sozialen. Garantiertes Grundeinkommen und gesellschaftliche Infrastruktur - Alternativen zum neoliberalen Umbau des Sozialstaates? (173-186).

[163-L] Siller, Peter:

Gerechtigkeit und öffentliche Institutionen: Grundsicherung und Teilhabe durch eine politische Strategie öffentlicher Institutionen, in: Peter Siller (Hrsg.) ; Gerhard Pitz (Hrsg.): Politik der Gerechtigkeit : zur praktischen Orientierungskraft eines umkämpften Ideals, Baden-Baden: Nomos Verl.-Ges., 2009, S. 281-325

INHALT: Der Beitrag entwickelt den Ansatz einer "Erweiterten Gerechtigkeit" am Beispiel der Grundsicherung. Ausgangspunkt ist dabei ein Blick auf den Begriff des "öffentlichen Guts" bzw. der Proklamation eines "Vorrangs der öffentlichen Güter". Hierbei geht es zunächst darum, einen im politischen Raum sehr vagen und zugleich hoch suggestiven Begriff sinnvoll zu bestimmen. Dies mündet mit Blick auf die Analysen der sozialen Lagen in der Bundesrepublik in die These von der Notwendigkeit einer Strategie des Ausbaus und der Transformation öffentlicher Institutionen. Wie sich diese Transformation beschreiben lässt und welchen Kriterien sie folgen wird analysiert. Daraus wiederum werden einige Rückschlüsse auf Tragfähigkeit und Grenzen von "Grundsicherung" und "Grundeinkommen" als "Stoff einer sinnvollen politischen Erzählung" gezogen. Als Fazit betont der Autor die "freiheitsermöglichende Kraft von Institutionen". Wer Freiheit ins rein "Private" abdrängt und individualisiert, verkennt die emanzipatorische Bedeutung des öffentlichen Raums. Freiheit bemisst sich an einer öffentlichen Infrastruktur und am Zugang zu allen Lebensbereichen: "Deshalb handelt es sich bei institutionellen Transfers um die andere Seite der gleichen Medaille: der Ermöglichung von gelebter Freiheit und Selbstbestimmung für alle." (ICA2)

[164-L] Sirmoglu, Avji; Streckeisen, Peter:

Das Grundeinkommen: kapitalistische Utopie oder linke Perspektive, in: Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik, Jg. 27/2007, H. 52, S. 177-184 (Standort: FES Bonn(Bo133)-X3504)

INHALT: Die Verfasser stellen einleitend fest, dass die Diskussionen über das Grundeinkommen nicht entlang der üblichen politischen Konfliktlinien zu verlaufen scheinen. So wird die Grundeinkommensidee sowohl von sozial- und wirtschaftsliberalen Kreisen propagiert als auch in kapitalismuskritischen und grün-alternativen Zusammenhängen kontrovers diskutiert. Sie vertreten die These, dass in keiner Weise die zentrale Bedeutung der gesellschaftlichen Arbeit für jedes politische Konzept und Projekt relativiert werden soll. Aber die Lohn- und Erwerbsarbeit ist nur eine besondere Form von gesellschaftlicher Arbeit, und es muss mindestens gegen diese Form von Arbeit wie um deren konkrete Anwendungsbedingungen gekämpft werden, damit eine politische Perspektive entsteht, die über das bestehende System hinausweist. Sie argumentieren, dass der Kampf für ein bedingungsloses Grundeinkommen mit den wichtigen politischen Themen verbunden werden muss. Das Grundeinkommen kann Teil einer linken Perspektive der Umverteilung von Reichtum und Arbeit und der Reflexion eines alternativen Gesellschaftsmodells sein, wenn die Finanzierung durch progressive Steuern auf Einkommen, Kapital und Vermögen gewährleistet wird, bestehende soziale Sicherungssysteme nicht ersetzt, sondern ergänzt und den tatsächlichen Bedürfnissen der Menschen angepasst werden und die Höhe des Grundeinkommens sich nicht unter der Armutsgrenze und den Mindestlohnansätzen bewegen darf. Dann lässt es sich gut mit Forderungen nach Arbeitszeitverkürzung, Mindestlöhnen oder besseren Arbeitsbedingungen verbinden. (ICG2)

[165-L] Sixel, Friedrich W.:

Das bedingungslose Grundeinkommen: ein Weg zu einem zeitgemäßen Sozialismus, in: Utopie kreativ : Diskussion sozialistischer Alternativen, 2006, H. 189/190, S. 640-647
(www.rosalux.de/cms/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Utopie_kreativ/189-90/189.pdf)

INHALT: Der Verfasser greift die Beiträge von Ulrich Busch (Utopie kreativ 181) und Sascha Liebermann (Utopie kreativ 184) zur Diskussion um ein garantiertes Grundeinkommen auf und kommt zu dem Schluss, dass die Gesellschaft angesichts der Massenarbeitslosigkeit und der Konfrontation mit einem alle Perspektiven zerstörenden Wachstum hilflos dasteht. Daher muss die Linke - so der Verfasser - das Primat der Natur akzeptieren, nicht nur das Primat der Arbeit. Der Kampf für ein garantiertes Grundeinkommen könnte den Schlüssel für ein solches neues Verständnis bilden. (ICEÜbers)

[166-L] Vanderborcht, Yannick; Parijs, Philippe van:

Das bedingungslose Grundeinkommen: ein Blick auf seine politische Realisierbarkeit, in: Manuel Franzmann (Hrsg.): *Bedingungsloses Grundeinkommen als Antwort auf die Krise der Arbeitsgesellschaft*, Weilerswist: Velbrück Wissenschaft, 2010, S. 329-359

INHALT: Der Gedanke des Grundeinkommens selbst reicht mindestens zwei Jahrhunderte zurück, wird allerdings erst seit kurzem wirklich ernsthaft debattiert. Der Grundgedanke ist äußerst simpel, aber seine Varianten unterscheiden sich manchmal stärker voneinander als jede einzelne dieser Varianten von benachbarten, aber ganz anders ansetzenden sozialpolitischen Ideen. Wenn Gerechtigkeit sowohl etwas mit Gleichheit als auch mit Freiheit zu tun hat, ist es schwierig, der Forderung nach einem bedingungslosen Einkommen, das jedem Einzelnen in gleicher Höhe zusteht und ein Mindestmaß an wirtschaftlicher Ungebundenheit garantiert, keinerlei Interesse zu schenken. Um allerdings die vielfältigen möglichen Einwände zu entkräften, sollte man genau definieren, worin das zugrunde liegende Ideal eigentlich besteht, und auch die Annahmen über soziale Sachverhalte offen legen, die das Grundeinkommen zu einem (diesem Ideal entsprechenden) Instrument im Kampf gegen Armut und Arbeitslosigkeit machen. Sowohl in den Ländern, die bereits über eine Mindestsicherung verfügen, als auch in verschiedenen anderen Staaten weisen diverse Reformen, die von mehr oder weniger einflussreichen Organisationen manchmal lediglich gefordert, manchmal auch von den Machthabern ernsthaft ins Auge gefasst und vereinzelt sogar bereits umgesetzt wurden, mehr oder weniger deutlich in diese Richtung. Ob diese Reformen letztlich zur Einführung eines wirklichen Grundeinkommens in einem Land und später vielleicht auch auf einer höheren Ebene führen werden, wird nicht zuletzt davon abhängen, inwieweit man bereit ist, sich intellektuell darauf einzulassen, d. h. vorurteilslos und unvoreingenommen verstehen zu wollen, worin das Grundeinkommen besteht, welche Gründe dafür und welche dagegen sprechen. Es wird allerdings auch von dem politischen Willen abhängen, der durch dieses Bemühen um ein besseres Verständnis begründet, gefördert und gesteuert wird. Dieser Kampf ist noch nicht gewonnen, weder für die eine noch für die andere Seite. Um den Ausgang dieser Auseinandersetzung zu beeinflussen, kann es sicherlich nicht schaden, zu schauen, welche relevanten Argumente uns die Sozialwissenschaften bieten und welche Gerechtigkeitsanforderungen sich stellen. (ICF2)

[167-L] Vobruba, Georg:

Zum Wandel der Begründungen eines garantierten Grundeinkommens, in: Michael Fischer (Hrsg.) ; Nikolaus Dimmel (Hrsg.): *Sozialethik und Sozialpolitik : zur praktischen Ethik des Sozialen*, Frankfurt am Main: P. Lang, 2006, S. 77-87, ISBN: 978-3-631-54745

INHALT: In seiner Auseinandersetzung mit der Debatte über das garantierte Grundeinkommen analysiert der Verfasser die gesellschaftspolitischen, ökonomischen und sozialpolitischen Argumente und stellt fest, dass Argumente in der älteren Grundeinkommensdiskussion vielfältiger gewesen sind. Er schlägt vor, die Begründungsversuche eines Grundeinkommens mit der soziologischen Gerechtigkeitsforschung in Verbindung zu setzen. Dabei handelt es sich um die Akzeptanz und um die Akzeptanzbedingungen des Wohlfahrtsstaates und insbesondere des Grundeinkommens und um die Einstellungen der politischen Akteure zu diesem Thema. Abschließend diskutiert der Autor die These, dass die Moralisierung eines gesellschaftlichen Anliegens ein Zeichen für seine politische Undurchsetzbarkeit ist. (ICG2)

[168-L] Völker, Wolfgang:

Soziale Fragen: Arbeit - (Grund)einkommen - Auskommen, in: *Widersprüche : Zeitschrift für sozialistische Politik im Bildungs-, Gesundheits- und Sozialbereich*, Jg. 26/2006, Nr. 4 = H. 102, S. 7-23 (Standort: USB Köln(38)-M XG 05865; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: "Der folgende Text gibt im Sinne eines ausführlichen Editorials eine Einführung in das Heft. Die unter verschiedenen Überschriften debattierten aktuellen sozialen Fragen im Kontext von Arbeiten, Einkommen und Existenzsicherung werden vorgestellt. Die Betrachtung der jüngeren Diskussion um ein bedingungsloses Grundeinkommen bildet dabei den Schwerpunkt. Vor diesem Hintergrund wird die Diskussion der Redaktion der *Widersprüche* zu diesem Thema seit den 1980er Jahren reka-

pituliert. Abschließend werden Fragen zur weiterführenden Debatte und Maßstäbe für politische Einmischungen formuliert." (Autorenreferat)

8 Finanzierung

[169-L] Bofinger, Peter:

Das Jahrzehnt der Entstaatlichung, in: WSI Mitteilungen : Monatszeitschrift des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts in der Hans-Böckler-Stiftung, Jg. 61/2008, H. 7, S. 351-357 (Standort: USB Köln(38)-Haa964; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: "Das erste Jahrzehnt des neuen Jahrtausends markiert in Deutschland einen - auch im internationalen wie historischen Vergleich - ungewöhnlichen Verlust des Staates an finanziellen Ressourcen und politischen Entscheidungskompetenzen. Die Staatsquote und Einnahmenquote wurden deutlich abgesenkt. Deutliche Defizite bei den öffentlichen Ausgaben für Bildung und Infrastruktur sind die Folge. Hinzu kommt die Föderalismusreform I, durch die der Zentralstaat sämtliche Kompetenzen auf dem für die Zukunft des Landes entscheidenden Feld der Bildungspolitik verloren hat. Angesichts der fortschreitenden Globalisierung ist dieser deutsche Sonderweg äußerst gefährlich. Fatale Leerstellen bei notwendigen Zukunftsinvestitionen sind bereits vorhanden. Eine weitere Demontage staatlicher Handlungsfähigkeit bzw. des Sozialstaates droht durch die Föderalismusreform II und durch Vorschläge für ein bedingungsloses Grundeinkommen. Nur durch mehr Transparenz, mit einem umfassenden internationalen 'Benchmarking' staatlicher Leistungen, vor allem im Bereich von wachstums- und nachhaltigkeitswirksamen Ausgaben, kann der Öffentlichkeit verdeutlicht werden, wie weit hierzulande die Entstaatlichung schon fortgeschritten ist." (Autorenreferat)

[170-L] Bundesministerium der Finanzen (Hrsg.):

Existenzsicherung und Erwerbsanreiz: Gutachten des Wissenschaftlichen Beirats beim Bundesministerium der Finanzen, Berlin 2008, 56 S. (Graue Literatur; doku.iab.de/externe/2008/k080616f08.pdf)

INHALT: "Das Gutachten bietet eine fundierte Analyse einer Vielzahl von Kombilohnmodellen unter Berücksichtigung von Kosten und Beschäftigungseffekten. Der Beirat rät von der Umsetzung von Bürgergeldmodellen und von Vorschlägen zu einem bedingungslosen Grundeinkommen ab, da diese mit nicht zu bewältigenden fiskalischen Risiken, ungewissen Beschäftigungseffekten sowie einer Reihe systematischer Probleme verbunden sind. Zur Stimulierung von Arbeitsangebot und -nachfrage im Niedriglohnbereich setzt der Beirat dagegen auf Workfare und Lohnsubventionen in einem eng begrenzten Rahmen. Die weitere konkrete Ausgestaltung soll aber vom Ergebnis zunächst vorzunehmender empirischer Experimente abhängig gemacht werden." (Autorenreferat)

[171-L] Fuest, Clemens; Peichl, Andreas; Schaefer, Thilo:

Beschäftigungs- und Finanzierungswirkungen des Bürgergeldkonzepts von Dieter Althaus, in: Ifo-Schnelldienst : Wochenberichte, Jg. 60/2007, H. 10, S. 36-40 (Standort: USB Köln(38)-FHM XG1454; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: "Die Autoren analysieren die Beschäftigungs- und Finanzierungswirkungen des Grundeinkommens-Konzepts von Dieter Althaus. Ihrer Meinung nach entlastet das vorgeschlagene Modell nicht den Arbeitsmarkt, da durch das Grundeinkommen, das alle (erwachsenen) Staatsbürger unabhängig von etwaigen Erwerbseinkünften erhalten, die Option, nicht bzw. weniger zu arbeiten, attraktiver als im geltenden Steuersystem wird. Hinzu kommt, dass die Umsetzung des Konzepts einen hohen finanziellen Aufwand erfordert: Der Finanzierungsbedarf liegt bei über 180 Mrd. Euro. Kombilohnmodelle stellen nach Ansicht der Autoren eine sinnvolle Alternative zu der bedingungslosen Zahlung eines Grundeinkommens für alle dar." (Autorenreferat)

[172-L] Kumpmann, Ingmar:

Armutsbekämpfung durch Einkommensumverteilung: zu den Zielen und Finanzierungsproblemen eines Grundeinkommens, in: Berliner Debatte Initial : Sozial- und geisteswissenschaftliches Journal, Jg. 18/2007, H. 2, S. 28-37 (Standort: UB Bonn(5)-Z90/76; USB Köln(38)-M XA01655; Kopie über den Literaturdienst erhältlich; www.berlinerdebatte.de/index.php?option=com_content&task=view&id=60)

INHALT: "Die Verfasser behandelt das Grundeinkommen als ein Konzept, mit dem die Unzulänglichkeiten der bisherigen Armutsbekämpfung überwunden werden könnten. Das Hauptproblem sieht er jedoch in der ungelösten Frage seiner Finanzierung. Auch würden die Folgen für die Leistungsanreize und die gesellschaftliche Produktion negativ sein, was einer Verwirklichung des Konzepts enge Grenzen setzt." (Textauszug)

[173-L] Kumpmann, Ingmar:

Das Grundeinkommen - Potenziale und Grenzen eines Reformvorschlags, in: Wirtschaftsdienst : Zeitschrift für Wirtschaftspolitik, Jg. 86/2006, H. 9, S. 595-601 (Standort: USB Köln(38)-FHM Haa288; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: Der Beitrag fasst die aktuelle Diskussion um verschiedene Vorschläge und Ansätze eines Grundeinkommens und dessen Ausgestaltung zusammen. Unter Grundeinkommen wird 'ein Einkommen, das von einem politischen Gemeinwesen an alle seine Mitglieder ohne Bedürftigkeitsprüfung und ohne Gegenleistung ausgezahlt wird' verstanden. Im Mittelpunkt der Diskussion stehen die Fragen der Finanzierbarkeit eines derartigen Grundeinkommens und seine Auswirkungen auf Leistungsbereitschaft und Produktion. Der Beitrag kommt zu dem Schluss, dass das Grundeinkommen ein sinnvoller Vorschlag zur zeitgemäßen Weiterentwicklung des Sozialstaates ist. Mit dem Grundeinkommen könnte dieser wesentlich einfacher, transparenter und in sich schlüssiger gestaltet werden. Einerseits würde der Produktionsfaktor Arbeit von den Kosten der sozialen Sicherungssysteme entlastet werden und andererseits wäre das Grundeinkommen die Anerkennung einer bedingungslosen Existenzsicherung für alle Gesellschaftsmitglieder. Daher kann ein Grundeinkommen einen Großteil seiner Zwecke nur dann erfüllen, wenn es mindestens existenzsichernd ist. Die Realisierung eines Grundeinkommens steht unter dem Vorbehalt der Finanzierungsmöglichkeit. Daher plädiert der Autor für Zwischenschritte in Richtung auf ein Grundeinkommen wie die Abschaffung von Kontrollen der Arbeitsbereitschaft, die Zusammenlegung einzelner staatlicher Transfers oder die Erhöhung des Steueranteils an der Finanzierung von Sozialleistungen. (IAB)

[174-L] Moser, Maria Katharina:

Inklusion und Integration durch Grundeinkommen?, in: Christiane Eckstein (Hrsg.) ; Alexander Filipovic (Hrsg.) ; Klaus Oostenryck (Hrsg.): Beteiligung - Inklusion - Integration : sozialetische Konzepte für die moderne Gesellschaft, Münster: Aschendorff, 2007, S. 127-140, ISBN: 978-3-402-10630-3

INHALT: Das Prinzip des Grundeinkommens ist, allen Bürgern eine Basisleistung auszuzahlen, die an keinerlei weitere Bedingungen geknüpft und mit jeder anderen Art eines zusätzlichen Einkommens kumulierbar ist. Die Verfasserin fragt im vorliegenden Beitrag nach dem Integrations- und Inklusionspotenzial des Grundeinkommens. Hierzu setzt sie sich mit den Positionen von Armin Nassehi, Uwe Schimank und Wilhelm Heitmeyer auseinander. Damit macht sie die Notwendigkeit deutlich, den normativen Gehalt der Begriffe Inklusion und Integration in der Begründung des Grundeinkommens genauer zu bestimmen, um das Grundeinkommen nicht mit normativen Erwartungen zu überladen. (ICE2)

[175-L] Opielka, Michael:

Was kostet ein Grundeinkommen?, in: Leviathan : Zeitschrift für Sozialwissenschaft, Jg. 32/2004, H. 4, S. 440-447 (Standort: USB Köln(38)-XG01679; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: Im Zusammenhang mit den Reformen des Typs Hartz IV plädieren Befürworter eines Grundeinkommens für die Einführung eines Grundrechtes auf ein existenzsicherndes Einkommen unabhängig vom Arbeitsmarkt. Die gewichtigsten Einwände dagegen sind Zweifel daran, ob Arbeitsmärkte ohne Zwang generell funktionieren können und ob ein Grundeinkommen finanziert werden kann. In dem Beitrag wird insbesondere die Kostenfrage diskutiert, also die Bestimmung der Armutsgrenze (etwa 640 EURO pro Monat entspräche dem Arbeitslosengeld II-Niveau), die Entscheidung zwischen Individual- und Haushaltsprinzip sowie die Frage, ob Krankenversicherung, Wohnkosten oder weitere öffentliche Güter einbezogen werden sollten. Wenn die Idee eines Grundeinkommens auch noch nicht ganz ausgereift scheint, ließe sich je nach politischem Willen und konkreter Ausgestaltung - dieses realisieren, beispielsweise durch Einführung einer Sozialsteuer auf alle Einkommen sowie eine Bürger-Krankenversicherung. (IAB)

[176-L] Pelzer, Helmut; Herrlen-Pelzer, Sibylle:

Kostenentlastung bei der Sozialhilfe durch ein Bürgergeld: eine Studie im Auftrag der Stadt Ulm, in: Zeitschrift für Sozialreform, Jg. 47/2001, H. 5, S. 542-549 (Standort: USB Köln(38)-Haa1648; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: Seit längerem wird ein steuerfinanziertes Grundeinkommen in Höhe eines Existenzminimums gefordert. Es soll Menschen ohne oder mit sehr geringem Einkommen den Gang zum Sozialamt ersparen und arbeitswilligen Sozialhilfeempfängern die Aufnahme niedrig entlohnter Arbeit erleichtern. Ein Vorschlag hierzu ist das "Bürgergeld nach dem "Ulmer Modell". Bei ihm handelt es sich um eine Weiterentwicklung eines allgemein pauschalierten Basiseinkommens für alle Einwohner der Bundesrepublik Deutschland ohne Ansehen der Person und ohne Überprüfung der jeweiligen Bedürftigkeit. Dem Modell liegt ein Existenzminimum von monatlich 1000 DM zugrunde, wie es vom BVG für alleinstehende Erwachsene 1997 festgelegt wurde. Die Ergebnisse der Studie sind ausschließlich monetärer Art. Sie sagen nichts über die Auswirkungen, die ein solches Bürgergeld-System auf die allgemeine Lebenssituation der betroffenen Menschen hat. (ICA)

[177-L] Pelzer, Helmut:

Bedingungsloses Grundeinkommen: Realisierung nicht ohne Finanzierung, in: Jutta Allmendinger (Hrsg.): Entstaatlichung und soziale Sicherheit : Verhandlungen des 31. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in Leipzig ; Teil 1, Opladen: Leske u. Budrich, 2003, ISBN: 3-8100-4038-X

INHALT: "Wenn über Vor- und Nachteile eines 'bedingungslosen Grundeinkommens' (garantiertes Grundeinkommen, unconditional basic income, kurz Grundeinkommen) diskutiert wird, sollte immer bedacht werden, dass es auch etwas kostet. Realisierungs-Chancen bestehen nur, wenn die zu erwartenden Kosten einigermaßen bekannt sind und sich in vertretbaren Grenzen halten. Eine Finanzierung durch Veränderungen unseres Wirtschaftssystems ist reine Utopie. Sie wäre auch kontraproduktiv, weil sie der Finanzierung des Grundeinkommens die Grundlagen entziehen würde. Wie aber ist eine Finanzierung unter den gegebenen Voraussetzungen in Politik und Wirtschaft möglich? Die Kenntnis der Kosten eines Grundeinkommens und ihre Aufrechnung gegen Einsparungen bei anderen Sozialleistungen (Sozialhilfe, Arbeitslosenhilfe etc.) setzen genaue Angaben über den Betrag voraus, der monatlich (jährlich) als Grundeinkommen pauschal an alle Bürger oder Einwohner des betreffenden Landes bezahlt werden soll. Es ist dabei (in Deutschland) meist die Rede vom Existenzminimum (EM), worunter man das physische, das steuerliche oder das sozio-kulturelle EM verstehen kann. Genau definiert ist nur das steuerliche EM, nämlich der Grundfreibetrag in der Einkommensteuer, z.Z. etwa 600 Euro / Monat für Erwachsene. Ein Grundeinkommen kann nicht zusätzlich zum sonstigen Einkommen (Lohn) gewährt werden. Die Gesamtkosten wären immens und indiskutabel. Deshalb kann die Lösung nur lauten: Wer mit seinem eigenen Einkommen (Lohn) unter einer bestimmten Grenze ("Transfergrenze") liegt, hat Anrecht auf Grundeinkommen, u.z. ohne komplizierte Prüfung der Bedürftigkeit. Er/sie zahlt dafür bei Einkommen (Lohn) bis zur Transfergrenze einen erhöhten Einkommen-(Lohn-)steuersatz. Es werden Wege aufgezeigt, wie diese Vorschläge mathematisch und steuerpolitisch korrekt zu realisieren sind. Die dafür entwickelten Rechenmodelle im Computerprogramm Excel von Microsoft können von jedem PC-Besitzer nachvollzogen werden. Kritiker der Idee eines Grundeinkommens geben sich jedoch mit derartigen Modellrechnungen nicht zufrieden. Sie ar-

gumentieren, die Einführung eines Grundeinkommens in einem Schritt sei ökonomisch, politisch und psychologisch mit zu vielen Risiken belastet und stellen damit die politische Durchsetzbarkeit in Frage. Wir haben deshalb ein weiteres Konzept entwickelt, nach dem ein Grundeinkommen, beginnend mit einer untersten Stufe, dem sog. Basisgeld, schrittweise aufgebaut, in jeder Stufe gemäß 'Experimentierklausel' im BSHG Paragraph 101a regional erprobt und auf 'Tauglichkeit' überprüft werden kann." (Autorenreferat)

[178-L] Stapf-Fine, Heinz:

Ein Grundeinkommen sprengt unser Sozialsystem: bedarfsorientierte Grundsicherung ausbauen - und so (Alters-)Armut vermeiden, in: Soziale Sicherheit : Zeitschrift für Arbeit und Soziales, Jg. 56/2007, H. 8, S. 251-257 (Standort: USB Köln(38)-Haa1083; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: "Ein Grundeinkommen würde das bestehende Sozialsicherungssystem sprengen. Viele Menschen mit spezifischen Bedarfslagen würden deshalb schlechter gestellt als heute. Die soziale Ungleichheit und die Abhängigkeit der Sozialpolitik von der jeweiligen Haushaltslage würden wachsen. Wegen des garantierten Mindesteinkommens könnten die Arbeitgeber auf breiter Front Lohnkürzungen durchsetzen. Diese zentralen Kritikpunkte an Modellen des Grundeinkommens werden im Folgenden näher erläutert. Dabei werden - am Beispiel der Alterssicherung- sowohl die 'System überwindenden' Vorschläge als auch die Modelle untersucht, die auf dem bestehenden (Renten-)System aufbauen. Statt eines Grundeinkommens plädiert der Autor für den Ausbau der bedarfsorientierten Grundsicherung." (Autorenreferat)

Hinweise zur Registerbenutzung

Sachregister

Grundlage für das Sachregister sind die Schlagwörter, die zur gezielten Suche der Literatur- bzw. Forschungsnachweise in unseren Datenbanken SOFIS und SOLIS vergeben wurden.

Um eine differenzierte Suche zu ermöglichen, werden dabei nicht nur die Haupt-, sondern auch Nebenaspekte der Arbeiten verschlagwortet.

- Bei einem maschinell erstellten Verzeichnis wie dem obigen Sachregister führt das zwangsläufig zu einem Nebeneinander von wesentlichen und eher marginalen Eintragungen.

Manche Begriffe machen erst in Verbindung mit anderen Sinn oder wechseln ihren Sinn in Abhängigkeit vom jeweiligen Zusammenhang.

- Solche Zusammenhänge gehen aber bei einem einstufigen Register typischerweise verloren.

Vermeintliche Fehleintragungen gehen fast immer aufs Konto eines dieser beiden Effekte, die sich bei der maschinellen Registererstellung grundsätzlich nicht vermeiden lassen.

Personenregister

Aufgeführt sind

- bei Literaturnachweisen: alle aktiv an dem Werk beteiligten Personen;
- bei Forschungsnachweisen: alle als Leiter, Betreuer oder wissenschaftliche Mitarbeiter („Autoren“) eines Projekts angegebenen Personen.

Institutionenregister

Aufgeführt sind nur die forschenden Institutionen. Institutionelle Auftraggeber, Finanziierer, Förderer oder dergleichen sind zwar in den Forschungsnachweisen selbst aufgeführt, nicht jedoch im Register.

Sortierung

Die Sortierung folgt den lexikalischen Regeln, d.h. Umlaute werden wie der Grundbuchstabe sortiert. Numerische Angaben (z.B. „19. Jahrhundert“) sind ganz ans Ende sortiert, also hinter Buchstabe Z.

Nummerierung

Alle in den Registern angegebenen Zahlen beziehen sich auf die laufenden Nummern der Literatur- und Forschungsnachweise.

Personenregister**A**

Amann, Anton 1
Arn, Christof 75

B

Bartelheimer, Peter 47
Bauer, Tobias 3
Bauman, Zygmunt 133
Beck, Ulrich 134
Behrend, Olaf 135
Bendixen, Tim 99
Bentrup, Stefanie 107
Bischoff, Joachim 48, 136
Blaschke, Roland 4
Blaschke, Ronald 137
Boeckh, Jürgen 76
Bofinger, Peter 169
Brangsch, Lutz 138
Braun, Anneliese 108
Bröckl, Lena 139
Buhr, Petra 127
Busch, Ulrich 140, 141
Buscher, Herbert S. 5
Butterwegge, Christoph 77

C

Clarke, Simon 123

D

Daniels, Eva 78
Dietz, Martin 31
Dimmel, Nikolaus 86
Dries, Christian 6
Dujmovits, Rudi 72
Dyk, Irene 79

E

Eckstein, Christiane 80
Ehlers, Kai 81
Eichenhofer, Eberhard 49
Eichler, Daniel 82
Engler, Wolfgang 83, 84, 85
Epple, Ruedi 7

F

Farwick, Andreas 50
Fehmel, Thilo 51
Filipovic, Alexander 80
Fischer, Michael 86
Fischer, Ute Luise 52, 109
Flecker, Jörg 132
Franzmann, Manuel 8, 78, 87
Fuest, Clemens 171

Füllsack, Manfred 9, 53, 124

G

Geber, Friedrich 54
Gieffers, Susanne 50
Gorz, André 10, 11, 142
Gottschlich, Daniela 110
Gruber, Johannes 12, 13
Grün, Gabriele 55

H

Haupt, Hanna 56
Heider, Jan 88
Hein, Wolfgang 111
Heitzmann, Karin 112
Hellmeister, Heike 14
Herrlen-Pelzer, Sibylle 176
Hesse, Genevieve 58
Hohenleitner, Ingrid 32, 113
Holuba, Stefanie 15
Hürtgen, Stefanie 143

I

Ickler, Monika 59

J

Jäckle, Nicole 17
Jacobi, Dirk 144
Jahn, Jens-Eberhard 60, 145
Jung, Matthias 78

K

Kaltenborn, Bruno 125
Kersting, Wolfgang 89
Kier, Volker 146
Kilian, Thomas 147
Kipping, Katja 148
Klautke, Roland 34, 114
Kleszczewski, Diethelm 90
Klute, Jürgen 149
Köhler, Thomas 115
Koller, Peter 91
Kotlenga, Sandra 149
Krätke, Michael 16
Krätke, Michael R. 61, 150
Krause, Alexandra 17
Krebs, Angelika 116
Krebs, Hans-Peter 126
Kreft, Jesco 99
Kreutz, Daniel 151
Kumpmann, Ingmar 172, 173
Küttel, Rolf 35

L

Lamla, Jörn 62, 92
 Land, Rainer 117
 Leisering, Lutz 127
 Lengfeld, Holger 17
 Lenk, Wolfgang 115
 Lessenich, Stephan 36, 43, 63
 Liebermann, Sascha 87, 93, 94, 95, 152, 153
 Liebig, Stefan 17, 64
 Liebscher, Reinhard 56
 Loer, Thomas 154
 Ludwig-Mayerhofer, Wolfgang 135

M

Mau, Steffen 17, 64
 Meyn, Christina 23
 Midtgaard, Sören Flinch 96
 Mohr, Katrin 155
 Moser, Maria Katharina 174
 Müller, Matthias 18, 65, 99
 Müller, Steffi 90

N

Neuendorff, Hartmut 19, 97
 Neuhaus, Frank 90
 Neumann, Frieder 98
 Nida-Rümelin, Julian 20
 Notz, Gisela 118

O

Oehrlein, Brigitte 34, 114
 Offe, Claus 21, 22
 Öllinger, Karl 156
 Oostenryck, Klaus 80
 Opielka, Michael 37, 65, 66, 67, 68, 69, 88,
 99, 113, 157, 158, 159, 160, 175

P

Parak, Christoph 128
 Parijs, Philippe van 28, 166
 Paternoga, Dagmar 25
 Patry, Eric 38
 Peichl, Andreas 171
 Pelton, Leroy H. 100
 Pelzer, Helmut 176, 177
 Perrey, Olaf 14
 Peter, Gerd 19, 23, 24, 119
 Petersen, Jorn Henrik 129
 Pioch, Roswitha 39
 Pusch, Volker 50

R

Rätz, Werner 25
 Rein, Harald 126
 Reitter, Karl 101
 Rhomberg, Markus 26
 Roesler, Jörg 130

Rößler, Sebastian 161
 Rückin, Ulrich 14
 Ruh, Hans 75

S

Schaefer, Thilo 171
 Schandl, Franz 102
 Schär, Eva 7
 Schlichting, Karl 50
 Schmidt, Angelika 112
 Schmidt, Volker H. 103
 Schneider, Hilmar 40
 Schöb, Ronnie 27
 Schramm, Michael 113
 Schröder, Paul M. 50
 Siller, Peter 163
 Silva, Josué Pereira da 131
 Sirmoglu, Avji 164
 Sixel, Friedrich W. 165
 Sondermann, Adriane 135
 Spangenberg, Joachim H. 120
 Stapf-Fine, Heinz 178
 Steinbach, Werner 25
 Steinvorth, Ulrich 70
 Straubhaar, Thomas 32, 113
 Streckeisen, Peter 164
 Strengmann-Kuhn, Wolfgang 71
 Strüßmann, Bernd 50
 Sturn, Richard 72
 Stutz, Heidi 3

T

Traiser-Diop, Ute 127

V

Vanderborght, Yannick 28, 166
 Vobruba, Georg 29, 41, 42, 104, 105, 167
 Völker, Wolfgang 168
 Volkmann, Endres C. 121
 Vontobel, Werner 73

W

Wagner, Björn 43, 44
 Walwei, Ulrich 31
 Welter, Ralf 74
 Winkler, Gunnar 56
 Wispeleare, Jurgen de 106
 Wohlgenannt, Lieselotte 30
 Wolf, Frieder O. 19
 Wolf, Frieder Otto 119
 Worschech, Susan 122
 Wüthrich, Therese 45

Z

Zeeb, Matthias 46
 Zilian, Hans Georg 132

Sachregister

- A**
- abhängig Beschäftigter 26
 - Adoleszenz 78
 - Adorno, T. 13, 119
 - Afrika 124
 - Afrika südlich der Sahara 124
 - AIDS 124
 - Akteur 21, 39, 88, 99
 - aktivierende Arbeitsmarktpolitik 5, 18, 47, 135, 149, 170
 - Aktivierung 8, 18, 88, 103, 135, 149
 - Akzeptanz 60, 67, 104, 167
 - Akzeptanzforschung 167
 - Allokation 104
 - alte Bundesländer 5, 17
 - alter Mensch 56, 100
 - Alternative 2, 10, 27, 34, 45, 46, 48, 114, 139, 149, 171
 - Altersversorgung 56, 57, 178
 - Altersvorsorge 56
 - Althusser, L. 119
 - Ambivalenz 65
 - Anerkennungspolitik 154
 - Anreizsystem 5, 27, 40, 159, 170, 171, 173
 - Arbeit 5, 6, 8, 9, 10, 13, 15, 23, 24, 29, 33, 40, 41, 47, 48, 49, 73, 83, 97, 107, 116, 119, 120, 134, 136, 140, 168, 170, 171, 173
 - Arbeiterbewegung 34
 - Arbeitgeber 51, 71, 178
 - Arbeitgeberverband 51
 - Arbeitnehmer 26, 51, 166
 - Arbeitnehmerinteresse 51
 - Arbeitnehmerpolitik 51
 - Arbeitnehmerschutz 51
 - Arbeitsagentur 135
 - Arbeitsanforderung 13
 - Arbeitsbedingungen 10, 13
 - Arbeitsbelastung 13
 - Arbeitsbereitschaft 173
 - Arbeitsgelegenheit 162, 170
 - Arbeitsgesellschaft 8, 10, 19, 20, 23, 24, 25, 29, 30, 35, 36, 48, 57, 78, 83, 84, 87, 115, 116, 121, 126, 134, 142, 146, 152, 155
 - Arbeitskampf 164
 - Arbeitskraft 85, 111
 - Arbeitskräfteangebot 33, 113, 171
 - Arbeitskräftenachfrage 111, 113
 - Arbeitskraftunternehmer 41
 - Arbeitslosengeld 51, 69, 71, 73
 - Arbeitslosengeld II 4, 5, 14, 33, 37, 40, 57, 76, 170
 - Arbeitslosenversicherung 33, 159
 - Arbeitsloser 5, 14, 25, 58, 135, 149, 162, 166, 173
 - Arbeitslosigkeit 3, 6, 10, 28, 29, 41, 70, 79, 83, 89, 91, 95, 115, 117, 132, 141, 143, 155, 159, 172
 - Arbeitsmarkt 6, 21, 22, 29, 32, 33, 35, 39, 66, 79, 83, 94, 95, 97, 106, 135, 136, 159
 - Arbeitsmarktentwicklung 10, 33, 143
 - Arbeitsmarktpolitik 2, 5, 10, 22, 27, 31, 33, 35, 56, 94, 135, 139, 149, 159, 170, 175
 - Arbeitsmarkt- und Berufsforschung 135
 - Arbeitspflicht 14, 84, 162, 175
 - Arbeitsplatzsicherung 41, 91
 - Arbeitspolitik 21, 119
 - Arbeitsprozess 9
 - Arbeitsunfähigkeit 173
 - Arbeitsverhältnis 3, 13, 82, 132, 143
 - Arbeitsvertrag 21, 22
 - Arbeitsverwaltung 83
 - Arbeitsverweigerung 126
 - Arbeitswelt 10, 12, 13
 - Arbeitszeit 41, 73, 75, 126
 - Arbeitszeitpolitik 8, 73
 - Arbeitszeitverkürzung 4, 29, 73, 126, 134, 151
 - Argumentation 22, 105, 167
 - Armut 3, 4, 5, 7, 14, 21, 22, 28, 50, 56, 57, 61, 69, 71, 76, 82, 85, 86, 92, 102, 112, 118, 123, 126, 149, 157, 167, 172, 176, 178
 - Armutsbekämpfung 47, 54, 61, 69, 77, 81, 123, 124
 - Asien 124
 - Aufenthaltserlaubnis 33
 - Ausbeutung 162
 - Ausländerpolitik 33, 162
 - Ausländerrecht 33
 - Australien 124
 - Authentizität 92
 - Automatisierung 11, 95
 - Autonomie 78, 88, 92, 104, 152
- B**
- Bedarf 77, 98, 108
 - Bedeutung 24
 - Bedürftigkeit 57, 83
 - Befreiung 94, 97, 154
 - Bemessungsgrundlage 49
 - Benchmarking 169
 - Beruf 52
 - berufliche Reintegration 5, 27
 - Berufsbildung 33
 - Beschäftigung 15, 23, 47, 53, 82, 91, 121, 131, 143

- Beschäftigungseffekt 5, 27, 32, 113, 170, 171
 Beschäftigungsentwicklung 22, 23, 35
 Beschäftigungsförderung 31
 Beschäftigungsform 10, 33, 134, 143
 Beschäftigungspolitik 14, 41, 132, 139
 Besteuerung 100, 120, 150
 Betreuung 33
 Bevölkerung 64, 67
 Bevölkerungsentwicklung 33
 Bildung 80, 83, 95, 100
 Bildungsabschluss 65, 78
 Bildungsarbeit 83
 Bildungsniveau 33
 Bildungsökonomie 33
 Bildungspolitik 10, 33, 57, 169
 Bildungsreform 10, 145
 Biographie 78
 Bourdieu, P. 13
 Brasilien 124, 131
 Bremen 50
 Bundessozialhilfegesetz 37
 Bundestag 161
 Bündnis 90/ Die Grünen 157
 Bürger 7, 90, 94, 152, 154, 158
 bürgerliche Gesellschaft 23, 38, 85, 93
 Bürgerrecht 61, 62, 84, 150, 163
 bürgerschaftliches Engagement 94, 95, 131
 Bürgerversicherung 67, 163
- C**
- CDU 158
 Chancengleichheit 55, 89, 156
 Christentum 80
 Coping-Verhalten 10
- D**
- Dänemark 129
 Dauerarbeitslosigkeit 5, 43
 Definition 15, 161
 demographische Faktoren 33, 56
 Demokratie 24, 94, 134, 149, 163
 Demokratieverständnis 8, 24
 Demokratisierung 62, 139
 Depression 13
 Deregulierung 33
 Deutschland 86
 Deutung 65, 152
 Die Grünen 156
 Dienstleistungsgesellschaft 33
 Differenzierung 21
 Diskriminierung 100, 122
 Diskurs 42, 46, 55, 93, 107, 109, 161
 Diskussion 26, 66, 68, 104, 105, 167, 168
- E**
- Egalitarismus 98
 Ehrenamt 58
 Eigenarbeit 58, 108, 126
 Eigentum 90
 Einfacharbeit 33, 40
 Einkommen 8, 9, 11, 14, 22, 23, 25, 26, 29, 30, 31, 32, 42, 43, 47, 50, 53, 55, 61, 63, 65, 68, 70, 72, 73, 76, 77, 78, 82, 83, 87, 88, 93, 96, 99, 100, 101, 104, 105, 106, 107, 108, 109, 111, 116, 119, 121, 125, 126, 127, 131, 133, 135, 141, 146, 148, 155, 156, 158, 159, 160, 164, 166, 168
 Einkommenseffekt 97
 Einkommenspolitik 5, 14, 23, 37, 54, 56, 59, 61, 71, 73, 76, 87, 97, 131, 141, 160, 167, 178
 Einkommensteuer 71, 175
 Einkommensumverteilung 61, 67, 73, 172
 Einkommensunterschied 50, 66, 119
 Einkommensverhältnisse 29, 76
 Einkommensverteilung 22, 66, 67, 68, 76, 84, 93, 107, 109
 Einstellung 56, 64, 99
 Einstellungsforschung 17
 Einwanderung 33, 39
 Elektroindustrie 34
 Elternurlaub 33
 Emanzipation 23, 24, 114, 145
 Engagement 153
 Entbürokratisierung 95
 Entfremdung 9, 12
 Entstaatlichung 169
 Entwicklungsland 124, 127, 130, 131
 Epidemie 7
 Erfahrung 153
 Erklärung 135
 Erwerbsarbeit 21, 35, 51, 52, 70, 76, 82, 83, 87, 94, 101, 108, 109, 115, 117, 119, 121, 128, 134, 137, 140, 141, 143, 146, 152
 Erwerbsbeteiligung 51, 115
 Erwerbsform 51
 Erwerbslosigkeit 58
 Erwerbsminderung 144
 Erwerbstätiger 26, 37
 Erwerbstätigkeit 14, 159
 Erwerbsunfähigkeit 76
 Ethik 63, 75
 EU 39, 54, 125, 128, 132
 Europa 35, 49, 63, 125, 157
 EU-Vertrag 128
 Existenzminimum 4, 14, 25, 29, 30, 37, 47, 57, 69, 71, 108, 113, 136, 150, 151, 168, 170, 171, 172, 178
 Exklusion 7, 57, 76, 80, 100, 117, 140, 155, 163

F

Familie 47, 95, 153
 Familienarbeit 75, 116
 Familienpolitik 33, 75
 Feminismus 107, 110, 112, 114, 118, 122
 Finanzpolitik 2
 Flexibilität 3, 10, 12, 13, 29, 33, 35, 41, 51, 132, 134, 143
 Flexicurity 41
 Föderalismus 169
 Fordismus 35, 97
 Forschung 17, 127
 Forschungsergebnis 13
 Frankfurter Schule 12, 13, 119
 Frankreich 73, 126
 Frau 52, 107, 108, 109, 112, 122, 149
 Frauenberuf 122
 Frauenbewegung 118
 Frauenerwerbstätigkeit 122
 Frauenpolitik 108
 freier Beruf 57
 Freiheit 23, 24, 70, 72, 88, 90, 96, 103, 110, 119, 137, 153, 163
 Freizeit 117
 Fromm, E. 13
 Frühförderung 33
 Fürsorge 7

G

ganzheitlicher Ansatz 121
 Geld 102
 Gemeinde 7
 gemeinnützige Arbeit 134
 Gemeinschaft 55, 101
 Gemeinwesen 94, 154
 Gemeinwohl 99, 133
 Genossenschaft 149
 Genossenschaftswesen 149
 Gerechtigkeit 17, 21, 22, 24, 72, 89, 90, 96, 98, 99, 100, 104, 106, 109, 115, 120, 122, 132, 157, 163, 167
 geringfügige Beschäftigung 143
 Geschlecht 107
 Geschlechterpolitik 118
 Geschlechterverhältnis 118, 122
 Geschlechtsrolle 149
 geschlechtsspezifische Faktoren 20, 47, 52, 110, 112, 122
 geschlechtsspezifische Sozialisation 112
 Gesellschaft 6, 9, 10, 12, 22, 34, 75, 83, 100, 101, 105, 117, 119, 133, 136, 137
 Gesellschaftsbild 21, 92
 Gesellschaftskritik 11, 110, 164
 Gesellschaftsordnung 10, 45, 87, 93
 Gesellschaftspolitik 10, 43, 45, 48, 67, 84, 93, 102, 118, 157, 167
 Gesellschaftstheorie 10

Gesetzgebung 159
 Gesundheit 100, 132
 Gewerkschaft 19, 45, 51, 83
 Gewerkschaftspolitik 34, 139, 143
 Gleichbehandlung 89
 Gleichberechtigung 109
 Gleichgewicht 72
 Gleichheit 65, 86, 89, 96, 103, 106, 108, 116, 158
 Gleichstellung 32, 139
 globaler Wandel 111
 Global Governance 111
 Globalisierung 10, 25, 33, 34, 111, 119, 127, 133
 Globalsteuerung 111
 Grundbedürfnis 98, 131
 Grundrecht 82, 85, 88, 93, 99
 Grundrente 129, 163
 Grundsicherung 2, 3, 13, 18, 19, 29, 30, 31, 32, 38, 40, 41, 42, 45, 46, 47, 48, 49, 53, 54, 55, 57, 59, 60, 64, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 74, 77, 82, 83, 85, 89, 93, 96, 101, 102, 106, 107, 108, 109, 114, 116, 117, 118, 120, 121, 122, 123, 124, 125, 127, 128, 136, 137, 138, 140, 141, 142, 144, 146, 148, 150, 151, 155, 156, 157, 158, 159, 160, 161, 163, 165, 168, 169, 170, 174, 176, 178
 Grundversorgung 6, 45, 84, 130, 172
 grüne Partei 166
 Gruppenarbeit 17
 Gruppendiskussion 65

H

Habermas, J. 13
 Handlungsfähigkeit 94
 Handlungsorientierung 30, 65, 160
 Handlungsspielraum 103, 154
 Hartz-Reform 2, 4, 5, 18, 31, 37, 56, 69, 135, 144, 149, 162
 Hausarbeit 75
 Hausfrau 75
 häusliche Gewalt 149
 Herrschaft 110, 154
 Hilfeleistung 176
 Hinzuverdienst 40
 historische Analyse 129
 Horkheimer, M. 119
 Humanisierung der Arbeit 97
 Humanismus 116
 Humankapital 33, 106
 Hunger 7

I

Ideengeschichte 28
 Identität 80, 101
 Ideologie 20, 24, 94, 151

-
- Ideologiekritik 11, 34, 162, 164
 Implementation 17
 Individualisierung 92
 Individualismus 1, 137
 Individuum 12, 133
 Informationsgesellschaft 33
 informeller Sektor 58
 Infrastruktur 169
 Inklusion 80, 155, 163, 174
 Innovation 18, 153
 Innovationspolitik 139
 Institution 106, 135
 Integration 80, 140
 Integrationspolitik 140
 interdisziplinäre Forschung 17
 Interesse 71, 94, 178
 Interessengruppe 94
 internationaler Vergleich 54, 161, 169
 internationale Wirtschaftsbeziehungen 142
 Investition 169
 Italien 126
- J**
- Japan 124
- K**
- Kapital 11
 Kapitalismus 10, 11, 12, 13, 16, 34, 48, 85,
 92, 102, 114, 119, 133, 164
 Kapitalmarkt 142
 Karibischer Raum 130
 Kaufkraft 104, 105
 Keynesianismus 2, 137
 Kind 33, 57
 Kindergeld 71, 123
 Kirche 7, 112
 Kloster 7
 Knappheit 72
 Kombilohn 2, 5, 27, 40, 54, 171
 Kommunalpolitik 176
 Kommunikation 26, 65
 Konservatismus 158
 Konsolidierung 63
 Konsum 11, 86
 Konzern 34
 Kosten-Nutzen-Analyse 176
 Kostensenkung 27
 Krankenversicherung 175
 Kriminalisierung 86
 Krise 4, 8, 21, 23, 36, 42, 63, 78, 109, 134,
 142, 155
 Kriterium 8
 Kritische Theorie 12
 Kuba 130
 Kultur 92, 109
 kulturelle Faktoren 20
 Kunde 135
- Kündigungsschutz 33
 künstlerischer Beruf 57
- L**
- Landwirtschaft 7
 Lateinamerika 124, 130, 131
 Leben 9, 15
 Lebensbedingungen 12, 56, 111, 116
 Lebenshaltung 1
 lebenslanges Lernen 145
 Lebenslauf 62
 Lebensqualität 13
 Lebenssituation 13
 Lebensstandard 87, 158
 Lebensstil 88
 Lebensunterhalt 85
 Lebensweise 81, 114
 Lebenswelt 110
 Lebenszyklus 21
 Legitimation 24, 67, 86, 87, 154
 Leichtlohngruppe 5, 40, 57, 170
 Leistungsanreiz 8, 172
 Leistungsanspruch 47, 57, 99, 125, 149, 170
 Leistungsbezug 149
 Leistungsfähigkeit 173
 Leistungsorientierung 52
 Leistungsprinzip 67
 Leitbild 103
 Lernen 145
 liberale Partei 146
 Liberalisierung 34
 Liberalismus 38, 137
 Linksliberalismus 166
 Lohn 5, 21, 27, 33, 40, 130, 170
 Lohnabhängiger 164
 Lohnarbeit 15, 42, 61, 97, 119, 160
 Lohnhöhe 5, 40, 119
 Lohnkosten 27, 111, 170
 Lohnpolitik 5, 71, 178
 Lohnunterschied 33, 170
 Lukacs, G. 119
- M**
- Macht 136
 Mann 52, 78
 Männlichkeit 78
 Markt 70, 72, 79, 88, 137
 Marktwirtschaft 67, 73, 74, 102
 Marxismus 97
 Mehrwert 9
 Menschenbild 54, 99, 110
 Menschenrechte 89, 114, 154, 157
 Menschenwürde 109, 157
 Metallindustrie 17
 Migration 39, 114
 Migrationspolitik 39
 Mikroelektronik 11

- Mindesteinkommen 3, 4, 5, 14, 16, 18, 19, 20, 21, 23, 24, 27, 28, 29, 33, 35, 37, 40, 45, 48, 51, 57, 59, 60, 61, 62, 64, 66, 71, 73, 76, 79, 80, 81, 82, 84, 89, 91, 94, 95, 97, 98, 102, 103, 107, 113, 114, 115, 118, 123, 124, 126, 130, 131, 134, 138, 144, 147, 148, 149, 150, 152, 153, 154, 165, 170, 171, 173, 174, 175, 177, 178
 Mindestlohn 2, 4, 5, 33, 54, 71, 105, 123, 126, 130, 151, 164, 170
 Mindestrente 38, 71, 118, 123, 144, 161
 Missbrauch 63, 99
 Mitbestimmung 34
 Mittelalter 7
 Mittelamerika 130
 Mobilität 111
 Modell 4, 5, 6, 31, 32, 46, 47, 66, 68, 71, 77, 98, 108, 178
 Moderne 78, 101, 117
 Modernisierung 103
 Moral 79, 86, 91, 104, 105, 106
 moralisches Urteil 86, 167
 Motivation 92, 135
 multikulturelle Gesellschaft 89
 Mythos 92
- N**
- Nachbarschaftshilfe 58
 nachhaltige Entwicklung 120
 Nachhaltigkeit 2, 110, 120, 121
 Nahrungsmittel 1
 Nationalstaat 111, 152
 negative Einkommensteuer 4, 28, 33, 68, 77, 161, 170
 Neoliberalismus 2, 34, 54, 86, 151
 neue Bundesländer 2, 5, 56
 Neuzeit 7
 Nichterwerbstätigkeit 37
 nichtstaatliche Organisation 114, 149
 Niederlande 39
 Niedrigeinkommen 14, 119
 Niedriglohn 14, 31, 85, 119, 173
 Niedrigqualifizierter 5, 27, 40, 170
 Nordamerika 73, 100
 Norm 75
 Normalität 47, 78
 Normativität 154
- O**
- Offe, C. 62
 öffentliche Aufgaben 47
 öffentliche Aufgaben 113, 169
 öffentliche Hand 85
 öffentliche Leistung 49, 68, 77, 100, 125, 128, 155, 160, 163
 öffentliche Meinung 46, 57
 öffentlicher Sektor 16
 öffentliches Gut 16, 34, 163
 Öffentlichkeit 47, 133
 Ökologie 110
 Ökonomie 10, 34, 109, 149, 167
 ökonomische Entwicklung 111
 ökonomische Faktoren 3, 111, 151
 ökonomischer Wandel 111
 ökonomischer Wert 49, 140
 ökonomisches Modell 3, 96, 111
 ökonomische Theorie 22, 53, 79, 96, 106, 111
 Ökonomisierung 86
 Organisation 75, 166
 Ostasien 124
 Österreich 30, 54, 73, 86, 156
- P**
- Paradigma 149
 Partei 161, 166
 Partizipation 110, 133, 163
 Patriarchat 122
 Pazifischer Raum 124
 PDS 60, 138
 Personalpolitik 132
 Pfadabhängigkeit 167
 Philosophie 17, 90, 114
 Politik 17, 39, 65, 99, 104, 109, 133, 166
 Politiker 167
 politische Agenda 47
 politische Faktoren 164
 politische Institution 163
 politische Kommunikation 46
 politische Linke 147, 166
 politische Meinung 161
 politische Partizipation 134, 139
 politische Philosophie 90
 politisches Programm 138, 146, 158, 161
 politische Theorie 90
 postindustrielle Gesellschaft 59, 142
 postsozialistisches Land 123, 124
 Preisbildung 72
 Prekariat 33
 Privathaushalt 75
 Privatisierung 34, 139
 Privatsphäre 162
 Problemgruppe 5, 57
 Produktion 119
 Produktionsmittel 11
 Produktionsweise 81
 Produktivität 11, 41, 73, 84, 111, 117
 Produktivkraft 11, 72
 protestantische Soziallehre 46
 psychische Krankheit 13
 Psychoanalyse 78
 Psychopathologie 12
 Publikation 127

Q

Qualifikationsanforderungen 33

R

Rahmenbedingung 107
 Rationalität 79, 97, 110
 Rawls, J. 90, 147
 Realität 104
 Realitätsbezug 104, 166
 Recht auf Arbeit 29, 70, 84, 106
 Reflexivität 78
 Reform 1, 7, 11, 18, 24, 26, 31, 32, 47, 49,
 63, 68, 77, 82, 113, 129, 149, 158, 159,
 160, 161, 169
 Reformmodell 74
 Reformpolitik 10, 67, 69, 71, 139, 149, 170,
 176
 Reformprogramm 69
 regionaler Vergleich 5
 Regulierung 33, 117
 Reichtum 86, 92
 Religion 80
 Rente 56, 129
 Rentenanpassung 129
 Rentenberechnung 129
 Rentenversicherung 56, 178
 Rentner 178
 Reproduktion 6, 75, 97, 107, 108, 119
 Republikanismus 38
 Republik Südafrika 124
 Reziprozität 93
 Risiko 51, 86, 88
 Risikogesellschaft 134
 Rollenverständnis 149
 Russland 123, 124

S

Sanktion 170
 Schulbildung 33
 Schule 65
 Schüler 169
 Schwarzarbeit 40, 63
 Schweden 39, 54, 73
 Schweiz 3, 7, 38, 73, 75, 164
 Schwellenland 127
 Segregation 50, 117, 149
 Selbständigkeit 41
 Selbstbestimmung 23, 122, 162
 Selbsthilfe 58, 149, 162
 Selbstorganisation 162
 Selbststeuerung 145
 Selbstversorgung 11
 Selbstverwaltung 34
 Selbstverwirklichung 11, 97
 Sexualität 107
 Sicherheit 143
 Sinn 9, 52

Skandinavien 2

SOEP 171
 Solidarität 25, 37, 54, 62, 74, 88, 93, 113, 149
 Sozialabbau 45, 163
 Sozialamt 176
 Sozialarbeit 7, 18, 99
 Sozialbudget 176
 Sozialdemokratie 20, 36, 43, 44, 166
 soziale Anerkennung 62, 65, 75, 80, 116, 124,
 153
 soziale Bewegung 110, 139, 164
 soziale Dienste 70
 soziale Einstellung 17
 soziale Faktoren 56
 soziale Folgen 3, 44
 soziale Frage 1, 7, 36, 44
 soziale Gerechtigkeit 17, 19, 22, 28, 36, 37,
 44, 54, 55, 57, 67, 70, 77, 79, 80, 82, 84,
 89, 90, 91, 99, 103, 108, 111, 113, 116,
 121, 125, 133, 139, 156, 157, 163
 soziale Integration 53, 57, 80, 83, 101, 160,
 174
 soziale Lage 44
 soziale Marktwirtschaft 32
 soziale Norm 30
 soziale Partizipation 80, 134, 139
 soziale Rechte 114, 149
 sozialer Mindeststandard 1, 18, 37, 38, 57, 62,
 64, 76, 95, 98, 112, 115, 120, 123, 142,
 144, 148, 161, 177
 sozialer Status 24
 soziale Schließung 53, 155
 soziale Sicherung 1, 3, 4, 8, 14, 19, 25, 28, 30,
 31, 32, 34, 35, 43, 44, 46, 47, 48, 49, 54,
 57, 64, 66, 67, 68, 69, 71, 74, 76, 82, 85,
 91, 93, 95, 102, 107, 109, 118, 122, 124,
 125, 128, 132, 133, 141, 144, 146, 149,
 152, 155, 158
 soziales Netzwerk 9, 81
 soziales Problem 39
 soziales System 3, 4, 57, 71, 178
 Sozialethik 46, 80, 86, 113
 soziale Ungleichheit 19, 20, 33, 50, 53, 82, 83,
 86, 91, 96, 107, 118, 143, 155, 156
 soziale Unterstützung 7, 83
 Sozialgeschichte 28
 Sozialgesetzbuch 4, 37, 149
 Sozialhilfe 4, 36, 44, 69, 76, 86, 102, 123,
 157, 170, 172, 176
 Sozialhilfeempfänger 27, 176
 Sozialisation 13
 Sozialisierung 152
 Sozialismus 114, 130, 165
 sozialistische Partei 60
 Sozialkapital 58, 80
 Sozialleistung 25, 28, 51, 61, 62, 63, 69, 88,
 100, 149, 170

- Sozialpartnerschaft 51, 54
Sozialpolitik 1, 3, 8, 10, 18, 20, 25, 28, 36,
37, 38, 39, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48,
53, 54, 55, 57, 59, 62, 63, 66, 68, 69, 71,
74, 84, 85, 86, 99, 101, 102, 103, 113,
118, 127, 128, 139, 141, 146, 149, 150,
151, 152, 156, 157, 158, 160, 162, 167,
171, 175, 176, 178
Sozialstaat 3, 6, 7, 18, 21, 23, 30, 31, 32, 33,
34, 36, 43, 45, 48, 54, 55, 59, 61, 62, 63,
66, 67, 69, 77, 90, 93, 103, 113, 126,
136, 139, 140, 144, 150, 152, 161, 163,
164, 169, 173
Sozialstaatsprinzip 10, 113
Sozialstruktur 61
Sozialversicherung 3, 4, 37, 49, 61, 66, 71,
172, 173, 178
Sozialverwaltung 176
Sozialwissenschaft 17
SPD 36, 44, 83
Staat 88, 154, 169
staatliche Einflussnahme 51
Staatsangehörigkeit 154
Staatsfunktion 51
Staatsquote 169
Staatsversagen 173
Stadt 7
Stadtbevölkerung 149
Stein, L. 90
Steuerbelastung 61, 100
Steuerhinterziehung 63
Steuern 32, 61, 169
Steuerpolitik 100, 172, 173, 175
Steuerreform 61
Stiftung 7
Strategie 147
Subjektivität 12
Subsidiarität 113
Subvention 27, 40, 85, 170
Südamerika 124, 131
südliches Afrika 124
System 49
Systemveränderung 66
- T**
Tariflohn 5
Tarifpolitik 5, 34
Tätigkeit 6
Tätigkeitswandel 6
technischer Fortschritt 34
Technisierung 33
Teilzeitarbeit 134
Theorie 1, 10
Tradition 78
Transferleistung 4, 5, 28, 57, 93, 157, 170
Transformation 35, 92, 110
Typologie 41, 135, 157
- U**
Übergangsarbeitsmarkt 145
Überlebensstrategie 7
UdSSR-Nachfolgestaat 123, 124
Umverteilung 8, 20, 77, 84, 88, 92, 121, 136,
173
Umwelt 120
Umweltpolitik 139
Universalismus 133
Unternehmen 132
Ursache 56
USA 73, 100
Utopie 20, 48, 85, 94, 134, 136, 137, 141, 142,
147, 164
- V**
Verantwortung 55, 121, 153
Verbraucher 120
Verdinglichung 12
Verfassung 93
Verfassungswirklichkeit 54
Verhalten 120
Verhaltenswissenschaft 17
Vermarktung 131
Vermögen 90
Vermögenspolitik 136
Versicherungsprinzip 37
Versorgung 23
Verteilungseffekt 166, 171
Verteilungsgerechtigkeit 8, 48, 57, 86, 113,
166
Verteilungspolitik 6, 20, 28, 42, 76, 86, 141,
166, 173
Verteilungsstrategie 79
Vertrauen 94
Völkerrecht 90
Volkswirtschaft 74, 121
Vollbeschäftigung 35, 117, 134, 136, 151
Vorbild 134
- W**
Wachstum 11, 92
Ware 11, 16, 85
Weimarer Republik 149
Weltgesellschaft 111
Wert 70, 99
Wertorientierung 17, 45, 65, 75, 99, 101
Wertschöpfung 87
Wertwandel 10, 134, 142
Wettbewerb 32, 73
Wettbewerbsfähigkeit 111
Wettbewerbsordnung 111
Widerstand 114, 162
Wiedervereinigung 47
Wirtschaft 65, 99, 119, 137
wirtschaftliche Folgen 95
wirtschaftliche Lage 133

wirtschaftliche Macht 133
Wirtschaftsentwicklung 121
Wirtschaftsethik 80
Wirtschaftskreislauf 72
Wirtschaftsordnung 91
Wirtschaftspolitik 2, 139
Wirtschaftsstruktur 33, 34
Wirtschaftssystem 34
wissenschaftliche Arbeit 10
Wohlfahrt 44, 110
Wohlfahrtsökonomie 36
Wohlfahrtsstaat 1, 2, 16, 21, 36, 38, 44, 45,
49, 54, 63, 68, 79, 82, 84, 91, 99, 102,
104, 118, 132, 157
Wohlstandsgesellschaft 84, 88
Wohngebiet 50
Wohnort 50
Wohnsiedlung 50
Wohnungspolitik 149
Workfare 5, 27, 33, 40, 170

Z

Zivilgesellschaft 23, 55, 154
Zukunft 10, 33, 48, 83, 134, 169
Zukunftsfähigkeit 32, 120, 121
Zukunftsorientierung 147
Zukunftsperspektive 30, 48, 57, 147
Zumutbarkeit 27, 73, 149, 170
Zuwanderung 39
Zwang 73
Zwangsarbeit 84
zweiter Arbeitsmarkt 86, 173

19. Jahrhundert 129
20. Jahrhundert 1, 129, 133
21. Jahrhundert 6, 129, 141

Institutionenregister

- Arn, C. 75
- Büro für Arbeits- und Sozialpolitische Studien -BASS- AG 3
- Friedrich-Schiller-Universität Jena, Fak. für Sozial- und Verhaltenswissenschaften, Institut für Soziologie
Arbeitsbereich Gesellschaftsvergleich und sozialer Wandel 43
- Humboldt-Universität Berlin, Philosophische Fakultät III, Institut für Sozialwissenschaften Nachwuchs-
gruppe Interdisziplinäre Soziale Gerechtigkeitsforschung 17
- Sozialwissenschaftliches Forschungszentrum Berlin-Brandenburg e.V. -SFZ- 56
- Sozialwissenschaftliches Institut -SI- der Evangelischen Kirche in Deutschland -EKD- 46
- Technische Universität Dortmund, Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät, Fachgebiet Sozio-
logie Lehrstuhl Allgemeine Soziologie 52
- Universität Duisburg-Essen Campus Essen, FB 01 Philosophie, Geschichte, Religions- und Sozialwissen-
schaften, Fachgebiet Politikwissenschaft 39
- Zeppelin University Hochschule zwischen Wirtschaft, Kultur und Politik, Department communication &
cultural management, BBDO-Lehrstuhl für Medienwissenschaft 26

ANHANG

Hinweise zur Originalbeschaffung von Literatur

Die in der Datenbank SOLIS nachgewiesene Graue Literatur enthält nahezu vollständig einen Bibliotheksstandort zur Erleichterung der Ausleihe; dies gilt auch für einen Teil (40%) der nachgewiesenen Verlagsliteratur. In SOLIS nachgewiesene Zeitschriftenaufsätze sind zu über 60% mit einem Standortvermerk versehen.

Beschaffung von Literatur über den Deutschen Leihverkehr

Die Standortvermerke in SOLIS (Kürzel, Ort und Sigel der besitzenden Bibliothek sowie Signatur der Arbeit) beziehen sich auf Bibliotheken, die dem normalen Fernleihverkehr angeschlossen sind. Sollte die gewünschte Arbeit bei Ihrer örtlichen Bibliothek nicht vorhanden sein, ersparen Ihnen die Standortvermerke für die Fernleihe („Direktbestellung“) den u.U. sehr zeitraubenden Weg über das Bibliothekenleitsystem. Elektronische Bestellungen sind ebenfalls möglich, z.B. über subito - einen bundesweiten Dokumentlieferdienst der deutschen Bibliotheken für Aufsätze und Bücher.

Literaturdienst der Universitäts- und Stadtbibliothek Köln

Aufsätze aus Zeitschriften, die für SOLIS ausgewertet werden und in der Universitäts- und Stadtbibliothek Köln vorhanden sind, können über den Kölner Literaturdienst (KÖLI) als Kopie bestellt werden. Diese Aufsätze enthalten den Standortvermerk „UuStB Koeln(38) - Signatur der Zeitschrift“ sowie einen Hinweis auf den Kopierdienst. Die Bestellung kann mit gelber Post, per Fax oder elektronisch erfolgen. Kosten für den Postversand bis zu je 20 Kopien pro Aufsatz betragen 8,- Euro, für Hochschulangehörige 4,- Euro (bei „Normalbestellung“ mit einer Lieferzeit von i.d.R. sieben Tagen); gegen Aufpreis ist eine „Eilbestellung“ (Bearbeitungszeit: ein Arbeitstag) oder auch eine Lieferung per Fax möglich.

Zur Benutzung der Forschungsnachweise

Die Inhalte der Forschungsnachweise beruhen auf den Angaben der Forscher selbst. Richten Sie deshalb bitte Anfragen jeglicher Art direkt an die genannte Forschungseinrichtung oder an den/die Wissenschaftler(in). Das gilt auch für Anfragen wegen veröffentlichter oder unveröffentlichter Literatur, die im Forschungsnachweis genannt ist.

Dienstleistungsangebot der Abteilung „Fachinformation für Sozialwissenschaften“

Das Dienstleistungsangebot der Abteilung Fachinformation dient der Verbreitung, Förderung und Fundierung sozialwissenschaftlicher Forschungsergebnisse sowie dem Wissensaustausch auf nationaler wie internationaler Ebene. Gleichzeitig macht die Fachinformation die sozialwissenschaftliche Forschung des deutschsprachigen Raumes international sichtbar.

Zentrale Aktivitäten sind Aufbereitung, Bereitstellung und Transfer von Wissen durch:

- Konzeption, Aufbau und Pflege von Datenbanken und Serviceangeboten zu Forschungsstrukturen, -aktivitäten und -ergebnissen in den Sozialwissenschaften im deutschsprachigen und östlichen europäischen Forschungsraum und zu wissenschaftsbezogenen chancengleichheitsrelevanten Themen im deutschsprachigen, europäischen und internationalen Rahmen
- Aufbau von und Beteiligung an kooperativen Informationssystemen (Portalen, Themenschwerpunkten, Kommunikationsplattformen und Netzwerken) zur Unterstützung der Wissenschaftskommunikation, insbesondere auf ost-westeuropäischer Ebene und zu wissenschaftsbezogenen chancengleichheitsrelevanten Themen
- Kontinuierlicher Ausbau der Vernetzung von Informationsangeboten und Services durch Erweiterung und Einbeziehung kompetenter Partner auf nationaler wie internationaler Ebene
- Erstellung servicebasierter Publikationen und Informationsdienste zu ausgewählten Themen in Kooperation mit der Wissenschaft
- Nationales Referenzzentrum für das Politikfeld „Gleichstellung in der Wissenschaft“ gegenüber Wissenschaftsorganisationen, Bundes- und Landesministerien, Politik und Medien in Bezug auf Konzept- und Programmentwicklung, Monitoring und Evaluation von Politiken und Maßnahmen

Basisprodukte der Abteilung sind Informationen über Forschungsstrukturen, -aktivitäten und -ergebnisse, die in Datenbanken aufbereitet und zur Verfügung gestellt werden. Neben den nachfolgend skizzierten Datenbanken zu sozialwissenschaftlichen Forschungsprojekten und Publikationen werden Datenbanken mit Informationen zu nationalen und internationalen sozialwissenschaftlichen Forschungseinrichtungen, Zeitschriften, Netzwerken, Veranstaltungen und Internetquellen aufgebaut und gepflegt. Sie sind Bestandteil einer von GESIS entwickelten und zur Verfügung gestellten integrierten Suche, die weitere internationale Informationssammlungen und solche externer Partner mit einbezieht.

SOFIS (Forschungsinformationssystem Sozialwissenschaften)

Inhalt: SOFIS informiert über laufende, geplante und abgeschlossene Forschungsarbeiten der letzten zehn Jahre aus der Bundesrepublik Deutschland, aus Österreich und der Schweiz. Die Datenbank enthält Angaben zum Inhalt, zum methodischen Vorgehen und zu Datengewinnungsverfahren sowie zu ersten Berichten und Veröffentlichungen. Die Namen der am Projekt beteiligten Forscher und die Institutsadresse erleichtern die Kontaktaufnahme.

Fachgebiete: Soziologie, Politikwissenschaft, Sozialpolitik, Sozialpsychologie, Psychologie, Bildungsforschung, Erziehungswissenschaft, Kommunikationswissenschaften, Wirtschaftswissenschaften, Demographie, Ethnologie, historische Sozialforschung, Sozialgeschichte, Methoden der Sozialforschung, Arbeitsmarkt- und Berufsforschung sowie weitere interdisziplinäre Gebiete der Sozialwissenschaften wie Frauenforschung, Freizeitforschung, Gerontologie, Sozialwesen oder Kriminologie.

Bestand der letzten 10 Jahre: rund 47.000 Forschungsprojektbeschreibungen

Quellen: Erhebungen bei Institutionen, die sozialwissenschaftliche Forschung betreiben. In Deutschland wird die Erhebung von GESIS durchgeführt, in der Schweiz von FORS - der Schweizer Stiftung für die Forschung in den Sozialwissenschaften. Für Österreich hatte bis 2001 die Universitätsbibliothek der Wirtschaftsuniversität Wien diese Aufgabe inne; ab 2006/07 wurde diese vom Wiener Institut für Sozialwissenschaftliche Dokumentation und Methodik - WISDOM - übernommen.

Die Ergebnisse der GESIS-Erhebung werden ergänzt durch sozialwissenschaftliche Informationen fachlich spezialisierter IuD-Einrichtungen sowie von Forschungsförderern; ein nicht unerheblicher Teil an Ergänzungen wird schließlich durch Auswertung von Internetquellen sozialwissenschaftlicher Forschungsinstitute gewonnen.

SOLIS (Sozialwissenschaftliches Literaturinformationssystem)

Inhalt: SOLIS informiert über die deutschsprachige fachwissenschaftliche Literatur ab 1945, d.h. Aufsätze in Zeitschriften, Beiträge in Sammelwerken, Monographien und Graue Literatur (Forschungsberichte, Kongressberichte), die in der Bundesrepublik Deutschland, Österreich oder der Schweiz erscheinen. Bei Aufsätzen aus Online-Zeitschriften und bei Grauer Literatur ist im Standortvermerk zunehmend ein Link zum Volltext im Internet vorhanden.

Fachgebiete: Soziologie, Politikwissenschaft, Sozialpolitik, Sozialpsychologie, Bildungsforschung, Kommunikationswissenschaften, Demographie, Ethnologie, historische Sozialforschung, Methoden der Sozialforschung, Arbeitsmarkt- und Berufsforschung sowie weitere interdisziplinäre Gebiete der Sozialwissenschaften wie Frauenforschung, Freizeitforschung, Gerontologie oder Sozialwesen.

Bestand: Anfang 2010 ca. 400.000 Literaturnachweise

Jährlicher Zuwachs: zwischen 16.000 und 18.000 Dokumente

Quellen: Zeitschriften, Monographien einschließlich Beiträgen in Sammelwerken sowie Graue Literatur. SOLIS wird von GESIS in Kooperation mit dem Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit in Nürnberg, den Herausgebern der Zeitschrift für Politikwissenschaft und dem Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung hergestellt. Absprachen über einen regelmäßigen Datenaustausch bestehen darüber hinaus mit dem Zentrum für Psychologische Information und Dokumentation in Trier und mit dem Deutschen Institut für Internationale Pädagogische Forschung in Frankfurt/Main.

Zugang zu den Datenbanken

An nahezu allen Hochschulstandorten sowohl in Deutschland als auch in Österreich und der Schweiz sind SOLIS und SOFIS in der Bibliothek oder über Institutsrechner für die Hochschulangehörigen frei zugänglich. Des Weiteren stehen SOLIS und SOFIS über von GESIS betriebene Portale für Recherchen zur Verfügung:

www.sowiport.de

SOLIS und SOFIS können im sozialwissenschaftlichen Fachportal sowiport einzeln oder gemeinsam mit 18 weiteren Datenbanken durchsucht werden. sowiport enthält zurzeit folgende Datenbanken:

- Sozialwissenschaftliches Literaturinformationssystem SOLIS
- Sozialwissenschaftliches Forschungsinformationssystem SOFIS
- Social Science Open Access Repository SSOAR
- Datenbestandskatalog DBK
- Literaturdatenbank DZI SoLit des Deutschen Zentralinstituts für soziale Fragen
- Katalog der Bibliothek der Friedrich-Ebert-Stiftung
- Katalog des Sondersammelgebietes Sozialwissenschaften der Universitäts- und Stadtbibliothek Köln
- Katalog der Bibliothek des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung
- Datenbank GeroLit des Deutschen Zentrums für Altersfragen
- FIS Bildung Literaturdatenbank
- Publikationen der Bertelsmann Stiftung
- ProQuest-CSA-Datenbanken (im Rahmen von DFG-Nationallizenzen): Sociological Abstracts, Social Services Abstracts, Applied Social Sciences Index and Abstracts, PAIS International, Worldwide Political Science Abstracts, Physical Education Index
- Fachinformationsführer SocioGuide mit Informationen zu Institutionen, Fachzeitschriften, Sammlungen, Netzwerken und Veranstaltungen

Insgesamt sind in und über sowiport mehr als 3,5 Millionen Quellen zu Literatur, Forschungsprojekten, Institutionen, Zeitschriften, Veranstaltungen sowie Themenschwerpunkte und Links zu Portalen erreichbar.

Auftragsrecherchen und Beratung bei der Datenbank-Nutzung

In Ihrem Auftrag und nach Ihren Wünschen führt GESIS kostengünstig Recherchen in den Datenbanken SOFIS und SOLIS durch. Darüber hinaus werden Informationen aus weiteren nationalen und internationalen Datenbanken zu sozialwissenschaftlichen und/oder fachübergreifenden Themengebieten zusammengestellt.

Zur Unterstützung Ihrer eigenen Suche beraten wir Sie selbstverständlich jederzeit bei der Umsetzung sozialwissenschaftlicher Fragestellungen in effektive Suchstrategien in unseren Datenbanken.

Recherche Spezial und sowiport Themen-Feeds: aktuelle Themen im Internet

Zu gesellschaftlich relevanten Themen in der aktuellen Diskussion werden in der Reihe „Recherche Spezial“ Informationen über sozialwissenschaftliche Forschungsprojekte und Veröffentlichungen zusammengestellt und nach spezifischen Teilaspekten eines Themas gegliedert. Verschaffen Sie sich einen raschen Überblick über die sozialwissenschaftliche Forschungslandschaft.

Die „sowiport Themen-Feeds“ präsentieren die neuesten Publikationen und Forschungsprojekte zu aktuellen Forschungsthemen in den Sozialwissenschaften. Aus den sowiport-Datenbanken werden mit definierten Suchanfragen Trefferlisten generiert und nach Aktualität sortiert. In der Standardeinstellung werden die aktuellsten Dokumente der letzten sechs Monate angezeigt, andere Zeiträume können ausgewählt werden.

Die in übersichtlichen Trefferlisten angezeigten Dokumente lassen sich schnell und problemlos weiterverarbeiten und können in einem individuell gestaltbaren Ordnersystem abgespeichert und verwaltet werden. Die Nachweise lassen sich mit allen bibliographischen Angaben in gängige Literaturverwaltungsprogramme exportieren oder per E-Mail an jede beliebige Mailadresse versenden.

Die Reihe der Themen-Feeds wird kontinuierlich erweitert. Eigene Themenvorschläge können per E-Mail an die GESIS gerichtet werden.

www.gesis.org/sowiport/themen

Kompetenzzentrum Frauen in Wissenschaft und Forschung – CEWS

Als integraler Bestandteil der Fachinformation bietet CEWS disziplinenübergreifend Zugänge zu Themen, Informationen und aktuellen Fragen der Gleichstellung in der Wissenschaft. Durch das Sichtbarmachen des Potentials hoch qualifizierter Wissenschaftlerinnen unterstützt die Datenbank FemConsult die Erhöhung des Frauenanteils bei der Neubesetzung von Professuren und Führungspositionen in Wissenschaft und Forschung und die Förderung von Nachwuchswissenschaftlerinnen. Das CEWS-Themenportal (zu finden unter www.gesis.org/cews) integriert Informationen zu allen gleichstellungsrelevanten Themen im Bereich Wissenschaft und Forschung (z.B. Statistik und Gleichstellungsrecht an Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen).

Internet-Service der GESIS

Umfassende Informationen zu GESIS und zum Angebot an Dienstleistungen finden Sie unter

www.gesis.org

**GESIS – Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften
Abteilung Fachinformation für Sozialwissenschaften**

Lennéstraße 30

53113 Bonn

Tel.: +49 (0)228-2281-0

E-Mail: info@gesis.org

